

Texte zur Arbeiterbewegung

K. P. Wittemann

Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945

*Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik
Darstellung ihrer grundlegenden
politischen Auffassungen und ihrer Ent-
wicklung zwischen 1945 und 1952*

SOAK-Verlag

S. 272-348

Texte zur Arbeiterbewegung
SOAK Verlag Hannover 1977

Gedruckt ab Manuskript des Autors
Gesamtherstellung und Vertrieb:
SOAK GmbH
Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1
Tel. 17618

ISBN: 3 - 88 209 - 004 - 9

Inhaltsverzeichnis

<u>Einleitung</u>	
1. <u>Grundlegende politische Auffassungen</u> <u>der KPO</u>	1 - 37
1.1. Einleitung	1 - 3
1.2. Grundlegende politische Auffassungen der KPO	3 - 34
1.3. Zusammenfassung	34 - 37
2. <u>Thalheimers Analysen der weltpolitischen</u> <u>Lage und der Lage in Deutschland nach</u> <u>dem 2. Weltkrieg</u>	38 - 79
2.1. Einleitung	38 - 39
2.2. Die weltpolitische Lage	40 - 51
2.3. Die Lage in Deutschland 1945/46	52 - 73
2.4. Die Konsequenzen für die Kommunisten in Deutschland	73 - 76
2.5. Zusammenfassung	77 - 79
3. <u>Das Verhältnis der Analysen Thalheimers</u> <u>1945/46 zu den grundlegenden politischen</u> <u>Positionen der KPO</u>	80 - 96
3.1. Problemstellung	80 - 82
3.2. Vergleich	82 - 96
4. <u>Die Sammlung der Gruppe Arbeiterpolitik</u> <u>von 1945 bis zum Herbst 1948</u>	97 - 138
4.1. Die Ausgangsposition 1945	97 - 98
4.2. Die ersten örtlichen Aktivitäten ehema- liger KPO-Mitglieder an den Beispielen Stuttgart und Salzgitter	98 - 123
4.2.1. Die Herausbildung der Gruppe Arbeiter- politik in Stuttgart	98 - 107
4.2.2. Die Herausbildung der Gruppe Arbeiter- politik in Salzgitter	107 - 123
4.3. Zusammenfassende Darstellung des Samm- lungsprozesses	124 - 131
4.4. Die überregionale Formierung der Gruppe Arbeiterpolitik bis 1948	131 - 138

5. <u>Das Selbstverständnis der Gruppe</u>	
<u>Arbeiterpolitik 1948/49</u>	139 - 163
5.1. Der programmatische Artikel vom Ende	
1948 "Warum 'Arbeiterpolitik'?"	139 - 147
5.2. Die Einschätzung der Lage in der	
deutschen Arbeiterbewegung	147 - 154
5.3. Die Argumentation gegenüber KPD-Mit-	
gliedern in der Broschüre "Offene Worte	
an Kommunisten" vom Oktober 1949	154 - 161
5.4. Zusammenfassung	161 - 163
6. <u>Die Entwicklung der Gruppe Arbeiterpolitik</u>	
<u>und ihrer Zeitschrift 1948 bis 1952</u>	164 - 271
6.1. Die Tradition des Namens "Arbeiterpolitik"	164 - 167
6.2. Die Zeitschrift "Arbeiterpolitik" und	
die weiteren Publikationen der Gruppe	
Arbeiterpolitik	168 - 176
6.2.1. Die "Arbeiterpolitik"	168 - 170
6.2.2. Die Beilagen der "Arbeiterpolitik"	170 - 171
6.2.3. 2 Beispiele für Ausgaben der	
"Arbeiterpolitik"	171 - 175
6.2.4. Weitere Publikationen der Gruppe	
Arbeiterpolitik	176
6.3. Die Organisation, der Umfang und die	
Außenwirkung der Gruppe Arbeiterpolitik .	176 - 188
6.4. Die örtlichen Gruppen der GAP	188 - 271
6.4.1. Einleitung	188 - 189
6.4.2. Berlin	189 - 193
6.4.3. Bremen	194 - 202
6.4.4. Frankfurt und Offenbach	202 - 206
6.4.5. Hamburg	206 - 217
6.4.6. Mannheim	217 - 219
6.4.7. Nürnberg	219 - 223
6.4.8. Salzgitter	223 - 251
6.4.9. Solingen	251 - 255
6.4.10. Stuttgart	255 - 266
6.4.11. Exkurs: Die GAP in der Ostzone	267 - 271

7. <u>Die grundlegenden politischen</u>	
<u>Positionen der GAP 1952</u>	272 - 317
7.1. Einleitung	272 - 278
Exkurs: Die Haltung der GAP zur UAPD	273 - 277
7.2. Die Einschätzung der politischen Lage	
Westdeutschlands, der Lage der Arbeiter-	
bewegung und der Aufgaben der Gruppe	
Arbeiterpolitik 1952	278 - 295
7.3. Die Einschätzung der Sowjetunion	296 - 317
8. <u>Skizze der Entwicklung der Gruppe</u>	
<u>Arbeiterpolitik seit 1952</u>	318 - 348
Nachschrift	349
<u>Anhang: Kurzbiographien</u>	350 - 416
(Becker, Ludwig; Becker, Richard; Bergmann, Otto; Bolze, Waldemar; Brandler, Heinrich; Brechenmacher, Hans; Burkhardt, Otto; Cavier, Theodor; Deisen, Willy; Ehlers, Adolf; Elf- lein, Paul; Engert, Otto; Galm, Heinrich; Grönsfelder, Karl; Hanke, Rudolf; Heitepriem, Otto; Janus, Richard; Kienhorn, Walter; Kirchner, Kuno; Knepper, Fritz; Kunz, Hans; Lambrich, Fritz; Meyer, Robert; Mößner, Gustav; Müller, Otto; Ochs, Eugen; Pless, Philipp; Rahm, Willi; Schmidt, Alfred; Schöttle-Thalheimer, Bertha; Scholz, Heinz; Schwab, Wilhelm; Sewald, Erich; Siewert, Robert; Söchtig, Erich; Thalheimer, August; Weber, Michael; Weber, Wilhelm; Wegener, Heinrich; Wegener, Willi; Werner, Gerhard; Wiesener, Rudolf.)	
Quellen- und Literaturverzeichnis	417 - 426

7. Die grundlegenden politischen Positionen der GAP 1952

7.1. Einleitung

Im Bericht über ihre Jahreskonferenz 1950/51, die Ende 1950 in Salzgitter stattfand, konstatierte die Gruppe Arbeiterpolitik einerseits "die langsame, aber sichere Ausweitung ... (ihres d.V.) Einflußbereichs" ¹⁾ und andererseits, daß "die Masse der deutschen Arbeiter immer noch in großer Lethargie" ²⁾ verharrte, denn "die Entmutigung und Enttäuschung über eine nicht abreißende Kette dreißigjähriger Niederlagen sitzt ihnen noch tief in den Knochen" ³⁾. Für die GAP war "das Entstehen der revolutionären Klassenpartei ...kein willkürlicher Salto-mortale der guten Absichten, ...(sondern vielmehr d.V.) eine Entwicklung, in deren Verlauf revolutionäre Gruppen und Strömungen durch wirkliche Einflußnahme zur Partei werden, indem sie die Funktionen der Partei praktisch auszufüllen beginnen" ⁴⁾. Wenn auch für die GAP die Gründung einer revolutionären Klassenpartei erst in dem Maße möglich wurde, "als wirkliche Massenbewegungen und Massenkämpfe der Arbeiterklasse eigene Erfahrungen vermitteln, die ihr den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als unabweislichen Ausweg zeigen werden" ⁵⁾, so stellte sich ihr auch in der Situation, wo die Voraussetzungen fehlten, eine wichtige Aufgabe, nämlich "heute jene zu sammeln und zu schulen, die das Problem der Klassenführung lösen wollen" ⁶⁾, wozu die "Arbeiterpolitik", die sich ausdrücklich lediglich an die stärker engagierten Arbeiter wandte ⁷⁾, ein wichtiges Mittel war. Von dieser Position her kritisierte die GAP einige ihrer Mitglieder, die "die unmittelbare Gründung einer revolutionären Arbeiterpartei durch ... (die d.V.) Gruppe (Arbeiterpolitik d.V.) für notwendig" ⁸⁾ hielten. Für die GAP war der Ausgangspunkt für diese Forderung "die falsche Ansicht, die Ursache der gegenwärtigen Depression der deutschen Arbeiterbewegung sei in der Unfähigkeit der bestehenden Arbeiterparteien zu suchen, die Interessen unserer Klasse zu vertreten. Sie (die Verfechter dieser falschen Ansicht d.V.)

1) Arpo 4/1/4

2) Ebenda

3) Ebenda

4) Ebenda

5) Ebenda

6) Ebenda

7) Vergl. ebenda

8) Ebenda

verwechseln Ursache und Wirkung. In Wirklichkeit ist das Fehlen einer revolutionären Klassenpartei der Depression geschuldet, die der Niederschlag der jahrzehntelang anhaltenden Nackenschläge ist, die den deutschen Arbeitern versetzt wurden. Erst das Überwinden dieser Stimmung und das Einsetzen größerer Massenbewegungen wird das Lebenselement für die revolutionäre Partei des Proletariats schaffen" ⁹⁾.

Exkurs: Die Haltung der GAP zur UAPD

Ebenso wie gegen die Vorstellungen einiger Mitglieder, die meinten, auch ohne die genannten Voraussetzungen eine Partei gründen zu können, wandte sich die GAP auch gegen die Gründung der "Unabhängigen Arbeiterpartei Deutschlands" (UAPD), die zu Ostern 1951 erfolgt war. Die Entstehung dieser Partei hatte die GAP von Beginn an aufmerksam verfolgt, zumal der Konflikt zwischen der UdSSR und Jugoslawien, der für viele Anhänger der UAPD die zentrale politische Bedeutung hatte, auch bei der GAP großes Interesse fand. Anfang 1950 untersuchte die Gruppe diesen Konflikt in dem Artikel "Der Konflikt Stalin - Tito und die deutschen Werktätigen" ¹⁰⁾. Diese Auseinandersetzung hatte auch für die Entwicklung in Westdeutschland ihre Bedeutung, denn "je erbitterter Tito von Stalin und seinen Anhängern bekämpft wird, desto größer wird das Interesse der Werktätigen, die richtig fühlen, daß dieser Streit nicht nur die Jugoslawen, sondern sie alle etwas angeht" ¹¹⁾. Daß der "Titoismus" gerade in der KPD Anhänger fand, deutete die GAP als den "Gedanke(n) des Widerstandes gegen die von der KPD-Führung den deutschen Arbeitern zugedachte Rolle des Zuschauers bei der Befreiung durch die Russen und des Befehlsempfängers nach der Befreiung" ¹²⁾. Hatte dieses Aufbegehren seine Wurzel in der Unfähigkeit der KPD, die der Lage in Deutschland adäquate kommunistische Politik zu betreiben, und wirkte der Konflikt der UdSSR mit Jugoslawien nur als auslösendes Moment, so ging es doch auch in Deutschland um dieselbe Frage, die die diesem Konflikt zugrundelag: "selbständige Ausarbeitung der kommunistischen Taktik durch die Kommunisten des Landes unter sinngemäßer Auswertung der Erfahrungen der russischen Revolution oder bedingungslose Unterordnung unter die bürokratisch

⁹⁾ Ebenda

¹⁰⁾ Vergl. Arpo 3/2/2 ff

¹¹⁾ Arpo 3/2/2

¹²⁾ Arpo 3/2/3

kommandierende russische Parteiführung" ¹³⁾. Diese Frage hatten die jugoslawischen Kommunisten durchaus im Sinne der GAP beantwortet, denn sie "haben sich eine eigene Führung geschaffen, haben die besonderen Bedingungen ihres Landes analysiert, darauf Strategie und Taktik aufgebaut und damit ihre Mündigkeit und Reife bewiesen" ¹⁴⁾. Die Schlußfolgerung dieser Entwicklung lag für die GAP darin, die alte Aufgabe, den Weg der proletarischen Revolution in Deutschland zu ergründen und zu gehen, weiter zu verfolgen. Ein Schritt in diese Richtung bestand darin, diejenigen zu sammeln, die sich dieser Aufgabe stellten.

Als sich im Laufe des Jahres 1951 die sogenannten Titoisten um den früheren Redakteur des KPD-Zentralorgans, Schappe, und um Wolfgang Leonhard ¹⁵⁾ zu sammeln begannen und dann im Juli 1951 eine Konferenz durchführten, bildeten für die GAP "die Teilnehmer .. ein Sammelsurium verschiedenster Auffassungen, von wirklichen Kommunisten über Sozialdemokraten bis zu allgemein unzufriedenen Pazifisten und Wirtschaftsverbesserern mit Patentlösungen. Eine einheitliche Grundlinie fehlt, leider nicht nur bei den Delegierten, sondern auch in allen bisherigen Aufrufen der Initiatoren" ¹⁶⁾. Auf Grund der Zusammensetzung dieser Versammlung weigerte sich die GAP, "diesen Versuch, eine neue Arbeiterpartei zwischen KPD und SPD zu schaffen, mit den früheren und bankrottierten Versuchen eine sozialistische Partei zu bilden - USPD, SAP - auf eine Stufe zu stellen" ¹⁷⁾, denn das würde einer Beleidigung dieser Organisationen gleichkommen. Für die GAP war deutlich, daß diese Gruppierung nicht in der Lage sein konnte, die jugoslawischen Erfahrungen, wie sie von der GAP aufgefaßt wurden, auszuwerten, denn die Aufgabe, eine eigenständige kommunistische Politik

¹³⁾ Ebenda

¹⁴⁾ Arpo 3/2/12.-Allerdings sah die GAP auch Probleme in der jugoslawischen Entwicklung: "Der Weg, auf den die Jugoslawen gezwungen wurden, ist sicher voller Gefahren und wird nicht ohne Fehler zurückgelegt werden, wie einige Tatsachen zeigen". Ebenda. - Weiter findet sich in diesem Artikel auch folgende Passage: "Die theoretischen Auffassungen, die sich die chinesischen Kommunisten auf Grund ihrer Erfahrungen selbst erarbeitet haben, deuten bereits den Unterschied und Gegensatz zur russischen Auffassung an. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann er offenbar wird. Mit den 450 Millionen Chinesen würde Stalin noch weniger fertig werden als mit den 16 Millionen Jugoslawen". Ebenda

¹⁵⁾ Es handelt sich um den Verfasser des Buches: "Die Revolution entläßt ihre Kinder". Leonhard gehörte zu den Initiatoren der UAPD und gehörte dem Sekretariat dieser Partei an.

¹⁶⁾ Arpo 3/15/7 ¹⁷⁾ Ebenda

zu entwickeln, konnte auf dieser Basis nur scheitern. "Bei dieser Fragwürdigkeit der politischen Linie sind die organisatorischen Methoden der Auswahl der Konferenzteilnehmer und die Eile bei der Schaffung der 'neuen Partei' um so verdächtiger und gefährlicher. Eine revolutionäre Partei kann nur entstehen um einen Kern klarer, kommunistischer Vertrauensleute der Arbeiter, die ein klares kommunistisches Programm haben, unter den Bedingungen allgemeinen revolutionären Kampfwillens bei den Arbeitermassen ... Wer ohne diese drei Voraussetzungen: revolutionärer Kern, marxistisches Programm, Bewegung der Arbeitermassen - eine Partei gründet, kann vielleicht im Anfang viele sammeln, aber keine revolutionäre Partei mit ihnen gründen. Ohne diese Klärung muß sie vor den Aufgaben zusammenbrechen, vor die sie die Praxis stellt" ¹⁸⁾. Diese ablehnende Haltung der GAP gegenüber der sich sammelnden UAPD wurde durch die verschiedenen Verlautbarungen dieser Gruppierung noch bestärkt ¹⁹⁾. Als Anfang 1951 der Aufruf zur Gründung der UAPD erschien, genügte der GAP "ein Blick auf die zehn Unterzeichner des Aufrufs ..., um zu sehen, daß es sich um alte, langjährige Mitglieder der kommunistischen Bewegung handelt. Es sind nicht Reformisten, die von der SPD kommend, zum Kommunismus vorstoßen. Es sind Leute, die einst auf dem Boden der kommunistischen Grundsätze standen ... Die Führer der kommenden UAP haben den Boden der kommunistischen Grundsätze verlassen. Sie bewegen sich vom Kommunismus weg. Dieser Weg führt unausweichlich früher oder später zum offenen Reformismus, zur SPD" ²⁰⁾. Doch nicht nur in dieser Beziehung zeigten sich die UAPD-Spitzen nicht in der Lage, die richtigen Lehren aus dem Konflikt zwischen den russischen und jugoslawischen Kommunisten zu ziehen, denn statt sich um eine eigenständige kommunistische Politik zu bemühen, steuerten sie nicht nur "eine reformistische Politik, die mit linken Phrasen umkleidet und zugedeckt wird" ²¹⁾, sondern zugleich eine, die sich von der Politik Jugoslawiens genauso abhängig machte, wie sich die KPD von der der UdSSR. Deshalb forderte die GAP die UAP-Mitglieder auf, "ihrer Parteileitung die Gretchenfrage (zu d.V.) stellen: Wie hältst du es mit Tito und seinen Seiten-

18) Ebenda

19) Vergl. Arpo 3/19/3 ff; Arpo 3/21/10; Arpo 3/22/10.

20) Arpo 4/1/7

21) Arpo 4/8/4

springen?" ²²⁾. Die GAP gab Wolfgang Leonhard "Recht, wenn er sagt: 'Die Unterordnung der Interessen der Arbeiterbewegung unter fremde Interessen ist der Tod der sozialistischen Bewegung'. Damit hat er seiner Partei schon das Urteil gesprochen. Wir haben dem nichts hinzuzufügen" ²³⁾.

Die GAP ging kurz nach der Gründung der UAPD in einem längeren Artikel auf "Weg und Ziel der UAPD" ²⁴⁾ ein; sie faßte ihre Kritik dahingehend zusammen, daß die Plattform der UAPD "ein Sammelsurium allgemeingehaltener Reformforderungen, die unter Außerachtlassung der kommunistischen Grundsätze den größtmöglichen Haufen sammeln sollen. Eine solche Partei kann nicht Führerin des klassenbewußten Proletariats sein" ²⁵⁾.

Nachdem sich Tito für die Remilitarisierung Westdeutschlands ausgesprochen hatte ²⁶⁾, beschleunigte sich der Zerfall der UAPD ²⁷⁾; Ende Dezember 1951 erschien die Zeitung der UAPD zum letzten Mal, nachdem die finanzielle jugoslawische Hilfe ausblieb: "Das Intermezzo UAP scheiterte an der völligen finanziellen Abhängigkeit von Interessen, die nicht die des deutschen Proletariats waren ... Aber auch dieses Zwischenspiel war nicht nutzlos; denn es zeigte sich in aller Deutlichkeit, wie eine neue revolutionäre Partei nicht entstehen kann" ²⁸⁾.

Im Verlauf der Herausbildung der UAPD hatte es ein Treffen zwischen Wolfgang Leonhard und Theodor Bergmann gegeben, doch war die von Leonhard angestrebte Zusammenarbeit nicht zustande gekommen, was angesichts der Kritik der GAP folgerichtig war ²⁹⁾. Wenn sich auch die GAP von diesem notwendig scheiternden Parteigründungsversuch distanzierte, so gelang es ihr aber nicht, die - geringen - Kräfte, die sich an der UAPD orientierten, für

22) Ebenda 23) Ebenda 24) Vergl. Arpo 4/9/5 ff

25) Arpo 4/9/8 26) Vergl. Arpo 4/23/10

27) Vergl. ebenda; vergl. auch Arpo 4/18/12 28) Arpo 5/1/8

29) "Ich erinnere mich an ein Gespräch, was ich mit Wolfgang Leonhard gehabt habe, der mich besucht hat, als er frisch von Jugoslawien kam ... also Leonhard kam zu mir und sagte: 'Theo, da mußt du mitmachen, das wird eine große Sache!' Ich habe gesagt: 'Das ist doch alles Quatsch, die Jugoslawen vertun ihr Geld. Wenn Ihr mal wirklich unabhängig seit, dann können wir darüber reden ... Solange Ihr aber jugoslawisches Geld hier verwirtschaftet - meine ich, daß die Jugoslawen ihr Geld für Maschinenkauf und Bananenkauf verwenden sollten, aber nicht für den Kauf deutscher Arbeiterfunktionäre - unterstütze ich das nicht.' Da sind wir im ziemlichen Ärger auseinandergegangen". Th. Bergmann III, S. 61 f.

die eigenen Auffassungen zu gewinnen ³⁰⁾.

Ende des Exkurses.

Die Frage, unter welchen Bedingungen eine revolutionäre Partei gebildet werden könnte, wurde in den "Thesen zur politischen Lage Westdeutschlands" ³¹⁾ erneut von der GAP behandelt; diese Thesen waren auf der Jahreskonferenz 1951/52 von der Gruppe diskutiert und "in ihren Grundsätzen einstimmig angenommen" ³²⁾ worden. In These 17 hieß es: "Die Neubildung dieser Partei hängt nicht vom guten oder schlechten Willen eines mehr oder minder großen Personenkreises ab, der diese Notwendigkeit (der sozialistischen Gesellschaftsordnung und des Kampfes für sie d.V.) bereits erkannt hat. Dazu gehören: a) ein solider Kern kommunistischer Vertrauensleute, die mit der Arbeiterschaft innig verbunden sind, b) ein Programm auf dem Boden der kommunistischen Grundsätze und c) revolutionärer Kampfwillen und Bewegung, mindestens bei einem ins Gewicht fallenden Teil der Arbeitermassen" ³³⁾. Dabei ist die letzte Voraussetzung ... vorwiegend objektiver Natur, sie kann durch Propaganda nicht geschaffen werden. Die Tätigkeit der Gruppe Arbeiterpolitik im Sinne wirklicher und nützlicher Vorarbeit für die neue Klassenpartei des deutschen Proletariats besteht unter den heutigen Umständen in der Konzentrierung auf Punkt a) und b)" ³⁴⁾

Die Herausbildung des Kerns kommunistischer Vertrauensleute, die "Entwicklung und Organisation (des Kaders d.V.) ist die Aufgabe der Gruppe Arbeiterpolitik" ³⁵⁾; diese Arbeit konnte im wesentlichen nur in den einzelnen Ortsgruppen geleistet werden, wozu die Zeitschrift "Arbeiterpolitik" wertvolle Hilfe leistete. Die zentrale Leitung der Gruppe wirkte dabei durch die "Arbeiterpolitik" und durch Vorträge in den örtlichen Gruppen; außerdem war sie am ehesten in der Lage, die zweite Aufgabe zu lösen und ein "Programm auf dem Boden der kommunistischen Grundsätze" zu formulieren. In diese Richtung sollten die auf der Jahreskonferenz 1951/52 vorgelegten "Thesen zur politischen Lage Westdeutschlands", die "Thesen zur Gewerkschaftsarbeit" ³⁶⁾ und die "Thesen über unsere Stellung zur Ostzone" ³⁷⁾

³⁰⁾ Die einzige dem Verfasser bekannte Ausnahme ist Heinz Scholz; vergl. Kurzbiographie Heinz Scholz im Anhang.

³¹⁾ Vergl. Arpo 5/2/6 ff ³²⁾ Arpo 5/1/7

³³⁾ Arpo 5/2/8.- Vergl. auch den Exkurs zur UAPD in diesem Teil der Arbeit.

³⁴⁾ Arpo 5/2/8 ³⁵⁾ Ebenda

³⁶⁾ Vergl. Arpo 5/3/8 f ³⁷⁾ Vergl. Arpo 5/4/7 f

zielen. Dabei hatte die Gruppe "auf gesonderte Thesen zur weltpolitischen Lage verzichtet, da unseren Lesern und Genossen in den laufenden Weltpolitischen Übersichten genügend Material gegeben wird" ³⁸⁾. Wenn auch die Thesen sich dadurch von einem Programm oder einem Programmentwurf einer kommunistischen Gruppe unterschieden, daß sie keine **allgemeine** Analyse des **Kapitalismus** und seiner Entwicklungstendenzen enthielten, sondern sich auf eine Untersuchung der aktuell gegebenen Situation beschränkten und damit eher - wie es die KPO über ihre Plattform ausführte ³⁹⁾ - ein spezieller Überbau der kommunistischen Programms waren als dieses Programm selbst, so stellten sie doch die geschlossenste Systematisierung der Auffassungen der GAP dar, die diese bis dahin hervorgebracht hatte. Aus diesem Grunde sollen hier die "Thesen zur politischen Lage Westdeutschlands" und die "Thesen zur Gewerkschaftsarbeit" dargestellt werden ⁴⁰⁾. Zu den grundlegenden politischen Positionen der GAP zählte auch die Einschätzung der Entwicklung der UdSSR und die Bestimmung des Verhältnisses der Gruppe zu diesem Staat; hierauf wird weiter unten eingegangen ⁴¹⁾.

7.2. Die Einschätzung der politischen Lage Westdeutschlands, der Lage der Arbeiterbewegung und der Aufgaben der Gruppe Arbeiterpolitik 1952

Der allgemeine Rahmen der Lage Westdeutschlands war für die GAP dadurch bestimmt, daß hier - wie überhaupt in Westeuropa - die nationale Bourgeoisie "materiell und ideologisch unfähig (ist d.V.), aus eigener Kraft ihre Klassenherrschaft zu sichern" ¹⁾. Deshalb ordnete die westdeutsche Bourgeoisie sich den USA unter, die die Kräfte der herrschenden Klasse Westeuropas zusammenfaßten, um sie nach innen gegen die Arbeiterklassen und nach außen gegen die UdSSR wenden zu können. Dabei war für die GAP "der ideologische Reflex dieser bürgerlich - imperialistischen Kräftekonzentration gegen den Sozialismus und die SU ... das Hervortreten des 'europäischen Gedankens' " ²⁾. Die Unterordnung unter die Vorherrschaft der USA unter der Fahne des "europäischen Gedankens" war bei der westdeutschen Bourgeoisie besonders ausgeprägt: der Ausgang des 2. Weltkriegs

38) Arpo 5/2/6 39) Vergl. Teil 1.2. dieser Arbeit

40) Die "Thesen über unsere Stellung zur Ostzone" sind bereits in Teil 6.4.11. angesprochen worden.

41) Vergl. Teil 7.3. dieser Arbeit

1) Arpo 5/2/6 2) Ebenda

nötigte sie, auf selbständige imperialistische Ziele zu verzichten. Die westlichen Besatzungsmächte beraubten zwar die deutsche Bourgeoisie "der nationalen und imperialistischen Selbständigkeit" ³⁾, sie waren aber zugleich "der entscheidende Garant der bürgerlichen Ordnung" ⁴⁾. Aus diesem Grunde ging es der westdeutschen Bourgeoisie nicht um den Abzug der Besatzungstruppen der Westmächte, sondern darum, "die Gleichheit der Unterwerfungsbedingungen mit Frankreich, England und den anderen USA-Satelliten in Europa" ⁵⁾ zu erreichen. Wandte sich die bürgerliche Klasse in Westdeutschland also weder gegen die Besatzung noch gegen die Vorherrschaft der USA, so verlangte - oder bat - sie - ebenso wie die Sozialdemokraten - freie Hand in der inneren Verwaltung Westdeutschlands. Um diese "innere Autonomie" ⁶⁾ zu erlangen, versuchte die Kapitalistenklasse Westdeutschlands es auszunutzen, daß "sie ökonomisch und strategisch eine Schlüsselstellung einnimmt, den USA als Zwischenglied zur Beherrschung der Arbeitermassen unentbehrlich und ohne sie der Aufmarsch gegen die SU überhaupt nicht realisierbar ist" ⁷⁾, aber auszunutzen in dem Sinne, um als weiterer Juniorpartner der USA wirken zu können, nicht um national unabhängig zu werden oder gar um die Wiedervereinigung zu erreichen, denn nach Auffassung der GAP verzichtete die deutsche Bourgeoisie sogar auf die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Ostzone, "wenn der Preis dafür der Verzicht auf die Remilitarisierung und das Ausscheiden vom Aufmarsch gegen die SU ist" ⁸⁾.

Zentrale Bedeutung für die Politik der westdeutschen Bourgeoisie hatte die Wiederbewaffnung, die sie knapp 7 Jahre nach Potsdam mit aktiver Förderung der USA betrieb; die von Thalheimer 1945 aufgezeigte Alternative - entweder ein lebensunfähiges bürgerliches System oder ein lebensfähiger Kapitalismus mit allen seinen Attributen ⁹⁾ - war von den USA längst zu Gunsten der zweiten Möglichkeit entschieden worden. Für die Bourgeoisie in Westdeutschland bedeutete die Remilitarisierung

3) Ebenda 4) Ebenda 5) Ebenda

6) Vergl. ebenda 7) Ebenda 8) Ebenda

9) Vergl. Teil 2.3. dieser Arbeit

das Mittel, "um zuerst die Gleichberechtigung mit den anderen USA-Satelliten zu erlangen und sich dann ihnen gegenüber zu einer führenden Stellung vorzuarbeiten" ¹⁰⁾. Weil zudem "die Remilitarisierung ... der Bourgeoisie das außerparlamentarische Instrument zur Niederwerfung der Arbeiterklasse geben" würde, mußte "die Arbeiterklasse .. die Bewaffnung der deutschen Bourgeoisie als die Bewaffnung ihres Todfeindes betrachten und sie grundsätzlich ablehnen" ¹¹⁾. Die GAP wandte sich gegen die "plumpe Demagogie", d.h. gegen "das Gerede von der 'Volksarmee' oder vom 'demokratischen Geist', der der ersten eingehaucht werden soll" ¹²⁾, und warnte "Die objektive Rolle einer Armee wird bestimmt durch ihren Klassencharakter, über den es in diesem Fall keinen Zweifel geben kann, und nicht durch die Wünsche und Illusionen des Spießbürgers" ¹³⁾.

Die GAP trat 1952 wie Thalheimer 1945 sowohl für die Räumung Deutschlands von den Besatzungstruppen ein ¹⁴⁾ als auch für die Entwaffnung der deutschen Bourgeoisie. Wenn Thalheimer 1945 ausgeführt hatte: "Es wäre eine unverzeihliche Dummheit, wenn die deutsche Arbeiterklasse sich auf die Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse über die Entwaffnung und Entmilitarisierung des deutschen Imperialismus verlassen würde" ¹⁵⁾, so war 1952 sehr deutlich geworden, einerseits wie gerechtfertigt diese Warnung Thalheimers war, andererseits aber auch, wie gering die Kraft der deutschen Arbeiterbewegung war, denn sieben Jahre nach Potsdam strebte nicht sie nach Waffen, sondern sah sich mit der Tatsache konfrontiert, daß das Potsdamer Abkommen in Richtung auf die Stärkung der deutschen Bourgeoisie, revidiert wurde. Der "himmelweite ... Unterschied zwischen einer Arbeiterklasse, die nach revolutionärer Bewaffnung strebt und einer, die es nicht tut" ¹⁶⁾, den Thalheimer 1945 benannt hatte, äußerte sich 1952 darin, daß die Arbeiterklasse, die nicht nach Waffen gestrebt hatte (oder hatte streben können), sich mit der Tatsache der Wiederbewaffnung ihres

10) Arpo 5/2/7. Letzteres Ziel hatte "in Frankreich und England Widerstände hervorgerufen ... und die Remilitarisierung hinaus(ge)zögert ...". Arpo 5/2/7.

11) Arpo 5/2/7

12) Ebenda

13) Ebenda

14) Diese Forderung findet sich für Westdeutschland in Arpo 5/2/6

15) Thalheimer: Potsdam, S. 17

16) Ebenda, S. 19

Todfeindes konfrontiert sah. Weil die Kraft der Arbeiterklasse bisher gefehlt hatte, war auch die Räumung Deutschlands nicht durchzusetzen gewesen; inzwischen hatten die Westalliierten die Bourgeoisie in ihren Besatzungszonen wieder auf eigene Beine stellen können - Der Grenzschutz und die Soldatenverbände beständen, bzw. wären im Entstehen begriffen ¹⁷⁾ - die Remilitarisierung war bereits im vollen Gange, wodurch sich die Bedeutung der Besatzungstruppen für die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in der BRD realisierte.

In den Thesen 7 - 10 wandte sich die GAP der innenpolitischen Entwicklung zu, wie sie sich im oben dargestellten Rahmen im Zeichen der Remilitarisierung vollzog. Dabei stand "das Jahr 1951 ... im Zeichen des scharfen Angriffs auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen" ¹⁸⁾, um den Wiederaufstieg des Kapitalismus in Westdeutschland und die Besatzungskosten zu bezahlen, wobei die "Remilitarisierung neue schwerwiegende Kürzungen des Lebensstandards bringen" ¹⁹⁾ würde. Weil die Finanzierung dieser Politik zusehens schwieriger wurde, meinte die GAP 1952 zu sehen, daß "die CDU, der typische Repräsentant einer christlichen demokratischen Massenpartei unter großkapitalistischer Führung, die sich in erster Linie auf ihre Parlamentsmehrheit stützt und mit bürgerlich-parlamentarischen Methoden arbeitet, ... zusehends an Boden" ²⁰⁾ verlor zugunsten von FDP und DP als reinen Unternehmerparteien, "die offen die Gewerkschaften angreifen und ihr Augenmerk weniger der parlamentarischen Tätigkeit als dem Ausbau der außerparlamentarischen Kräfte widmen, mit denen sie die Widerstände der Arbeiterklasse zu brechen gedenken" ²¹⁾. Im Rahmen dieser Entwicklung gewann auch der Neofaschismus an Boden, dem auch deshalb wieder viele zuströmten, "weil keine politische Kraft in der Arbeiterbewegung den kommunistischen Ausweg zeigt" ²²⁾. Weil die "deutsche Bourgeoisie keine selbständigen imperialistische Ziele mehr verfolgen" ²³⁾ konnte, wurde der Neofaschismus nur von dem Teil der westdeutschen Bourgeoisie unterstützt, der von der Unterordnung unter die USA besonders

17) Vergl. Arpo 5/2/7

18) Ebenda

19) Ebenda

20) Ebenda

21) Ebenda

22) Ebenda. - Auf die in dieser Aussage enthaltene Selbsteinschätzung der GAP wird weiter unten noch eingegangen.

23) Ebenda

betroffen war ²⁴⁾. Als "Knüppelgarde gegen die Arbeiterorganisationen ... (zog d.V.) ... vorläufig ... die Bourgeoisie Soldatenverbände bürgerlich-konservativen Charakters"²⁵⁾ den Neofaschisten vor. Die Bourgeoisie reagierte "auf die ersten spontanen Versuche der Arbeiterschaft, die Verelendung von sich zu weisen, mit einem vorsorglichen Ausbau ihrer außerparlamentarischen Kampfinstrumente" ²⁶⁾, wozu neben den Soldatenverbänden auch "das angedrohte Verbot der KP, die Untersagung der Volksbefragung, das Hochverratsgesetz, die Hetze gegen die Gewerkschaften usw." ²⁷⁾ zählten.

Während die GAP "im Zeichen dieser Rechtsentwicklung des Bürgertums ... die Abkehr von den parlamentarischen Methoden und eine Annäherung an autoritäre und faschistische Herrschaftsformen" ²⁸⁾ feststelle, war "eine politische Radikalisierung der Arbeiterklasse ... noch nicht feststellbar. Die Masse der deutschen Arbeiter steht weiterhin unter dem Einfluß der SPD"²⁹⁾ obwohl "grundsätzlich ... die SPD in allen entscheidenden Fragen mit der Adenauer-Regierung einig" ³⁰⁾ war. Die Bundesregierung beschränkte sich auf die Integration Westdeutschlands in den Aufmarsch gegen die UdSSR, und die SPD forderte "die 'Einheit in Freiheit', d.h. ein kapitalistisch-demokratisches Deutschland bei gleichzeitiger 'Integration Europas', d.h. ohne Verzicht auf die Wiederaufrüstung" ³¹⁾. Für die GAP konnte "die ansehnliche Zahl der Stimmzettel ... nicht über die Hohlheit und Gebrechlichkeit der SPD hinwegtäuschen" ³²⁾, der sie ein baldiges Abnutzen prophezeite. Zwar mußte die GAP in These 11 feststellen: "Die rosarot gefärbte Brühe, die von ihrem (d.h. der SPD d.V.) einstigen sozialistischen Bekenntnis übrig geblieben ist, stößt die Arbeiter noch nicht genügend ab, weil der Kommunismus durch die KPD/SED total diskreditiert ist" ³³⁾, doch die praktische Politik der Sozialdemokraten mußte auch dieses Hindernis einer Linksentwicklung der Arbeiter zerstören.

24) Vergl. ebenda. Vergl. auch Teil 6.2. dieser Arbeit.

25) Arpo 5/2/7

26) Ebenda

27) Ebenda

28) Ebenda

29) Ebenda

30) Ebenda

31) Ebenda

32) Ebenda

33) Ebenda

Die GAP sah demnach Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, die diese zur Gegenwehr zwingen würden, und zugleich die Arbeiter in ihrer Masse unter Einfluß der SPD, was sie darauf zurückführte, daß KPD und SED den Kommunismus total diskreditiert hätten; während dessen war die Bourgeoisie auf dem Marsch nach rechts und dabei, sich von den parlamentarisch-demokratischen Methoden abzuwenden. Auch die Zersetzung der von den Besatzungsmächten importierten Demokratie hatte Thalheimer kommen sehen. Für ihn war "die Errichtung der bürgerlichen Demokratie" nur möglich, wenn die Bourgeoisie imstande war, "wenigstens einem Teil der Arbeiterklasse eine privilegierte und gesicherte Stellung zu geben ... , und ... (wenn d.V.) es ein zahlreiches und ökonomisch lebensfähiges Kleinbürgertum gibt" ³⁴⁾. Thalheimer fragte sich, wie in einem in vier Teile zerstückelten Deutschland "die völlig fehlende materielle Grundlage für eine bürgerliche Demokratie sich entwickeln" ³⁵⁾ sollte. Die Entstehung solcher Grundlagen hielt er - ebenso wie die GAP - für unmöglich, aber sie entwickelten sich, bewahrten CDU und SPD auf Jahre vor der Abnutzung und schafften die Grundlage für den andauernden Einfluß der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse ³⁶⁾. Weil die GAP 1952 eine solche Entwicklung auch nicht einmal als abstrakte Möglichkeit erwog, reduzierte sich ihre Argumentation erheblich, wenn sie z.B. die Vorherrschaft der SPD in der Arbeiterklasse wesentlich mit der abschreckenden Politik der KPD/SED erklärte. Die KPD war 1952 "dank ihrer mit den Arbeiterinteressen unvereinbaren Politik zu einer unbedeutenden Partei herabgesunken. In den Augen des Arbeiters ist sie mit Recht das Werkzeug der Sowjetdiplomatie, nicht die Kampfpartei der Werktätigen" ³⁷⁾; eine solche Einschätzung hatte die GAP bereits in der ersten Ausgabe der "Arbeiterpolitik" formuliert ³⁸⁾, doch war diese Einschätzung noch älteren Datums und fand sich bereits 1945 bei Thalheimer ³⁹⁾. 1950 stellte die GAP fest: "Die KPD der

34) Thalheimer: Potsdam, S. 23. Vergl. auch Teil 2.3. dieser Arbeit

35) Thalheimer: Potsdam, S. 24

36) Es ist auffällig - gerade an dieser Stelle - , daß die "Thesen" ohne im engeren Sinne ökonomische Analyse auskommen.

37) Arpo 5/2/7

38) Vergl. Arpo 1/1/4; vergl. auch Teil 5.1. dieser Arbeit

39) Vergl. Thalheimer: Potsdam, S. 31

Westzone ist weder eine kommunistische Partei, noch vertritt sie kommunistische Grundsätze" ⁴⁰⁾. Dabei hatte "sie...keinerlei Einfluß auf die entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse. Das ist die Folge der Preisgabe der kommunistischen Grundsätze" ⁴¹⁾. Für die GAP war 1950 bereits an den Mitgliedern der KPD "die instinktive Verbundenheit dieser Menschen mit der SU ... das einzige Positivum gegenüber jenen Schichten der Werktätigen, die auch den Glauben an die SU verloren haben oder sich gar von der anglo-amerikanischen Kommunistenhetze haben einfangen lassen" ⁴²⁾. Die KPD hatte durch ihre Politik ihren 1945 zunächst vorhandenen Einfluß in der Arbeiterklasse eingebüßt und die Arbeiter mehr oder weniger zur Sozialdemokratie getrieben; in dieser Situation hatten sich die Kräfte für einen neuen Anfang nicht entwickeln können. Zwar stellte die GAP immer wieder die Forderung: "Aber die deutsche Arbeiterklasse darf nicht weiter passiv abwarten. Sie muß ... sich auf ihre Kraft besinnen, sie organisieren, sich die kommunistische Führung selbst schaffen" ⁴³⁾, doch stellte sie noch in den Thesen fest, daß "keine politische Kraft in der Arbeiterbewegung den kommunistischen Ausweg zeigt" ⁴⁴⁾, d.h. die GAP zeigte zwar den Ausweg, war aber nach ihrer Selbsteinschätzung nicht die politische Kraft, die sie selbst für notwendig hielt. Die Ursache dafür war, daß in der Arbeiterklasse selbst keine oder kaum Aktivität entstanden war, so daß die kommunistische Programmatik und die taktischen Vorschläge der GAP kaum Resonanz gefunden hätten, denn auch die zutreffendste Analyse kann die Kraft nicht schaffen, die zu einer aktiven Politik notwendig ist. Doch "das Jahr 1951 ist ein Wendepunkt der deutschen Arbeiterbewegung gewesen. Die Arbeiterschaft hat die Hoffnung auf eine günstige Entwicklung ihrer Lebenshaltung, die sich ihrer nach der Währungsreform bemächtigte, nunmehr verloren" ⁴⁵⁾. Ob- oder wie weit - diese Illusion der Arbeiter eine materielle Grundlage hatte, wurde in den Thesen ebensowenig untersucht wie die Frage, wieso die Kämpfe, die Ende 1948 aufgeflackert waren, so schnell verlöschen waren. 1951 setzte aber die Arbeiterschaft "zum wirtschaftlichen Kampf gegen die Verelendung an. Die markanten

40) Arpo 3/10/11

43) Arpo 3/10/14

44) Arpo 5/2/7

45) Ebenda

41) Ebenda

42) Ebenda

Etappen dieses Sichselbstbesinnens sind: die Lohnbewegung der Bergarbeiter, die Streiks der Bremer Metallarbeiter, der Stuttgarter Straßenbahner, der Landarbeiter, der hessischen Metallarbeiter und zuletzt der Hafenarbeiter" ⁴⁶⁾. Dabei entwickelte sich Kampfbewußtsein, und wenn es auch nicht das politische Bewußtsein der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik erreichte, so war der Vorzug vor der Situation von 1929 und später, daß es aus betrieblichen Kämpfen herrührte, während die Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik "Im Betrieb, der Quelle der proletarischen Kraft, ... kampfunfähig (war d.V.). Seit 1929 gab es in Deutschland keine Wirtschaftskämpfe mehr, die sich mit dem hessischen Metallarbeiterstreik vergleichen ließen" ⁴⁷⁾. Die GAP betonte, daß es "einer natürlichen und gesunden Entwicklung (entspricht d.V.), wenn das Kampf- und Klassenbewußtsein der Arbeiter nach den jahrzehntelangen Enttäuschungen, dem völligen Versagen der traditionellen Arbeiterparteien dort wieder ansetzt, wo die Arbeiter in eigener unmittelbarer Erfahrung den Kapitalangriff zu erleiden haben" ⁴⁸⁾.

Für die GAP waren "die Erfahrungen der Arbeiter mit der Gewerkschaftsführung, der Sozialdemokratie und dem Staatsapparat in den Wirtschaftskämpfen ... der entscheidende Ansatzpunkt für die politische Arbeit der Gruppe" ⁴⁹⁾. Weil sich diejenigen, die bereits "die Einsicht der Nützlichkeit der Organisierung zur Verteidigung der Wirtschaftsinteressen" ⁵⁰⁾ gewonnen hatten, also die relativ klarsehenden Arbeiter, "trotz der elenden Führung" in den Gewerkschaften gesammelt hatten, untersuchte die GAP diese Organisationen ausführlich.

Allgemein sah die GAP in den Gewerkschaften "Vereinigungen der Arbeiterklasse zur Sicherung der proletarischen Lebenshaltung ... Ihre Aufgabe in der kapitalistischen Gesellschaft ist die Einschränkung der Konkurrenz der Arbeiter untereinander beim Verkauf ihrer Arbeitskraft, damit diese möglichst zu ihrem Werte verkauft werden kann" ⁵¹⁾. Gerade weil die Gewerkschaften nicht wesentlich gegen die bürgerliche Gesellschaft gerichtet sind, sind sie ein günstiger Boden für die "Ausbreitung

46) Ebenda

47) Ebenda

48) Ebenda

49) Arpo 5/2/7 f

50) Arpo 5/2/8

51) Arpo 5/3/8

gewisser opportunistischer, zünftlerischer und reaktionärer Tendenzen" ⁵²⁾. Demgegenüber bestand nach Auffassung der GAP "grundsätzlich die Aufgabe der klassenbewußten Arbeiter darin, diese größten und wichtigsten Massenorganisationen in den Dienst des Kampfes für den Sozialismus zu stellen" ⁵³⁾. Um die Aufgaben der GAP in der Gewerkschaftsarbeit genauer bestimmen zu können, untersuchte die Gruppe die historische Entwicklung dieser Organisation: sie entstand als Kampforganisation und mußte sich in langen Auseinandersetzungen gegen Staat und Kapitalisten durchsetzen. "1914 ging die Führung der deutschen Gewerkschaft offen zum Klassenfeind über. 1918/23 gelang es ihr, die Arbeiterschaft vom Sturze des deutschen Kapitalismus abzuhalten. 1933 kapitulierte sie kampflos vor Hitler, nachdem der Faschistenhüptling ihre Anbiederungsversuche mit einem Fußtritt beantwortet hatte" ⁵⁴⁾. Zwischen diesen 1933 untergegangenen Gewerkschaften und den Organisationen, die nach 1945 entstanden, lag für die GAP ein tiefer Schnitt, denn "nach 1945 erfolgte die Neubildung der Gewerkschaften nicht im Kampfe gegen Regierung, Besatzung und Unternehmertum; vielmehr wurde ihr Aufbau schrittweise gestattet und gelenkt, weil die herrschenden Mächte in ihnen ein wirksames Instrument der Kontrolle der Arbeitermassen sehen" ⁵⁵⁾. Auf diese Funktionen der Nachkriegsgewerkschaften hatte Thalheimer bereits 1945 hingewiesen ⁵⁶⁾. Beim Aufbau der Gewerkschaften hatten die Westalliierten "unter Mitarbeit der angelsächsischen Gewerkschaftsreformisten die 'geeigneten' Führer" ⁵⁷⁾ ausgewählt und eingesetzt, was sich auch 7 Jahre später noch bemerkbar machte, wenn auch die GAP nicht diese Art der Entstehung der Gewerkschaften allein für ihren Zustand 1952 verantwortlich machte. So schrieb die Gruppe: "Dieser Ursprung und die allgemeine Apathie der Arbeitermassen ermöglichten es der heutigen, vom Geiste der Klassenzusammenarbeit erfüllten Führung, die Zügel der Gewerkschaftsbewegung an sich zu reißen" ⁵⁸⁾. Die Ideologie der von dieser Führung verfolgten Gewerkschaftspolitik war die Mitbestimmung, die früher "die Arbeits-

52) Ebenda

53) Ebenda

54) Ebenda

55) Ebenda

56) Vergl. Thalheimer: Potsdam, S. 22; vergl. auch Teil 2.3. dieser Arbeit.

57) Arpo 5/3/8

58) Ebenda

gemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit genannt" ⁵⁹⁾ wurde; diese Politik änderte "nicht das geringste an der kapitalistischen Gesellschaft" ⁶⁰⁾ und schaffte Illusionen unter den Arbeitern, die nur dem Kapital nutzten. Weil die von den Verfechtern der Mitbestimmung herbeigesehnte Klassenharmonie durch die Kämpfe der Arbeiter um Sicherung ihrer Lebenshaltung gefährdet wurde, wiegelte die Gewerkschaftsführung solche Auseinandersetzung nach Kräften ab. Deshalb bezeichnete die GAP die Mitbestimmung als "Kapitulation vor dem Klassenfeind ... (die d.V.) ... nicht einmal die wirksame Vertretung der Lohnforderungen der Arbeiter" ⁶¹⁾ ermöglichte; eine der Mitbestimmung verpflichtete Gewerkschaftsführung wurde somit unfähig, "selbst die auf dem Boden des Kapitalismus noch möglichen bescheidenen Erfolge herauszuholen" ⁶²⁾, wodurch diese Führung in Widerspruch zu den Mitgliedern geraten mußte.

Dieser Widerspruch war für die GAP nicht zufällig, sondern deckte sich mit der "marxistische(n) Erkenntnis, daß der Kapitalismus in seinem jetzigen Entwicklungsstadium des Niedergangs und Verfalls genötigt ist, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse immer mehr zu senken" ⁶³⁾. Deshalb konnte ein gewerkschaftlicher Kampf nur noch "ohne jede Rücksicht auf die Bedürfnisse der (kapitalistischen) 'Wirtschaft' geführt werden" ⁶⁴⁾, wozu die Gewerkschaftsführung nicht bereit war, zumal unter den Bedingungen des niedergehenden Kapitalismus, die die GAP 1952 als gegeben ansah, "der Abwehrkampf der Arbeiterklasse letzten Endes in den politischen Kampf zum Sturze der kapitalistischen Gesellschaft umschlagen" ⁶⁵⁾ mußte. Solche Überlegungen hatte bereits die KPO in ihrer "Plattform" angestellt und näher ausgeführt. Die nach Auffassung der GAP vorliegenden objektiven Bedingungen waren die Basis für den Versuch "der klassenbewußten Gewerkschaftler ..., diese Führung (der Gewerkschaften d.V.) zu verdrängen und die Mehrheit der organisierten Arbeiter hinter sich zu scharen" ⁶⁶⁾, was auf lange Sicht Erfolg haben konnte, wenn auch der "endgültige... Erfolg mit der proletarischen Revolution" ⁶⁷⁾ zusammenfallen

⁵⁹⁾ Ebenda

⁶⁰⁾ Ebenda. - Zur genaueren Einschätzung der Entwicklung der Gewerkschaften vergl. den Artikel: "Die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach 1945". Arpo 3/1/2 ff und 13 ff.

⁶¹⁾ Arpo 5/3/8

⁶²⁾ Ebenda

⁶³⁾ Ebenda

⁶⁴⁾ Ebenda

⁶⁵⁾ Ebenda

⁶⁶⁾ Ebenda

⁶⁷⁾ Ebenda

mußte. Unter anderem gegen die ehemaligen KPO-Mitglieder gewandt, die 1952 bereits in hohe Positionen des Gewerkschaftsapparates aufgestiegen waren, formulierten die "Thesen zur Gewerkschaftsarbeit", daß es bei dieser Eroberung der Gewerkschaften "nicht auf die Besetzung der höheren Funktionen und Angestelltenposten ... (ankomme d.V.), sondern auf die Eroberung der Mitgliedermassen und unteren Gewerkschaftseinheiten ... für den Klassenkampf gegen das kapitalistische Lohnsystem" ⁶⁸⁾. Diese Aufgabe war deshalb lösbar, weil es nach Auffassung der GAP nicht darum ging, gegen die Ideologie der Mitbestimmung, wie sie die Gewerkschaftsführung verfocht, eine andere Vorstellung zu setzen, sondern "nur" darum, "den Arbeitern ... (den d.V.) historischen Sinn ihrer tatsächlichen Abwehrkämpfe bewußt zu machen" ⁶⁹⁾. Wenn für die GAP die erste grundlegende Forderung lautete: "Schluß mit der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit!" ⁷⁰⁾, so war das keine dem tatsächlichen Kampf äußerliche Parole, sondern nur eine Verbalisierung dessen, was die Abwehrkämpfe der Arbeiter selbst beinhalteten ⁷¹⁾.

Von der oben skizzierten Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung ausgehend sah die GAP eine Aufgabe darin, gegen die Beherrschung der Gewerkschaftsorganisation durch die Führung und ihr organisiertes Vorgehen einen linken Gewerkschaftsflügel zu schaffen. Da die klassenbewußten Gewerkschaftler nur eine Minderheit in den Organisationen darstellten, mußten sie versuchen, sich nicht aus den Gewerkschaften hinausdrängen zu lassen, was die Führung auf jeden Fall versuchen würde.

68) Ebenda

69) Ebenda

70) Ebenda

71) Auf dem Hintergrund der Einschätzung der GAP, daß die Lebenshaltung der Arbeiter ständig gedrückt wurde und daß der Kampf dagegen letztlich in den Kampf um die Macht umschlagen mußte, gewannen die weiteren Vorstellungen der GAP über die zu ergreifenden Maßnahmen erst ihre Bedeutung, denn dieselben Vorschläge wurden in Situationen, in denen das Kapital Zugeständnisse an die Arbeiterklasse machen konnte, Ausdruck einer aussichtslosen Aufklärungsstrategie und Revolutionpädagogik. Die Tatsache, daß die von der GAP bei der Ausarbeitung ihrer Politik zugrundgelegte Einschätzung der ökonomischen Entwicklung nicht zutraf, darf jedoch in der Betrachtung von 1975 her nicht so (fehl)interpretiert werden, als habe die GAP gemeint, auch ohne die angenommene objektive Entwicklung wäre ihre Politik durchführbar gewesen, d.h. diese Politik war an bestimmte Voraussetzungen gebunden, die die Gruppe selbst nicht schaffen konnte.

Deshalb war es unbedingt notwendig, sich im Rahmen der Statute und Beschlüsse der Gewerkschaften zu halten ⁷²⁾, wenn die eigene Kraft nicht zu anderem Handeln ausreichte. So hieß es in These 12: "Eine opportunistische Verzerrung klassenbewußter Gewerkschaftspolitik ist die Meinung, daß keine Kämpfe gegen den Willen der Bürokratie geführt werden dürfen" ⁷³⁾, denn diese Auffassung würde bedeuten, daß überhaupt keine Kämpfe geführt würden, da die Gewerkschaftsführung nach Einschätzung der GAP um der Klassenharmonie willen solche Aktionen nicht einleiten würde. Voraussetzung für eine Kampfführung gegen den Willen der Gewerkschaftsführung war, "daß eine erdrückende Mehrheit der organisierten und unorganisierten Arbeiter kampfgewillt und ein Netz erfahrener und organisierter Vertrauensmänner gebildet ist. Besteht Aussicht auf Erfolg, so ist es Pflicht des linken Gewerkschaftsflügels, die Arbeiter in den Kampf zu führen" ⁷⁴⁾. Diese Aussage verdeutlichte, wie sehr die Politik der GAP auf die konkreten Bedingungen abstellte: waren bestimmte Voraussetzungen gegeben oder geschaffen, war die Gruppe auch ohne oder auch gegen die Gewerkschaften bereit, so weit zu gehen wie in Salzgitter; bei anderen Ereignissen kritisierte sie die Aufrufe der KPD wie "Weiterstreiken unter selbstgewählten Leitungen" im Hessenstreik als Luftgymnastik ⁷⁵⁾.

Um die Entwicklung des linken Gewerkschaftsflügels zu fördern, war es nach Auffassung der GAP notwendig, alle organisierten Arbeiter - unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit - einzubeziehen, "die bereit sind, aus den Gewerkschaften wieder (?) Kampfinstrumente der Arbeiterschaft zu machen" ⁷⁶⁾. Eine wichtige Aufgabe der klassenbewußten Gewerkschafter lag darin, die innerverbandliche Demokratie, ein "Lebenselement der Arbeiterbewegung", gegen die Führung zu verteidigen; eine aktuelle Frage waren damals die gegen KPD-Mitglieder gerichtete Reverse,

72) Vergl. Arpo 5/3/8

73) Arpo 5/3/9

74) Ebenda. - Diese Position lehnte sich stark an die der KPO-Plattform, S. 60 ff, an.

75) Vergl. GAP: Hessen-Streik, S. 18; vergl. auch Teil 6.4.4. dieser Arbeit.

76) Arpo 5/3/8. - Das "Wieder" ist deshalb fragwürdig, weil die 1952 bestehenden Gewerkschaften nie - d.h. seit 1945 - Kampfinstrumente der Arbeiter gewesen waren.

die die GAP ablehnte, um die innergewerkschaftliche Demokratie zu wahren ⁷⁷⁾.

Besondere Bedeutung im Kampf in den Betrieben und im Kampf um die Gewerkschaften maß die GAP den Betriebsräten zu; "sie sind die demokratischste Form der Klassenvertretung, denn sie spiegeln die jeweilige Stimmung, die Schwächen und Stärken der gesamten Betriebsarbeiterschaft am getreuesten wieder" ⁷⁸⁾. Sie wurden am ehesten von allen Klassenorganen der Arbeiter "von unten" her mitgerissen, sie waren am leichtesten zu erobern und konnten, wenn sie sich überbetrieblich zusammentaten, "ein wichtiges Mittel sein, der Gewerkschaftsbürokratie den Willen der Massen aufzuzwingen" ⁷⁹⁾, was aber auch hieß, daß solche Betriebsräte, die nicht von diesem Willen getragen wurden, dann nur die Schwäche der Basis ausdrücken konnten und somit die Stärke der Gewerkschaftsbürokratie signalisierten. Die Betriebsräte spielten für die GAP nicht qua Institution eine Rolle - etwa: hier die "guten" Betriebsräte, da die "böse" Gewerkschaftsbürokratie - , sondern nur, insoweit sie die Kraft der Arbeiter direkter ausdrücken konnten als Gewerkschaftsinstanzen - wenn diese Kraft vorhanden war!

Auch in den "Thesen zur Gewerkschaftsarbeit" kritisierte die GAP die RGO-Politik, die bereits die KPO umfassend kritisiert hatte ⁸⁰⁾; die Erneuerung dieser Kritik war deshalb notwendig, weil die KPD ... den RGO-Kurs nie offen und gründlich kritisiert und daher nicht überwunden" ⁸¹⁾ hatte. Die RGO-Politik "bewirkte die Isolierung der kampfgewilltesten, klassenbewußtesten Arbeiter von den überparteilichen Massenorganisationen, die damit den Reformisten überlassen wurden." ⁸²⁾, weshalb "jede RGO-Tendenz ... von den klassenbewußten Gewerkschaftlern rücksichtslos bekämpft werden muß" ⁸³⁾, denn schließlich ging es darum, den Reformismus politisch zu überwinden, nicht darum, ihm das Feld zu überlassen.

Anfang 1952 sah die GAP "die Gewerkschaftspolitik der KPD am Wendepunkt" ⁸⁴⁾, als die Reformisten der "seit Ende 1945 von

⁷⁷⁾ Vergl. ebenda. - Eine weitere Detailforderung betraf die Be-soldung der Gewerkschaftsangestellten, die "den monatlichen Lohn eines qualifizierten Arbeiters der Industriegruppe, der sie angehören, höchstens um 10 Prozent übersteigen" sollte. Ebenda.

⁷⁸⁾ Ebenda

⁷⁹⁾ Arpo 5/3/9

⁸⁰⁾ Vergl. KPO-Plattform, S. 58 ff

⁸¹⁾ Arpo 5/3/9

⁸²⁾ Ebenda

⁸³⁾ Ebenda

⁸⁴⁾ Arpo 5/1/8

der KPD betriebene(n) Gewerkschaftspolitik" ⁸⁵⁾ ein Ende setzten. Diese nun gescheiterte Politik beruhte auf der "Vorstellung vom demokratischen Wiederaufbau, vom Mitspracherecht, von der Ablehnung jeder Fraktionsarbeit. Im Zeichen dieser Politik saß man in den Arbeitsministerien, riet streikenden Bauarbeitern, den Streik abubrechen, lehnte die proletarische Demonstration-Abwehr ab, arbeitete Mitbestimmungsgesetze aus, und war so vorstandsfremd und besatzungshörig, daß die Reformisten gerne zahlreiche Posten für KPD-Leute reservierten, die dafür mithelfen, die hungrigen Arbeiter in Schach zu halten" ⁸⁶⁾. Als die KPD-Mitglieder für die Reformisten überflüssig wurden, gingen diese gegen jene vor, die sich durch die Ablehnung einer organisierten Fraktionsarbeit selbst entwaффnet hatten und sich nicht auf das Vertrauen der Mitglieder stützen konnten. daß sie durch ihre Zusammenarbeit mit den Reformisten verschlissen hatten. Die Folge der Repressionen der Gewerkschaftsführungen auf die KPD-Gewerkschaftsfunktionäre: "Die einen werden ausgeschlossen oder ihrer Funktion enthoben, ohne daß sich ein ernstzunehmender Protest der Mitglieder erhob; die anderen kapitulierten vor der DGB-Führung, verließen die KPD und setzten ihre bisherige reformistische Politik fort" ⁸⁷⁾. Die KPD machte in dieser Situation die Opfer ihrer Politik für diese verantwortlich und schaltete auf "Hart bleiben" um und verbot ihren Mitgliedern die Reverse zu unterschreiben; so "erleichtern sie den Reformisten die Säuberung der Gewerkschaften" ⁸⁸⁾. Die GAP war nicht dagegen, die Reverse zu unterschreiben, doch sie betonte: "Nur die Arbeit für den Kommunismus kann eine kommunistische Unterschrift unter den Revers rechtfertigen. Hier versagen viele KPD-Gewerkschaftsangestellte" ⁸⁹⁾, die oft mit der Unterschrift politisch kapitulierten. Verfolgten diese Sekretäre die alte Politik der KPD weiter, so schwenkte die KPD um und begab sich mit dem "Versuch, mit Hilfe der Arbeiterkomitees, die nur Tarnorganisationen der KPD sind, die Gewerkschaft zu umgehen" ⁹⁰⁾, in die Nähe einer Neuauflage des RGO-Kurses, d.h. die KPD "korrigierte" einen Fehler mit einem anderen, wogegen die GAP noch einmal aufforderte, einen linken Gewerkschaftsflügel zu sammeln, um den Kampf um die Gewerkschaftsmitglieder besser führen zu können.

Auch in der Situation, wie sie 1952 bestand, in der also die

85) Arpo 5/1/9 86) Ebenda 87) Ebenda 88) Ebenda 89) Ebenda 90) Ebenda

klassenbewußten Gewerkschaftler eine - unorganisierte - Minderheit waren, kam es darauf an, gegen die außerparlamentarischen Instrumente der Bourgeoisie den Kampf zu propagieren; dazu sollte "die Forderung nach Massenversammlungen und -demonstrationen zur Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung ... erhoben werden" ⁹¹⁾, und der politische Massenstreik propagiert werden. Angesichts der Tatsache, daß im niedergehenden Kapitalismus "die Lohnkämpfe politische Ereignisse ersten Ranges" wurden, forderte die GAP den Einsatz "der gesamten gewerkschaftlichen Kraft aller organisierten Arbeiter und ... (den d.V.) Übergang ... zu wirksameren Kampfmethoden" ⁹²⁾ wie Massendemonstrationen, Betriebsrätevollversammlungen zur Organisierung von Solidaritätsaktionen, Überstunden- und Akkordsperre etc. bis hin zu "Betriebsbesetzungen wenn die Arbeiter den Willen und die Kraft haben, sie gegen Angriffe zu verteidigen" ⁹³⁾. Schließlich wollte die GAP "zur sozialistischen Bewußtseinsbildung in den Gewerkschaften ... die Tagesforderungen mit den Übergangsforderungen" ⁹⁴⁾ verbinden, so mit der Forderung nach Produktionskontrolle, die "der Beginn der Organisierung der Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Arbeitenden (ist d.V.) und ... im schroffen Gegensatz zur Mitbestimmung in der kapitalistischen Profitwirtschaft (steht d.V.). Sie überschreitet die Grenzen der bürgerlichen Produktionsverhältnisse und führt die Arbeiterschaft an die Frage des Sturzes der herrschenden Klasse heran" ⁹⁵⁾

Mit der Parole der Kontrolle der Produktion nahm die GAP bestimmte Argumentationen auf, die bereits in der Plattform der KPO ausführlich dargelegt worden waren. Auch das Verhältnis der Tageskämpfe zum Kampf um die Macht war 1952 nur angedeutet, wurde aber vor dem Hintergrund der Plattform deutlich. Diese enge inhaltliche Beziehung zwischen "Thesen" und "Plattform" konnte bei der Bestimmung der Aufgaben der GAP nicht bestehen, da sich der KPO unter anderen Bedingungen einschneidend andere Aufgaben gestellt hatten. Ging es der KPO ursprünglich zunächst um die Durchsetzung ihrer Auffassungen in der KPD, um mit dieser reformierten Partei den Weg der proletarischen Revolution in Deutschland beschreiten zu können, so sah die GAP 1952 - "allgemein ausgedrückt" - ihre Aufgabe darin, "all jene in Deutschland zu sammeln und zu organisieren, die

91) Arpo 5/3/9 92) Ebenda 93) Ebenda 94) Ebenda 95) Ebenda

erkannt haben, daß der Sieg des Sozialismus der einzige geschichtliche Ausweg aus der Barbarei unserer Epoche ist"⁹⁶⁾. Hatte die KPO diejenigen organisiert, die eine bestimmte Anwendung der Grundsätze und Ziele des Kommunismus auf die Lage des internationalen Klassenkampfes und des Klassenkampfes in Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik vertraten, wollte die GAP die sammeln, die schon die Perspektive des Sozialismus erkannt hatten: war die KPO eine bestimmte taktische Richtung in der kommunistischen Bewegung ihrer Zeit, so sah sich die GAP eher als Sammelpunkt für eine kommunistische Bewegung. Was für die KPO noch "die erste, unerläßliche und nicht mehr rückgängig zu machende Voraussetzung für den Fortschritt des Kommunismus"⁹⁷⁾ war, nämlich die kommunistische Partei, war 1952 ein weit entferntes Ziel, zu dessen Erreichung Voraussetzungen objektiver Natur fehlten. Daß wesentliche Bedingungen zur Herausbildung einer revolutionären Partei für die GAP zur Zeit der "Thesen" nicht vorhanden waren, schlug sich in der Formulierung nieder, daß diejenigen gesammelt und organisiert werden sollten, die die Perspektive Sozialismus bereits erkannt hatten. Diese Aufgabe unterschied sich grundsätzlich von dem, was mit "Eroberung der Vorhut der Arbeiterklasse für den Kommunismus" gemeint war, zu letzterem gehörte eine Bewegung in der Klasse selbst, die die GAP nicht - genauer: noch nicht - für vorhanden ansah, so daß sie sich auf die viel bescheideneren Aufgabe konzentrieren mußte, die Reste einer zerfallenden kommunistischen Strömung, wie sie vor 1933, aber auch nach 1945 in der deutschen Arbeiterklasse bestanden hatte, zu sammeln. Für die GAP war die revolutionäre Partei "die Führerin der Arbeiterklasse auf dem Wege zum Sozialismus"⁹⁸⁾, und in ihr sollten diejenigen organisiert werden, "die die Notwendigkeit der sozialistischen Gesellschaftsordnung erkannt haben und bereit sind, dafür auf dem Boden der kommunistischen Grundsätze zu kämpfen"⁹⁹⁾; erschien in der Bestimmung die revolutionäre Partei auf eine Organisation kampftentschlossener Kommunisten reduziert, so verdeutlichte die GAP wenig später in den "Thesen" daß "revolutionärer Kampfwille und Bewegung, mindestens bei einem ins Gewicht fallenden Teil der Arbeitermassen"¹⁰⁰⁾ für die Herausbildung einer solchen Partei unerläßlich waren, eine Voraussetzung, die vorwiegend nicht "vom guten oder schlechten Willen eines mehr oder weniger großen Personenkrei-

⁹⁶⁾ Arpo 5/2/8 ⁹⁷⁾ KPO-Plattform, S. 36 f ⁹⁸⁾ Ebenda
⁹⁹⁾ Ebenda ¹⁰⁰⁾ Ebenda

ses ab(hing)" ¹⁰¹⁾. Die Aufgaben, die sich die GAP unter den gegebenen Bedingungen stellte, waren die Herausbildung eines "solide(n) Kern(s) kommunistischer Vertrauensleute, die mit der Arbeiterschaft innig verbunden sind" ¹⁰²⁾ und die Erarbeitung eines "Programm(s) auf dem Boden der kommunistischen Grundsätze" ¹⁰³⁾. Zur Lösung der zuletzt genannten Aufgabe sollten die drei Thesensätze dienen, die auf der Jahreskonferenz 1951/52 vorgelegen hatten.

Daneben versuchten gerade die "Thesen zur politischen Lage Westdeutschlands" auch Schritte für die innerorganisatorische Arbeit anzugeben. Dabei ging die GAP davon aus, daß im gegenwärtigen Zustand der politischen Apathie der Arbeiterschaft ... die Entwicklung der Gruppe nicht stürmisch (verläuft, sondern daß d.V.) sie .. vielmehr durch langsame Fortschritte und zähe Kleinarbeit gekennzeichnet (ist d.V.)" ¹⁰⁴⁾. Diese Kleinarbeit bestand auch darin, "die eigene Berichterstattung soweit als möglich zu entwickeln" ¹⁰⁵⁾ um ein Gegengewicht gegen die Methoden der Lüge und des Todschweigens der bürgerlichen Presse und der Leitungen der offiziellen Arbeiterorganisationen zu schaffen. Zugleich wurde die Bedeutung hervorgehoben, die das Verfassen von Berichten für diejenigen hätte, die diese verfaßten, denn "die Berichterstattung ist ... ein wesentlicher Teil der Herausbildung des Kaders" ¹⁰⁶⁾, da sie die Verfasser der Berichte daran gewöhnte, "Gedanken schriftlich zu formulieren, selbständig zu beobachten und politisch zu denken" ¹⁰⁷⁾.

Eine weitere Aufgabe bestand in der Bildung arbeitsfähiger Ortsleitungen, die die Beweglichkeit und die Aktionsfähigkeit der lokalen Gruppen verbessern sollten, was notwendig wurde, um die Außenwirkung der Gruppen zu verbessern. Als ein wichtiges Mittel dazu nannten die "Thesen" neben Flugblättern und der "Arbeiterpolitik" das Auftreten in Versammlungen von SPD und KPD. Für die GAP war dabei die richtige Linie "die Betonung der außerparlamentarischen Massenaktionen, der Klassenkraft der Arbeiterschaft, statt des parlamentarischen Geschwätzes und der Hoffnung auf die eine oder die andere Großmacht" ¹⁰⁸⁾.

Für die organisatorische Entwicklungsrichtung der GAP war besonders die 23. These von Wichtigkeit, die die zentrale Bedeutung der Betriebsgruppen hervorhob: "Hundert Arbeiter einer Stadt, verstreut in den Wohnbezirken, sind ein loser Haufen.

101) Ebenda 102) Ebenda 103) Ebenda 104) Ebenda
105) Ebenda 106) Ebenda 107) Ebenda 108) Arpo 5/2/9

Ein Dutzend Arbeiter in einem Betrieb, die planmäßig politisch arbeiten, sind eine ernste Kraft. Ihr tatsächlicher Einfluß auf die Werkskollegen vervielfacht diese Kraft gerade in den entscheidenden ökonomischen Schwerpunkten der kapitalistischen Gesellschaft. Der bürgerliche Staatsapparat kann gegen die Arbeiterbewegung wüten, aber er kann nicht die ökonomische Struktur zerstören, auf der er ruht. Daher ist der Betrieb die beste organisatorische Grundlage unserer Arbeit" 109).

Die "Thesen" wurden deutlich von der Schwäche der Arbeiterbewegung geprägt, die der Gruppe Arbeiterpolitik eine Politik aufzwingen, die sich auf die Sammlung derjenigen beschränken mußte, die bereits die Perspektive Sozialismus erkannt hatten. Gegenüber der These Thalheimers von 1945/46, daß nur die Besatzungstruppen die proletarische Revolution in Deutschland verhinderten, war das eine deutlich andere Einschätzung der Lage. Dennoch standen die beiden Positionen nicht unbedingt im Gegensatz zu einander, hatte doch die GAP herausgearbeitet, wie die Besatzungspolitik die Aktionen der Arbeiter behinderte und damit der Entfaltung des Klassenkampfes - zunächst - einen Riegel vorschob. Besonders verheerend hatte dabei die Deutschlandpolitik der SU gewirkt, die besonders die mehr oder weniger deutlich kommunistisch orientierten Arbeiter unmittelbar nach 1945 in Scharen in die Apathie oder in die Arme der Sozialdemokratie getrieben hatte. Was vom ältesten Potential der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik und der Strömung der ersten Nachkriegszeit aufgefangen werden konnte, konnte nicht die Kraft entwickeln, die verschiedene Ansätze von Aktivität breiterer Arbeiterschichten aufzugreifen und weiterzuführen, und eine neue Bewegung der Arbeiterklasse, die den Boden für die von der Gruppe Arbeiterpolitik erarbeiteten Leitlinien kommunistischer Politik bereiten würde, hatte sich bis 1952 nicht entfaltet.

Die Probleme, die diese Situation der GAP stellte, werden im Teil 8. skizziert werden.

109) Ebenda

7.3. Die Einschätzung der Sowjetunion

Mit den Thesen und den darin genannten Aufgaben versuchte die GAP, die Schritte zu gehen, die ihr angesichts der politischen Apathie der deutschen Arbeiterklasse möglich erschienen. Der Gruppe erschien Deutschland "ökonomisch und sozial ... (für den Sozialismus d.V.) reif, ja überreif. Rafft sich die deutsche Arbeiterklasse nicht dazu auf, dieses geschichtliche Gebot zu erfüllen, dann wird es nichts destoweniger erfüllt werden, aber erfüllt von den Panzerarmeen und Luftgeschwadern der SU, die nicht fragen wird, ob die dort geschichtlich gewordenen Methoden den deutschen Arbeitern gefallen oder nicht"¹⁾. Die GAP sah für die weitere Entwicklung nicht nur eine weitere Verschärfung der Angriffe des Kapitals auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, die diese dann zum Kampf zwingen und in Widerspruch zu den Sozialdemokraten, speziell in den Gewerkschaften, setzen würde, sondern auch den Zusammenstoß der "verfaulenden kapitalistisch-imperialistischen Ausbeuterordnung"²⁾ mit dem sozialistischen Lager. Die erwarteten wachsenden inneren Schwierigkeiten des bürgerlichen Systems würden sich sowohl in der Aufrüttelung der Arbeiterklasse in Westdeutschland als auch in der Gefahr des 3. Weltkrieges ausdrücken; letzterer konnte nur durch den Sieg der proletarischen Revolution verhindert werden, der zugleich der siegreichen Arbeiterklasse die Chance eröffnen würde, mit den eigenen Methoden den Sozialismus aufzubauen. Je weniger die deutschen Arbeiter in der Lage waren, zur proletarischen Revolution fortzuschreiten, weil bei ihnen "der schroffe Zusammenprall mit den bürokratischen Methoden der russischen Besatzungsmacht den Kommunismus aufs tiefste diskreditiert hat"³⁾, umso sicherer erwartete die GAP den Aufbau des Sozialismus mit russischen Methoden.

Die KPO hatte stets vor den verheerenden Wirkungen der Übertragungen aller Erfahrungen der russischen Revolution auf die entwickelten kapitalistischen Länder gewarnt; Thalheimer hatte 1946 ausgeführt, daß der Versuch, in einem Teil des besetz-

1) Arpo 5/2/8

2) Ebenda

3) Ebenda

ten Deutschlands mit Hilfe der Roten Armee den Sozialismus aufzubauen, "nur enden (konnte d. V.) mit einer Katastrophe für das erobernde Land und einer tiefgehenden und lange anhaltenden Schwächung des Sozialismus und Kommunismus"⁴⁾.

Als die SU dennoch diesen Weg ging, trieb sie große Teile der deutschen Arbeiterklasse in die Arme der Sozialdemokratie oder in die Resignation, zumal die Sowjetunion die KPD für diese Politik instrumentalisierte bzw. die KPD instrumentalisierte sich selbst dazu. Diese Entwicklung erleichterte den USA den Aufmarsch gegen die UdSSR und brachte die kommunistische Bewegung auf den Tiefpunkt, da diese nicht die Kraft aufbrachte, sich wirksam gegen die Entwicklung zu stellen, obwohl sich die GAP darum bemüht hatte. In dieser Situation bestand die Gefahr, daß Angehörige der kommunistischen Bewegung von der Politik der UdSSR enttäuscht waren, im Grunde diesen Staat ursächlich für den desolaten Zustand der deutschen Arbeiterbewegung verantwortlich machten und sich dann - in der Meinung, sich gegen die Ursache dieser Situation zu wenden - gegen die UdSSR als sozialistischen Staat wandten, z.B. die Außenpolitik der SU für "Sowjetimperialismus" erklärten.

Die GAP hatte ihre Kritik an der Politik der UdSSR stets deutlich ausgesprochen, sich dabei aber zugleich bemüht, die an der SU kritisierte Politik auf ihre materiellen Ursachen zurückzuführen, nicht um sie zu verteidigen, sondern um den Mitgliedern der Gruppe und überhaupt den Angehörigen der Arbeiterbewegung zu helfen, durch die verwickelten Erscheinungsformen des internationalen Klassenkampfes hindurch die Grundstruktur zu erkennen, um hier speziell die Frage zu beantworten, worauf die Politik der UdSSR beruhte: auf kapitalistischer Grundlage oder auf der Basis eines unter spezifischen Bedingungen sich entwickelnden Sozialismus.

Bereits in "Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg" war Thalheimer auf diese Frage ausführlich eingegangen⁵⁾; in seinen letzten Lebensjahren

4) Thalheimer: Weltpolitik, S. 21

5) Vergl. Teil 2.2. dieser Arbeit

arbeitete er an einer Schrift mit dem Titel: "Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern"⁶⁾. Den 1. Abschnitt "Die Grundlagen. 1. Kapitel. Die Methode. 2. Kapitel. Der Maßstab"⁷⁾ konnte Thalheimer noch beenden und seinen Freunden in Deutschland zur Verfügung stellen, die das Manuskript zunächst in der "Arbeiterpolitik" abdruckten und es dann unter dem Titel "Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion" als Broschüre veröffentlichten⁸⁾. Den 2. Abschnitt, in dem Thalheimer die russische Revolution auf der vorher entwickelten Grundlage untersuchen wollte, konnte er ebensowenig fertigstellen wie den 3. Abschnitt "Die sozialistische Revolution im Westen und die UdSSR"¹⁰⁾.

Für Thalheimer war "die Einstellung zur Sowjetunion ... zum Schibboleth der revolutionären Einstellung in der Arbeiterbewegung der ganzen Welt geworden"¹¹⁾. Er stellte fest, daß dabei "der Streit ... nicht um die Tatsachen"¹²⁾, die uns schwer festzustellen wären, sondern daß "der Streit ... um die Deutung und die Wertung der Tatsachen"¹³⁾ ging. Die Differenzen in der Arbeiterbewegung bei der Einschätzung der Sowjetunion ließen sich darauf zurückführen, daß verschiedene Maßstäbe an dieselben Tatsachen angelegt würden, weshalb sich die Frage erhob, worauf diese unterschiedlichen Maßstäbe beruhten. Für Thalheimer erforderte deshalb "die Untersuchung der Maßstäbe ... zu allererst die Untersuchung der Methoden, vermittels deren man zu ihnen gelangt ist"¹⁴⁾; aus diesem Grunde legte Thalheimer zu Beginn seiner Arbeit seine Interpretation dessen vor, was für ihn Marxsche Methode war.

6) Thalheimer: SU, S. 3 (Vorwort der GAP von 1950)

7) Ebenda

8) Vergl. Arpo 5/15/7 f; Arpo 5/16/7 ff; Arpo 5/17/7 f

9) Vergl. Teil 6.2.4. dieser Arbeit. Welche Bedeutung die Gruppe dieser Schrift zumaß und zumißt, wird nicht nur an dieser Broschüre und dem Abdruck in der "Arbeiterpolitik" deutlich; als 1970 die Gruppe zur Einschätzung der Gewerkschaften Stellung nahm, trug dieser Artikel deutlich die Spuren von Thalheimers Ausführungen über Methode und Maßstab. Vergl. Arpo-Briefe 11/3/19 ff.

10) Thalheimer: SU, S. 3 (Vorwort der GAP von 1950)

11) Thalheimer: SU, S. 9 f

12) Ebenda, S. 10

13) Ebenda

14) Ebenda

Er verwies dazu auf die Darlegungen von Friedrich Engels im "Anti-Dühring"¹⁵⁾ und in "Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie"¹⁶⁾, wo dargelegt wäre, "was unter materialistisch und dialektisch zu verstehen ist"¹⁷⁾

Die materialistisch-dialektische Methode ermöglicht es Marx, Grundsätze und Ziele des Sozialismus zu bestimmen, doch diese können für Thalheimer nicht ohne weiteres als Maßstäbe zur Einschätzung der Sowjetunion übernommen werden, denn "die Resultate der materialistischen und dialektischen Methode unterliegen selbst der Dialektik der materiellen Wirklichkeit"¹⁸⁾, so daß gerade diejenigen, die formell an bestimmten Marxschen Resultaten festhalten, diese Methode aufgeben und in ihr Gegenteil verkehren, denn "wenn ... materiell bedingte und materialistisch-dialektisch richtig abgeleitete Resultate getrennt werden von diesen ihren Bedingungen (d.h. von den materiellen Tatsachen, durch die sie bedingt sind d.V.), wenn sie aus bedingten, also in ihrer Geltung zeitlich und örtlich begrenzten, zu unbedingten, für alle Zeiten und Orte geltenden Maßstäben erhoben werden, und wenn sie dann als Maßstab auf gänzlich verschiedene Bedingungen angewandt werden, so schlägt damit die materialistische und dialektische Methode in ihr gerades Gegenteil um - in Idealismus und Undialektik oder Metaphysik"¹⁹⁾. Diese Aussage sieht Thalheimer in dem bestätigt, was Marx und Engels Kommunismus genannt haben, nämlich: "Der Kommunismus ist nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand

15) In: Marx Engels Werke, Band 20, Berlin 1971, 3.Aufl. S.5ff

16) In: Marx Engels Werke, Band 21, Berlin 1969, 2.Aufl. S. 259 ff

17) Thalheimer: SU, S. 10. - Da sich Thalheimer hier auf den Hinweis beschränkte, daß "diese klassischen Erklärungen ... nichts von ihrer Gültigkeit verloren"(ebenda) hätten, ergeben sich für den Verfasser dieser Arbeit einige Schwierigkeiten, Thalheimer immanent zu referieren. Ein Rückgriff auf Thalheimers "Einführung in den dialektischen Materialismus", Wien-Berlin 1928, Reprint Bremen o.J., kann diese Schwierigkeiten nicht beheben, da der Versuch, die damit aufgeworfene Frage der Interpretation des wissenschaftlichen Sozialismus durch Thalheimer zu beantworten, den Rahmen dieser Arbeit sprengen müßte, was allerdings im Vergleich zu den inhaltlichen Problemen eines solchen Unterfangens noch der geringere Hinderungsgrund wäre. Aus diesen Gründen wird in dieser Arbeit nicht auf

aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung"²⁰⁾.

Zum Abschluß des Kapitels über die Methode faßt Thalheimer seine Überlegungen wie folgt zusammen: "Allgemein: Aufgaben, Ziele, Grundsätze, die materialistisch abgeleitet sind, verlieren, wenn sie getrennt werden von ihren materiellen und theoretischen Voraussetzungen, ihren Charakter der Allgemeinheit und der objektiven Gültigkeit. Sie verwandeln sich aus 'Anleitungen zum Handeln' in Dogmen, aus fruchtbaren, objektiven Wahrheiten zu unfruchtbaren, subjektiven Glaubenstiteln.

noch 17) die grundlegende theoretische Position Thalheimers eingegangen.

18) Thalheimer: SU, S. 12

19) Ebenda, S. 11

20) Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: Marx Engels Werke, Band 3, Berlin 1969, 4. Auflage, S. 35. Zitiert bei Thalheimer: SU, S. 12. Thalheimer interpretierte dieses Zitat wie folgt: "Hier ist in gedrängter Kürze das Wesentlichste zur positiven Charakteristik wie zur kritischen Abgrenzung der materialistischen von der idealistischen, der dialektischen von der nichtdialektischen Methode enthalten. Die materialistische Seite: der Kommunismus ist kein feststehendes Ideal, nach dem die Wirklichkeit sich zu richten hat. Umgekehrt: er ist abzuleiten aus der materiellen Wirklichkeit. Er ist das theoretische Bewußtsein über diese Wirklichkeit. Diese Wirklichkeit ist die Voraussetzung für den Kommunismus. Sie enthält die Bedingungen für ihn. Die dialektische Seite: der Kommunismus ist kein Zustand, der nach einem bestimmten Plan hergestellt werden soll und dann beharrt. Er ist eine Bewegung. Und dies in mehrfachem Sinne. Er ist eine objektive Bewegung, d.h. eine materielle Entwicklung, die den jetzigen, d.h. den kapitalistischen Zustand, aufhebt. Er ist zugleich eine subjektive Bewegung, die Bewegung der Arbeiterklasse, die diese Aufhebung bewirkt. Und schließlich: diese Aufhebung schafft nicht einen sich selbst gleichbleibenden Zustand, sondern leitet eine neue Bewegung, eine Entwicklung auf neuer Grundlage ein. Ferner: die Ziele, die der Kommunismus sich stellt, sind nichts Absolutes, sie sind nicht von Zeit und Ort unabhängige und lediglich dem Denken entsprungene 'Ideale'. Sie sind bedingt, und das heißt, in ihrer Geltung und Anwendung zeitlich und örtlich begrenzt. Sie haben ihre bestimmten materiellen Voraussetzungen. Sie haben ihre Bedeutung als Maßstäbe des Urteilens und des Handelns nur im Zusammenhang mit bestimmten materiellen Voraussetzungen. Aus diesem Zusammenhang herausgenommen, erstarren sie zu feststehenden Glaubenssätzen, verlieren sie ihren wissenschaftlichen Charakter, werden sie falsch. Eben dieser Zusammenhang mit bestimmten materiellen Voraussetzungen macht ihren materialistischen und dialektischen Charakter aus."

Ebenda S. 12 f

Nichts leichter daher, aber auch nichts verkehrter, als die aus der Bewegung eines Landes gewonnenen Resultate von ihren Voraussetzungen zu isolieren, zu verallgemeinern und dann auf ein anderes Land zu übertragen. Oder auch in einem und demselben Lande die verallgemeinerten Resultate einer bestimmten Entwicklungsphase ohne weiteres zum Maßstab einer anderen Entwicklungsphase zu machen"²¹⁾.

Diese Überlegungen Thalheimers hatten für ihn und die GAP Bedeutung weit über die Einschätzung der Sowjetunion hinaus: die Ablehnung der Übertragung aller Erfahrungen der russischen Revolution konnte mit dieser Argumentation ebenso geleistet werden wie die Kritik einer umstandslosen Fortsetzung der KPO-Politik der Weimerer Zeit nach dem zweiten Weltkrieg; obwohl eine solche Fortsetzung von keinem GAP-Mitglied explizit gefordert wurde, wurde von Thalheimer und der GAP durch die Untersuchung der neuen Situation nach 1945 eine Kritik in "positiver" Form geleistet. Die hier referierten Überlegungen Thalheimers finden sich bereits implizit in seinen früheren Schriften, etwa in "Um was geht es?"²²⁾, doch waren sie in der "Grundlagen"-Broschüre am deutlichsten herausgearbeitet.

An zwei Beispielen verdeutlichte Thalheimer zu Beginn des Kapitels über den Maßstab, zu welchen Resultaten die von ihm allgemein als Fehler benannte Verkehrung der dialektisch-materialistischen Methode führte: "Als Musterbeispiel der Umkehrung der materialistisch-dialektischen Methode bei der Feststellung des Maßstabes zur Beurteilung der Wirtschaftsform der Sowjetunion"²³⁾, nannte er Hilferding, der "in der Vergangenheit unstreitige Verdienste um die marxistische Theorie gehabt(hatte d.V.), ...der aber an der Erscheinung der russischen Revolution ... sowohl theoretisch wie praktisch (ge)scheitert"²⁴⁾ war. Die Auffassungen Hilferdings²⁵⁾ kritisierte Thalheimer dahingehend, "daß die Vorstellungen, die

21) Ebenda, S. 17 f

22) Vergl. Teil 1.2. dieser Arbeit

23) Thalheimer: SU, S. 20

24) Ebenda

25) Thalheimer bezog sich auf den Aufsatz Hilferdings "Staatskapitalismus und totalitäre Staatswirtschaft", der im Mai 1940 und erneut im Mai 1946 in der Zeitschrift "Sozialistitscheski Wjestnik" der Menschewisten erschienen war. Vergl. Thalheimer: SU, S. 20

bei den sozialdemokratischen Parteien West- und Mitteleuropas über das, was Sozialismus ist, entwickelt und festgelegt worden waren, zum Maßstab für das gemacht werden, was Sozialismus ist oder nicht ist"²⁶⁾; Hilferding maß die UdSSR an diesem Maßstab, "statt sie (die SU d.V.) aus ihren eigenen materiellen Voraussetzungen heraus zu beurteilen"²⁷⁾. Diese Methode, die Sozialismusvorstellungen der westeuropäischen Arbeiterbewegungen zum Maßstab der Lage in der UdSSR zu machen, nannte Thalheimer menschewistisch. Den Fehler Hilferdings sah Thalheimer auch bei Trotzki, der zudem "die Maßstäbe einer bestimmten Periode der russischen Revolution, nämlich ihrer Anfänge, wenn man will der Leninschen Periode, auf die folgende, wenn man will die Stalinsche Periode"²⁸⁾ anwandte.

Nach seinen Ausführungen zur Methode und der Kritik unzutreffender Maßstäbe formulierte Thalheimer die zu lösende Aufgabe wie folgt: es war notwendig, "die unbesehen hingenommenen und so zum Maßstab gemachten Resultate in Zusammenhang zu bringen mit den ihnen zugrundeliegenden Voraussetzungen - den materiellen wie den theoretischen Voraussetzungen - , und so statt zu einer abstrakten und falschen, zu einer konkreten und richtigen Allgemeinheit zu kommen"²⁹⁾.

Ausgangspunkt war für Thalheimer die Kapitalismus-Analyse, wie sie Marx vorgenommen hatte; dabei formulierte Marx "die allgemeinen Gesetze des Kapitalismus, seiner Entstehung, seiner Erhaltung, seines Untergangs und seines Übergangs zu einer neuen, höheren Wirtschaftsform"³⁰⁾, wobei Thalheimer betonte, daß Marx die allgemeinen Gesetze des Kapitalismus dargestellt hatte und nicht den Kapitalismus in England³¹⁾.

"Das allgemeine Gesetz der notwendigen Selbstaufhebung des Kapitalismus und seines Übergangs zu einer anderen, höheren Wirtschaftsform"³²⁾ sah Thalheimer in folgender Passage des "Kapital"s ausgesprochen: "Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesell-

26) Ebenda, S. 21

28) Ebenda, S. 22

30) Ebenda, S. 23

32) Ebenda

27) Ebenda

29) Ebenda

31) Vergl. ebenda, S. 24

schaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert"³³⁾, wobei sich die Produzenten kollektiv die Produktionsmittel aneignen. Für Thalheimer war "das wesentliche Merkmal des Übergangs dieser Wirtschaft (d.h. der kapitalistischen d.V.) zur sozialistischen Wirtschaft ... die Aneignung der Produktionsmittel ... als kollektives Eigentum der Produzenten, der Arbeiterklasse. Nichts weniger und nichts mehr macht diesen Übergang aus"³⁴⁾.

Ausdrücklich benannte Thalheimer das, "was in diesen wesentlichen Merkmalen nicht enthalten ist"³⁵⁾, nämlich die besonderen Formen der kollektiven Aneignung, d.h. "es bleibt also offen, ob die Kollektivität der Produzenten auftritt als Staat oder als bloße Gesellschaft, welche Formen dieser Staat oder diese Gesellschaft hat"³⁶⁾, die Formen der Verteilung der individuell zu konsumierenden Produkte und Angaben über das Lebensniveau der Produzenten im Sozialismus³⁷⁾. Dabei setzte sich Thalheimer mit Auffassungen auseinander, die sich für eine Ausweitung der wesentlichen Merkmale für den Sozialismus auf verschiedene Aussagen von Marx glaubten stützen zu können; eine besondere Bedeutung hatte hierbei das, was Marx unter Freiheit verstand. Für Thalheimer handelte es sich nicht um "Freiheit oder Unfreiheit im üblichen politischen Sinne des Wortes. Es handelt sich um die ökonomische Form der Produktion, nicht um die politische Form der sozialistischen Gesellschaft. Diese Freiheit liegt tiefer. Sie kann sich in verschiedenen, wechselnden politischen Formen ausdrücken. Diese Formen hängen von einer ganzen Reihe geschichtlicher Bedingungen ab"³⁸⁾. Wenn "im Sozialismus ... die Menschen

33) Karl Marx: Das Kapital, 1. Band. In: Marx Engels Werke, Band 23, Berlin 1971, 6. Auflage, S. 791. Im folgenden zit. als: Marx: Kapital I. Zitiert bei Thalheimer: SU, S. 24.

34) Ebenda, S. 30 35) Ebenda 36) Ebenda, S. 31

37) Vergl. ebenda, S. 32. Thalheimer führte dort u.a. aus: "Es läßt sich keine Zahl für die Lebenshaltung angeben, die einen Schnitt macht ... zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaftsform". Für Thalheimer bedeutete der Versuch, die Frage, ob in einem Lande Sozialismus herrsche oder nicht, nach dem Lebensstandard oder: auch nach dem Lebensstandard zu beantworten, die Aufgabe einer wissenschaftlichen Bestimmung von Sozialismus.

38) Ebenda, S. 28

das Gesetz ihres gesellschaftlichen Lebens"³⁹⁾ auch beherrschen, so war doch dieses gesellschaftliche Leben weiterhin an bestimmte materielle Grundlage geknüpft, deren Entwicklung auf die des Sozialismus einwirkte. Die "entsprechende ... gesellschaftliche ... Entwicklungshöhe der Produzenten", wie Marx es nannte, wirkte sich z.B. auf die Formen der Verteilung aus, die nicht ein für alle Mal festgelegt waren, sondern sich wandelten⁴⁰⁾. Von einschneidender Bedeutung für die Entwicklung im Sozialismus war es für Thalheimer, inwieweit die materiellen Existenzbedingungen, "die selbst wieder das naturwüchsige Produkt einer langen und qualvollen Entwicklungsgeschichte sind"⁴¹⁾, beim Sieg des Sozialismus gegeben waren. "Sind diese materiellen Bedingungen oder Voraussetzungen im Zeitpunkt des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft noch nicht gegeben, so können sie auf der sozialistischen Wirtschaftsgrundlage geschaffen werden"⁴²⁾, ein Prozeß, den man nach Thalheimer als ursprüngliche sozialistische Akkumulation bezeichnen kann. Da erst die Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit zu einer bestimmten Höhe "der Allgemeinheit der Gesellschaftsmitglieder die Ausübung all der leitenden und kulturellen Tätigkeiten möglich macht, für die bisher ein Teil der Gesellschaft, eben die herrschenden Klassen, von der physischen Arbeit freigestellt werden mußten"⁴³⁾, ist in die ursprüngliche sozialistische Akkumulation eingeschlossen, daß in ihr "das Verschwinden bestimmter herrschender Klassen noch nicht zusammen (fällt d.V.) ... mit dem Verschwinden 'jeder herrschenden Klasse'"⁴⁴⁾.

Nach den Darlegungen Thalheimers ist "die Periode der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation ... nicht mehr Kapitalismus. ... Sie ist aber auch noch nicht vollendeter Sozialismus oder 'reiner' Sozialismus. ... Sie ist ein Anfang des Sozialismus, ein bestimmter Entwicklungsabschnitt innerhalb des Sozialismus, ein Übergang von einer Entwicklungs-

39) Ebenda, S. 24

40) Vergl. ebenda, S. 27; Thalheimer zitiert dort Marx: Kapital I, S. 93

41) Marx: Kapital I, S. 94; zitiert bei Thalheimer: SU, S. 35

42) Ebenda, S. 42

43) Ebenda, S. 41

44) Ebenda, S. 42

stufe des Sozialismus zu einer anderen, höheren"⁴⁵⁾. Während dieses Überganges - des Anfangs⁴⁶⁾ - "müssen sich alle gesellschaftlichen Formen bewegen, verändern, vor allem die Klassen und der Staat. Solange aber Klassen existieren, existiert auch Klassenkampf. Er nimmt neue Formen an. Die gesellschaftliche Entwicklung bewegt sich noch in Widersprüchen: in neuen Widersprüchen. Wer Bewegung sagt, sagt Widersprüche"⁴⁷⁾. Obwohl die ursprüngliche sozialistische Akkumulation ein kontinuierlicher Prozeß ist - dem aber, weil ja kein Kapital akkumuliert wird, die Krisenhaftigkeit der sog. ursprünglichen Akkumulation fremd ist⁴⁸⁾ - wirkt er sich auf den kapitalistischen Überbau in doppelter Form aus: "kontinuierliche Veränderungen in den Elementen des Gesellschaftsbaues fassen sich von Zeit zu Zeit in Sprüngen, in diskontinuierlichen Veränderungen zusammen"⁴⁹⁾, die allerdings - weil der Anfang des Sozialismus bereits bewußter gesellschaftlicher Prozeß ist - nicht mehr wie ein Naturereignis über die Gesellschaft hereinbrechen.

Thalheimer hatte es bis zum Ende des 1. Abschnitts seiner Arbeit unternommen, auf der Ebene der allgemeinen Theorie der bürgerlichen Gesellschaft den allgemeinen Inhalt von Sozialismus zu bestimmen, um dann - auf einer bereits konkreteren Ebene der Argumentation, auf der er bereits nähere Bestimmungen aufgenommen hatte, ohne aber von der allgemeinen Ebene abzugehen - aufzuzeigen, inwieweit ein bestimmter Ent-

45) Ebenda, S. 42 f. Unterstreichungen im Original.

46) Zur Verdeutlichung des verwendeten Begriffes von Anfang zitierte Thalheimer auf S. 43 seiner Arbeit in einer Fußnote G.W.F. Hegel: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse, Erster Teil: Die Wissenschaft der Logik, § 88: "...; die Sache ist noch nicht in ihrem Anfang, aber er ist nicht bloß ihr Nichts, sondern es ist Sein darin. Der Anfang ist selbst auch Werden, drückt jedoch schon die Rücksicht auf das weitere Fortgehen aus". G.W.F. Hegel: Werke in 20 Bänden. Band 8. Frankfurt am Main 1970, S. 190 f. Aus der "Wissenschaft der Logik" zitierte Thalheimer: "Der Anfang enthält also das Sein als ein solches, das sich von dem Nichtsein entfernt oder es aufhebt, als ein ihm Entgegengesetztes". G.W.F. Hegel: Wissenschaft der Logik. Hamburg 1967, S. 58 f.

47) Thalheimer: SU, S. 43. Unterstreichung im Original.

48) Vergl. ebenda, S. 42 f. Krisen in der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation folgen nur aus Krieg, Naturkatastrophen etc., also diesem Prozeß äußerlichen Gründen.

49) Ebenda, S. 43

wicklungsstand der bürgerlichen Gesellschaft sich auf ihre Aufhebung im Sozialismus auswirkte, was er in der Kategorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation zusammenfaßte. Thalheimer sah "aus dem Vorstehenden, wie sinnlos es ist, an diese Bewegung (des Sozialismus d.V.) den festen Maßstab des vollendeten oder reinen Sozialismus anzulegen"⁵⁰⁾, wenn nämlich für diese Entwicklungsstufe des Sozialismus die Voraussetzungen fehlten. Aber mit den durch die Analyse des Sozialismus als Bewegung "materialistisch und dialektisch bestimmten Maßstäbe(n)"⁵¹⁾ hielt Thalheimer die Untersuchung der Sowjetunion von 1945 für möglich, konnte diese Untersuchung selbst allerdings nicht mehr durchführen.

Die Beiträge zur Einschätzung der Sowjetunion, die von Angehörigen der GAP nach der Arbeit Thalheimers vorgelegt wurden, waren nicht als Weiterführung des Arbeitsvorhabens dieses Theoretikers gedacht, sondern entsprangen eher den unmittelbaren politischen Notwendigkeiten der Gruppe und wurden von diesen geprägt, was die Möglichkeiten einer im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus wissenschaftlichen Analyse stark einschränken mußte. Als sich 1947 Waldemar Bolze ausführlicher schriftlich mit der Entwicklung der UdSSR befaßte, war der Anlaß ein Buch eines ehemaligen höheren Funktionärs namens Kravchenko aus der UdSSR, der während eines Aufenthalts in den USA ins bürgerliche Lager übergelaufen war. Dieses Buch⁵²⁾ wurde sofort ins Englische, Französische und Deutsche übersetzt und wurde als Propagandaschrift gegen die UdSSR und den Kommunismus eingesetzt. Im ersten Teil seiner Arbeit ging es Bolze darum, die Entwicklung Kravchenkos vom überzeugten Kommunisten zu einem Propagandisten der Bourgeoisie materialistisch zu erklären, um dann im zweiten Teil den "Weg des Sozialismus in Rußland"⁵³⁾ darzustellen.

50) Ebenda

51) Ebenda

52) Gemeint ist das Buch von Viktor A. Kravchenko: Ich wählte die Freiheit. Hamburg 1949. - Dieses Buch wurde zur Zeit seines Erscheinens für immerhin so wichtig erachtet, daß es in die Seminarbibliothek der ehemaligen Hochschule für Politik, Wilhelmshaven, aufgenommen wurde; heute steht es in der Bibliothek der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen.

53) Die beiden Teile: "I. Kravchenkos Traum und die Wirklichkeit, II. Der Weg des Sozialismus in Rußland" der Arbeit Bolzes wurden in der Broschüre "Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion? Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der Sowjetunion", herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen 1974, veröffentlicht; im folgenden zitiert als: Bolze: SU

Während Waldemar Bolzes Arbeit erst 1974 veröffentlicht und somit auch außerhalb der GAP zugänglich gemacht wurde⁵⁴⁾, zählten einige andere Arbeiten im Laufe des hier behandelten Zeitraums in die Außenwirkung der GAP, denn sie wurden in der "Arbeiterpolitik" veröffentlicht. Neben zahlreichen Stellungnahmen zur UdSSR, die in Artikeln der GAP zu damals aktuellen politischen Fragen enthalten waren, finden sich zu einigen Jahrestagen der Oktoberrevolution größere Artikel, die der folgenden Darstellung zugrundeliegen. In einem zum 32. Jahrestag der Oktoberrevolution erschienenen Artikel⁵⁵⁾ wurde implizit an die Überlegungen Thalheimers über den Maßstab zur Einschätzung der UdSSR angeknüpft, wenn festgestellt wurde, daß "die Entstehung und Entwicklung der SU ... vollkommen den westeuropäischen Vorstellungen einer proletarischen Revolution"⁵⁶⁾ widersprach. Nach dieser Vorstellung hätte nämlich in einem hochentwickelten kapitalistischen Land das zahlenmäßig vorherrschende Proletariat die politische Macht ergreifen müssen, um dann den Sozialismus aufzubauen; solche Überlegungen bildeten die gemeinsame Grundlage der Konzepte der Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich aber grundlegend darin unterschieden, wie die politische Macht erobert werden sollte. Wenn es dann im Artikel hieß: "Wer heute die Probleme des Sozialismus und der proletarischen Revolution studieren will, kann dies nicht aufgrund überlieferter Vorstellungen aus Büchern und Programmen tun, sondern muß sich an den Erfahrungen dieser ersten siegreichen Revolution orientieren"⁵⁷⁾, so bedeutete das nicht nur die Abgrenzung von Versuchen, die Entwicklung der SU an den Vorstellungen der westeuropäischen Linken zu messen, sondern auch den Anspruch, den Weg dieser ersten siegreichen Revolution aus ihren Bedingungen heraus zu erklären. Der Artikel nannte

54) Anlaß der Herausgabe dieses Beitrages Waldemar Bolzes zum "Selbstverständigungsprozeß unter den Freunden der damaligen Gruppe 'Arbeiterpolitik'" (ebenda, S. 4, Vorwort der GAP) war die "antisowjetische, antikommunistische Propagandawelle großen Stils" (ebenda, S. 51, Beitrag der GAP) u.a. in der BRD, die mit Hilfe der Veröffentlichung von Solschenizyns "Archipel Gulag" entwickelt wurde.

55) Der Artikel hieß "32 Jahre Sowjetunion" und erschien - wie die Redaktion mitteilte "wegen Platzmangels verspätet" - in der Dezember-Ausgabe 1949 der "Arbeiterpolitik"; vergl. Arpo 2/12/ 6-10

56) Arpo 2/12/6

57) Ebenda

drei Punkte, an denen die Erfahrungen der Oktoberrevolution die westeuropäischen Vorstellungen korrigierten: 1. "Die erste proletarische Revolution begann nicht in einem der industriell fortgeschrittensten, sondern in einem feudal-rückständigen Bauernland mit einem Einsprengsel moderner Großbetriebe"⁵⁸⁾. Diese Rückständigkeit führte zur frühzeitigen Niederlage des zaristischen Rußlands im 1. Weltkrieg, die wiederum die beiden revolutionären Klassen, Arbeiter und Bauern, in Bewegung setzte. Als diese die Macht erobert hatten, hatten sie durch die Fortdauer des 1. Weltkrieges eine kurze Atempause "zur Organisierung einer revolutionären Armee zum Niederkämpfen der fremden Interventionstruppen und der einheimischen Konterrevolution"⁵⁹⁾. 2. Die Revolution in Rußland war eine bürgerliche Revolution, die in eine proletarische überging, weil sich zum einen die Bauern in Verfolgung ihrer unmittelbaren Interessen nach Land und Frieden gegen die zunächst entstandene bürgerliche Regierung wenden mußten und wandten und weil zum anderen das Proletariat, "zielklar geführt von der bolschewistischen Partei"⁶⁰⁾, diese Bewegung der Bauern aufnehmen und bis zum Sieg der Sowjets über die bürgerliche Regierung weiterführen konnte. 3. Die Revolution in Rußland war dadurch geprägt, daß die Bauern die "revolutionäre Elementargewalt ... für die Vernichtung der ökonomischen Wurzeln des Zarismus"⁶¹⁾ entwickelten, die das Proletariat, "...zahlenmäßig ... 1917 ... eine verschwindende Minderheit"⁶²⁾ zwar organisieren, nicht aber schaffen konnte. Das Proletariat Westeuropas "findet nirgends einen solch revolutionären Bundesgenossen. Der westeuropäische Bauer ist Privateigentümer oder kapitalistischer Pächter; er kann vom revolutionären Proletariat im besten Falle neutralisiert ... werden"⁶³⁾.

Diese drei genannten Differenzen der Lage im vorrevolutionären Rußland zur Situation in Westeuropa bildeten die Grundlage dafür, daß die Vorstellungen der westeuropäischen Linken vom Sozialismus zu den in Rußland real gegebenen Entwicklungs-

58) Ebenda

59) Arpo 2/12/7

60) Ebenda

61) Ebenda

62) Ebenda

63) Ebenda

bedingungen der neuen Gesellschaftsform und damit zur tatsächlichen Entwicklung in Widerspruch gerieten⁶⁴⁾; dieser Widerspruch enthielt die Tendenz seiner Verschärfung in sich, denn "alle diese für die Machteroberung günstigen Umstände (in Rußland d.V.) bilden... den schwersten Hemmschuh für den weiteren Aufbau der SU"⁶⁵⁾. Unter schwierigsten Bedingungen stand "zum ersten Mal in der Geschichte ... das Proletariat vor der Aufgabe der Übernahme und Leitung der Produktion"⁶⁶⁾; und weil die Revolution "im ökonomisch und kulturell rückständigen Rußland"⁶⁷⁾ gesiegt hatte, standen die Sieger zusätzlich "vor der Aufgabe, erst die Vorbedingungen einer sozialistischen Gesellschaft zu schaffen: ein zahlenmäßig und ökonomisch entscheidendes Proletariat und einen modernen Produktionsapparat"⁶⁸⁾. Um diese Aufgabe zu lösen, begann 1928 nach Kriegskommunismus und Neuer ökonomischer Politik "die Massenmobilisierung zur Durchführung des ersten Fünfjahresplanes und der Kollektivierung der Landwirtschaft"⁶⁹⁾. Über die innerparteilichen und innenpolitischen Begleitumstände der Verwirklichung dieser Pläne hieß es in der "Arbeiterpolitik": "Nach jahrelanger vorbereitender Diskussion mußte beschlossen werden. Die Beschlüsse waren bindend für alle. Wer dagegen handelte, sabotierte bewußt oder unbewußt. Er war der Feind, er bedrohte die Existenz der SU und wurde als Feind behandelt"⁷⁰⁾. Um die gewaltigen Aufgaben zu lösen, mußte eine "neue ..Arbeitsteilung zwischen Leitenden und Geleiteten" herausgebildet werden; die Leitenden, die "Bürokratie, wurden aus den besten opferbereitesten Kräften der Arbeiterklasse und des Bürgertums ausgewählt. Die Intelligenz wurde als Spez(ialist d.V.) zu Spez-Gehältern herangezogen, streng überwacht von revolutionären, aber sachunkundigen Arbeitern"⁷¹⁾. Die Formen, in denen diese Aufgabe gelöst wurde, faßte der Artikel so zusammen: "Die Rückständigkeit war barbarisch, barbarische Mittel waren zu ihrer Bekämpfung unvermeidlich"⁷²⁾.

64) Wenn im hier zitierten Artikel von "westeuropäischen Vorstellungen" die Rede ist, bezieht sich das auf die damaligen landläufigen Vorstellungen der Linken, nicht auf die im wissenschaftlichen Sozialismus formulierten Erkenntnisse, die durchaus das Wissen um die Möglichkeit einer proletarischen Revolution in Ländern, in denen das Kapitalverhältnis noch nicht vorherrschend ist, einschließen.

65) Ebenda 66) Arpo 2/12/8 67) Arpo 2/12/9

68) Ebenda 69) Arpo 2/12/8 70) Ebenda

71) Ebenda 72) Ebenda

Die Voraussetzungen materieller Art für den Sozialismus - was Thalheimer als ursprüngliche sozialistische Akkumulation bezeichnet hatte - waren für die GAP 1949 geschaffen⁷³⁾. In dieser Phase wurde "die Leitung von Wirtschaft, Staat, Politik...noch von der regierenden Partei- und Staatsbürokratie ausgeübt"⁷⁴⁾, was für die GAP "ein unvermeidliches Durchgangsstadium (bedeutete d.V.), unvermeidlich solange, bis die Werktätigen der SU fähig sind, die Verwaltung der Wirtschaft und, solange noch erforderlich, des Staates, demokratisch und ohne Bürokratie selbst auszuüben"⁷⁵⁾. Während die GAP die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus als inzwischen geschaffen ansah, machte sie darüber, ob die in der UdSSR vorhandene Art der Leitung noch unvermeidlich wäre, keine Aussage: "Inwieweit die Bürokratie die innere Entwicklung schon hemmt, inwieweit sie noch unentbehrlich ist läßt sich aus der Ferne schwer beurteilen"⁷⁶⁾.

Hielt sich die GAP in der Beurteilung der inneren Funktionalität der Bürokratie in der UdSSR deutlich zurück, so kritisierte sie diese auf dem Gebiet, auf dem die GAP bzw. die KPO eigene Erfahrungen mit dieser Bürokratie hatte sammeln können, sehr klar: "Außenpolitisch und als Führer des revolutionären Proletariats entwickelter Industriestaaten ist die in der SU regierende Bürokratie ein Hemmschuh"⁷⁷⁾; mehr noch, diese Politik war "in ihrer Wirkung auf das westeuropäische Proletariat konterrevolutionär"⁷⁸⁾, so der ultralinke Kurs der KI nach 1928, die Volksfrontpolitik in Frankreich und Spanien, die versuchte Burgfriedenspolitik mit den Imperialisten zur Beherrschung Deutschlands nach dem Ende des 2. Weltkrieges⁷⁹⁾. Daß die UdSSR die Folgen ihrer eigenen Außenpolitik und ihrer Politik in und mit der KI überleben konnte, lag daran, daß "die innere Politik dieser Bürokratie trotz dieser Fehler die Kräfte schuf, die Hitler schlagen konnten"⁸⁰⁾ und die die USA vom Angriff auf die UdSSR bisher abhalten konnten.

Ihre Haltung zur Sowjetunion faßte die GAP 1949 so zusammen: "Wir unterstützen und verteidigen die SU als sozialistisches Kraftzentrum - trotz ihrer uns schädlichen Fehler. Wir kämpfen

73) "Die 1917 vollkommen mangelnden Voraussetzungen einer sozialistischen Gesellschaft sind zum größten Teil in den 32 Jahren geschaffen worden: ein moderner Produktionsapparat, ein zahlenmäßig und ökonomisch entscheidend ins Gewicht fallendes Proletariat als herrschende Klasse". Arpo 2/12/9.

gegen diese Fehler, um das westeuropäische Proletariat zu einer revolutionären Kraftquelle, zu einem gleichwertigen Verbündeten der SU zu machen"⁸¹⁾. Hier wird die Argumentation wieder deutlich, wie sie Thalheimer bereits am Vorabend der Gründung der KPO vorgetragen hatte, als er einen Widerspruch zwischen den besonderen Interessen der SU und den allgemeinen Interessen der Weltrevolution benannte, der nur auf einer höheren Ebene gelöst werden konnte, auf der Ebene, die durch den Sieg der proletarischen Revolution in einigen Metropolen des Kapitals erreicht werden würde⁸²⁾. Im Artikel "32 Jahre Sowjet-Union" fand diese Überlegung folgenden Ausdruck: "Indem wir versuchen, eine Kraft zu schaffen, die die Interessen des deutschen Proletariats gegen diese fehlerhafte Politik verteidigt, dienen wir den wahren Interessen der SU besser, als die SU-Bürokratie, die glaubt, Methoden und Formen der russischen Entwicklung ließen sich, weil in der SU als richtig erprobt, auch auf Deutschland und auf Westeuropa übertragen"⁸³⁾, d.h. während die Politik der SU gegenüber der west-

74) Ebenda 75) Ebenda 76) Ebenda 77) Ebenda 78) Ebenda

79) Vergl. ebenda. - Vergl. auch den dreiteiligen Artikel "Stalin als Außenpolitiker", der in Arpo 3/3/8 f, Arpo 3/4/8 f und Arpo 3/5/1 ff erschien. Die Kritik an der Außenpolitik der SU und der Politik der KPdSU innerhalb der Arbeiterbewegung ist an verschiedenen Stellen dieser Arbeit wiedergegeben worden.

80) Arpo 2/12/9

81) Arpo 2/12/10

82) Vergl. die Teile 2.2. und 2.3. dieser Arbeit

83) Arpo 2/12/9. - Ähnlich argumentierte auch Waldemar Bolze, der allerdings die Kritik an der regierenden Bürokratie, personifiziert in Stalin, schärfer betonte. So hieß es 1947 bei Bolze: das russische Volk "wird sich selbst und umso besser zu helfen wissen, je rascher es gelingt, die zum großen Teil noch schlummernde Kraft des internationalen Proletariats zu mobilisieren....(und d.V.)in den Massen die Erkenntnis zu wecken, daß die schweren Mängel des russischen Bürokratenregimes um so gründlicher beseitigt werden können, wenn das internationale Proletariat in den einzelnen kapitalistischen Ländern selbst ihre eigene Herrschaft aufrichtet und damit die Isolierung durchbricht, in welcher eine Hauptwurzel aller Not des Sowjet-Volkes verankert ist". Bolze: SU, S. 43 f. Sprach Bolze hier von "einer Hauptwurzel", so hieß es bei ihm weiter unten: "Die Ursachen für Stalins verhängnisvolle internationale Politik entspringen derselben Quelle wie die schweren Fehler seiner inneren Politik, die in der reaktionären Bevormundung des Sowjetvolkes durch die Sowjetbürokratie ihren krassesten Ausdruck findet. Es ist der

europäischen, speziell der deutschen Arbeiterbewegung, diese schwächte und durch die damit einhergehende Stärkung des Imperialismus zur verstärkten Bedrohung der SU führte, zielte die Politik, wie sie der GAP vorschwebte, auf eine Stärkung der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Metropolen, so daß der Gegensatz zu den besonderen Interessen der SU durch die Förderung des allgemeinen Interesses der Weltrevolution aufgehoben wurde.

Im Artikel "33 Jahre Sowjetunion"⁸⁴⁾, der im November 1950 erschien, wurden zwei Punkte stärker akzentuiert: zum einen wurde die Rolle der Bolschewiki in der russischen Revolution genauer herausgearbeitet, zum anderen wurde der Einfluß der Niederlagen der westeuropäischen Arbeiterbewegung auf die Außenpolitik der UdSSR verdeutlicht. Die GAP stellte fest, daß die Bolschewiki weder den "heiße(n) Wunsch der breiten Bauernmassen, das Großgrundbesitzerland aufzuteilen"⁸⁵⁾ noch den Friedenswillen der Massen geschaffen hatten, sondern daß "die bolschewistische Partei in dieser ersten Phase (d.h. bis zum Sieg im Bürgerkrieg d.V.) nichts anderes tat, als den Mas-

noch 83) Unglaube an die Fähigkeit und Schöpferkraft der Massen, ergänzt durch die sture, seinem beschränkten Gesichtskreis entsprungene Auffassung, daß er mit dem ihm zur Verfügung stehenden materiellen und ideellen Mitteln ersetzen kann, wozu die nach seiner festen Überzeugung völlig unfähige Masse nicht imstande ist". Ebenda, S. 44. Wenn auch diese Haltung Stalins selbst noch aus den russischen Verhältnissen erklärt wurde, so wurde bei Bolze deutlicher als in den oben angeführten Artikeln, daß die Entwicklung der UdSSR hin zur Politik Stalins kein Automatismus war. Für Bolze waren aber die Fehleinschätzungen Stalins "aufgrund der Zwangsläufigkeit der russischen Entwicklung, die sich seit dem siegreichen Oktober unaufhaltbar in sozialistischer Richtung vorwärtsbewegt" (ebenda, S. 45) kein Hindernis dafür, daß Stalin "als unbewußtes Werkzeug des gesellschaftlichen Fortschrittes wirkte und wirken muß" (ebenda), während dieselben Fehleinschätzungen "auf dem Gebiet der internationalen Arbeiterbewegung als schwerstes Hindernis des gesellschaftlichen Fortschrittes" wirkten (ebenda). Wenn sich also der Fortschritt in der SU trotz Stalins Politik durchsetzte, war auch eine Politik möglich, die bewußt diese gesellschaftliche Entwicklung förderte. Vergl. auch Teil 8. dieser Arbeit.

84) Vergl. Arpo 3/21/4 f

85) Arpo 3/21/4

senwünschen der zahlenmäßig schwachen russischen Arbeiterklasse und der ungeheueren Mehrheit der russischen Bevölkerung, der Bauernschaft, Ausdruck, Organisation und Führung zu geben"⁸⁶⁾. Das Vorgehen und der Erfolg der Bolschewiki charakterisierte die GAP mit den Worten: "Nicht irgendeiner Geheimwissenschaft oder besonderen Führungstricks schulden die Bolschewiki die Eroberung der politischen Macht der durch sie geführten Arbeiter- und Bauernmassen, sondern der richtigen Anwendung der marxistischen Methode zur Erforschung der vorhandenen Klassenkräfte durch Lenin und seine Mitarbeiter. Daraus leiteten sie die richtige, zeitgemäße Taktik ab und setzten mutig und opferbereit ihre Kräfte bei der Vorbereitung, Organisierung und Führung der Kämpfe ein"⁸⁷⁾. Zum zweiten Punkt hob die GAP zunächst die politische Wirkung der Oktoberrevolution außerhalb Rußlands hervor: "Die Arbeiter aller Länder begrüßten begeistert den revolutionären Umsturz, schöpften wieder Glauben an die eigene Kampfkraft, an die Möglichkeit, ihre eigene Bourgeoisie zu stürzen, die politische Macht zu erobern und mit der jungen Sowjetunion gemeinsam den Sozialismus aufzubauen"⁸⁸⁾. Diese Begeisterung konnte der Sieg der UdSSR im 2. Weltkrieg nicht auslösen, eher hatten die großen Opfer und die barbarischen Methoden, die die UdSSR zu ihrer Behauptung anwenden mußte, viele Arbeiter in Westeuropa verschreckt. 1950 stellte sich die Lage so da, daß "die Arbeiterklasse der wichtigsten kapitalistischen Länder; Amerika, England, Frankreich, Deutschland,... nicht ihre Bourgeoisie stürzen, die politische Macht erobern (will d.V.), ..sondern mit ihrer Bourgeoisie den Niederbruch der kapitalistischen Ordnung verhindern, ihre 'höhere Zivilisation' verteidigen, ihren Lebensstandard verbessern"⁸⁹⁾ wollte. Die Ursache für diese grundlegende Wandlung sah die GAP darin, daß die Arbeiterbewegung außerhalb Rußlands nirgends die Macht erobern konnte, sodaß die UdSSR ihre Außenpolitik schließlich ändern mußte: "Seit 1934 hat das Sowjetvolk die Hoffnung auf Hilfe des revolutionären Proletariats entwickelter kapitalistischer Länder aufgegeben und sucht an Stelle der nicht vorhandenen

86) Ebenda

87) Ebenda

88) Ebenda

89) Arpo 3/21/5

revolutionären Bundesgenossen zeitweilige, unzuverlässige, betrügerische Verbündete im Lager des Imperialismus"⁹⁰⁾, wobei die SU die "sogenannten Kommunistischen Parteien" der KI dazu brachte, zu versuchen, mit der eigenen Bourgeoisie in der Volksfront zusammenzuarbeiten⁹¹⁾.

1950 versuchte die UdSSR, "als isolierter Staat sich mit den Imperialisten zu verständigen"⁹²⁾, was die Möglichkeit weiterer Konzessionen der Sowjetunion an den Klassenfeind einschloß, der inzwischen nicht mehr damit zufrieden war, daß die UdSSR mithalf, durch die Volksfrontpolitik die proletarische Kraft in den imperialistischen Ländern zu zersetzen zu helfen, sondern offen konterrevolutionäre Taten von der SU verlangte. Ob es zu Kompromissen kommen würde und wie diese aussehen würden, konnte die GAP nicht angeben, doch sie konnte diese Situation benennen, was überhaupt die Grundlage dafür war, den richtigen Ausweg aus dieser Lage zu finden, die sich gerade in Deutschland hätte schnell zuspitzen können, wenn es zu einem Kompromiß der USA und der UdSSR zu Lasten der Ostzone bzw. DDR gekommen wäre, was 1950 durchaus im Bereich des Möglichen zu liegen schien.

Zwei Jahre später - anläßlich des XIX. Parteitages der KPdSU - legte die GAP unter der Überschrift "Eine imposante Aufbauleistung" erneut eine Einschätzung der UdSSR vor⁹³⁾. Positiv hob die GAP hervor, daß "aus dem zaristischen, feudal-kapitalistischen Erbe ... die größte europäische Industriemacht geworden"⁹⁴⁾ war. Dadurch war "die SU ... ein solch starker Machtfaktor geworden, daß sie annehmen kann, in einem von den Imperialisten provozierten Krieg Sieger zu bleiben"⁹⁵⁾. Als Resümee der inneren Entwicklung der UdSSR zog die GAP: "Die SU

90) Ebenda

91) Was in diesem Artikel nicht ausgeführt wurde, was aber der Position der GAP spätestens seit Thalheimers Potsdam-Broschüre unterlag, war, daß die GAP nicht etwa forderte, die SU solle die fehlende Kraft des westeuropäischen Proletariats durch die eigene ersetzen oder die SU dürfe keine Kompromisse mit den Imperialisten eingehen; vielmehr verlangte die GAP, die UdSSR müsse die - notwendigen - Kompromisse offen benennen und die - zugegebenermaßen schwachen - Kommunisten in den imperialistischen Ländern nicht auf diese Kompromisse festlegen. Vergl. die Teile 2.2. und 2.3. dieser Arbeit.

92) Arpo 3/21/5

93) Vergl. Arpo 5/21/10 ff

94) Arpo 5/21/10

95) Arpo 5/21/11

ist der entscheidende Machtfaktor im Weltkampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus geworden"⁹⁶⁾. Dieser positiven Einschätzung der Sowjetunion entsprach die der theoretischen Verarbeitung dieser Entwicklung durch Stalin, wenn auch "für Marxisten ... in den Darlegungen Stalins nichts Neues (ist d.V.). Sie sind die Anwendung der von Marx und Engels geschaffenen Methode des dialektischen Materialismus auf die SU. In den inner-russischen Fragen wendet Stalin diese Methode auf Grund solider Tatsachenkenntnis an. Wo dies der Fall ist, kommt Stalin im allgemeinen zu richtigen Formulierungen"⁹⁷⁾, wobei die darin enthaltenen Vereinfachungen dadurch gerechtfertigt erschienen, daß sie der Popularisierung dieser Erkenntnisse in der SU dienten.

Um so schärfer kritisierte die GAP die Darlegungen Stalins zur weltpolitischen Situation und damit die Außenpolitik der UdSSR; auf diesem Gebiet zogen die theoretischen Vereinfachungen Stalins Fehler nach sich, die die GAP so darstellte: Stalin "geht zwar von der richtigen Tatsache aus, daß beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und kapitalistischer Staatsmacht die Arbeiterklasse bei einem offensiven Kampf zum Sturz der Bourgeoisie eine schwere Niederlage erleiden würde. Aus dieser richtigen Einschätzung zieht er jedoch den falschen Schluß, daß dieses Verhältnis nicht geändert werden kann und daß deshalb die kommunistischen Parteien nur Hilfestellung für die Außenpolitik der SU leisten können"⁹⁸⁾, wozu er in der Volksfrontpolitik das richtige Mittel sah, die dort angewandt werden sollte, wo einzelne imperialistische Länder in Gegensatz zu den USA geraten würden, um so die Widersprüche im Lager des Klassenfeindes zu vertiefen. Diese Politik nannte die GAP die "Preisgabe der kommunistischen Grundsätze ... (und d.V.) schlauseinwollende Tricks, mit denen Stalin nicht die Bourgeoisie, sondern nur die Arbeiterklasse täuscht und schwächt"⁹⁹⁾. Wenn Stalin eine solche Politik vorschlug, so zeigte das für die GAP erneut, daß Stalin "nie die dialektische Entwicklung erforscht oder begriffen (hatte d.V.). Er überträgt seine russischen Erfahrungen mechanisch auf Europa"¹⁰⁰⁾, einen Fehler, den bereits die KPO immer

96) Arpo 5/21/12

99) Ebenda

97) Arpo 5/21/11 98) Ebenda

100) Ebenda

wieder hatte benennen müssen. Fehler in der Einschätzung der Kräfteverhältnisse im Weltmaßstab und in der Einschätzung der außerrussischen Arbeiterbewegung führten zu einer Politik der Eroberung, "die die Austreibung der Deutschen aus Polen und den Sudeten zur Folge hatte, die die Vertriebenen und andere Millionen den Imperialisten in die Arme geworfen hat"¹⁰¹⁾. Diese Politik diskreditierte den Kommunismus ebenso wie die Beteiligung von Kommunisten an bürgerlichen Regierungen der Nachkriegszeit¹⁰²⁾. Auch 1952 beurteilte die GAP die innere Entwicklung der SU als Aufbau des Sozialismus, der mit Erfolg durchgeführt wurde. Als Maßstab für die Einschätzung verwandte die Gruppe wiederum im Anschluß an die Überlegungen Thalheimers nicht die eigene Vorstellung von Sozialismus, sondern versuchte, die verschiedenen Entwicklungsschritte aus den Ausgangsbedingungen der Oktoberrevolution bzw. aus dem jeweils erreichten Stand der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation zu erklären. Diese Analyse lieferte zugleich den Schlüssel zum Verständnis der sowjetischen Politik innerhalb der Arbeiterbewegung, die im Grunde auf einer mechanischen Übertragung der Erfahrungen der erfolgreichen Entwicklung in der SU auf die außerrussische Arbeiterbewegung beruhte. Das Ausbleiben weiterer siegreicher proletarischer Revolutionen nach der Oktoberrevolution erschwerte nicht nur die Entwicklung in der UdSSR enorm, sondern war zugleich die Grundlage dafür, daß diese falsche Politik der Sowjetunion so großen Anhang in der Arbeiterbewegung finden konnte, denn je weiter die KP's der kapitalistischen Metropolen von der Revolution im eigenen Lande entfernt waren, desto stärker wuchs das Ansehen des Landes der Oktoberrevolution - bis dann die Übernahme dieser Politik die kommunistischen Bewegungen der einzelnen Länder an den Rand der Selbstzerstörung brachte, was gleichzeitig eine Stärkung des Imperialismus bedeutete, die wiederum die SU veranlassen mußte, sich noch stärker auf die eigene innere Kraft und auf die Ausnutzung innerimperialistischer Widersprüche zu stützen und zu versuchen, die geschlagenen kommunistischen Parteien in Westeuropa für diese Politik noch weiter zu instrumentalisieren. Da der Fehler der SU auf einer - unzulässigen - Übertra-

¹⁰¹⁾ Ebenda

¹⁰²⁾ Vergl. ebenda

gung ihrer erfolgreichen Methoden auf die Probleme der Arbeiterbewegungen anderer Länder beruhte, war von der SU selbst eine Korrektur nicht zu erwarten, weil die außenpolitisch verheerenden Methoden im Inneren weiterhin erfolgreich blieben. Deshalb war für die GAP "die KPdSU... außerstande, der kommunistischen Weltbewegung in den kapitalistischen Ländern die theoretische und praktische Führung zu geben, die diese braucht. Die Arbeiter dieser Länder müssen sie sich selbst schaffen"¹⁰³⁾. Wieweit die Arbeiterbewegung der entsprechenden Länder von der Lösung dieser Aufgabe entfernt war, war der GAP deutlich: die Arbeitermassen folgten den reformistischen Führern der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien; so war "diese Masse unfähig, den Krieg zu verhindern"¹⁰⁴⁾, doch diese realistische Einschätzung der desolaten Lage der Arbeiterbewegung war für die GAP nur die Grundlage dafür, die eigenen Aufgaben herauszuarbeiten, wie sie es in den "Thesen" versucht hatte. Gerade weil die GAP in der UdSSR einen sozialistischen Staat sah, den es gegen den Imperialismus zu verteidigen galt, wandte sie sich gegen Versuche, die Arbeiterbewegung außerhalb des sozialistischen Lagers auf die außenpolitische Linie der Sowjetunion zu verpflichten, da dadurch die Aufgabe, die Arbeiter für den Sozialismus zu gewinnen, noch zusätzlich zu den objektiven Schwierigkeiten erschwert würde. Eine Arbeiterbewegung, die bereit und fähig war, ihrer Bourgeoisie beim Versuch, die Sowjetunion anzugreifen, in den Arm zu fallen, war aber der Beitrag, den die kommunistische Bewegung in den Staaten, in denen das Proletariat die Macht noch nicht erobert hatte, zum Schutz der SU leisten konnte; deshalb stand die Politik, wie sie der GAP vorschwebte, zwar in Gegensatz zu den Vorstellungen der sowjetischen Führung, aber in Übereinstimmung mit den allgemeinen Interessen der Weltrevolution und damit auch der SU. An diesem Zusammenhang änderte die aktuelle Schwäche der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Metropolen nichts.

103) Arpo 5/21/12

104) Arpo 5/21/11

8. Skizze der Entwicklung der Gruppe Arbeiterpolitik seit 1952

Auf der Jahreskonferenz Anfang 1952 hatte die GAP Thesen zu den Aufgaben der Gruppe verabschiedet, denen die Einschätzung zugrundelag, daß aktuell eine revolutionäre Situation und eine revolutionäre Strömung in der deutschen Arbeiterklasse fehlte. Deshalb stand im Mittelpunkt der Versuch, diejenigen Teile der Arbeiterklasse zu sammeln, die sich bereits zu kommunistischen Auffassungen emporgearbeitet hatten, bzw. zu versuchen, denjenigen, die einen politischen Ausweg aus ihrer Lage suchten, dabei zu helfen, zu einer kommunistischen Politik zu finden¹⁾. Auf der Jahreskonferenz Ostern 1953 mußte die Gruppe einen erneuten Rückgang der Bewegung unter den Arbeitern feststellen: "Während die Konferenz des Vorjahres an einem Zeitpunkt tagte, in dem die deutsche Arbeiterbewegung eine Reihe verheißungsvoller Lohnkämpfe hinter sich und den Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz vor sich hatte, überwog im Berichtsjahr die Demoralisierung und Lähmung, die sich im Gefolge der Kapitulation des DGB der Arbeiterschaft bemächtigte. Auch unsere Gruppe hat diese Entwicklung zu spüren bekommen. Die wesentlichste Auswirkung bestand darin, daß, mit Ausnahme Salzgitters, es nicht gelang, unseren Einfluß und unseren Aktionsradius erheblich zu erweitern: die Gruppe mußte sich damit begnügen, ihre Position zu halten"²⁾. Nach Auffassung der GAP hatte der Zustand der Arbeiterbewegung zwei Wurzeln: die Entwicklung in der Ostzone, die "von der Masse der Arbeiter mit kommunistischer Praxis gleichgesetzt"³⁾ wurde und die die große Masse der deutschen Arbeiter so vom Kommunismus abschreckte. Die zweite Wurzel für "die gegenwärtige Selbstbescheidenheit und de(n) mangelnde(n) Kampfwille(n) der deutschen Arbeiter"⁴⁾ lag in der wirtschaftlichen Lage, "die gewisse entscheidende Arbeiterschichten als erträglich empfinden"⁵⁾. Zwar betonte die GAP, daß die Lebenshaltung der Arbeiter 1953 gegenüber der Vorkriegszeit gesunken war, doch übersah sie nicht,

1) Vergl. Teil 7.2. dieser Arbeit

2) Arpo 6/8/6

3) Ebenda

4) Ebenda

5) Ebenda

"daß von dem niedrigen Ausgangspunkt der Währungsreform kleine Verbesserungen der materiellen Lage der Arbeiterschaft vor sich gegangen sind, welche die ökonomische Basis einer reformistischen, zum Kompromiß, zum Ausgleich mit dem Kapital bereiten Grundhaltung bilden. Sie findet politisch ihre Widerspiegelung in der Vorherrschaft des Reformismus in der deutschen Arbeiterschaft"⁶⁾. Da die Entwicklung des Kapitalismus in der BRD die materiellen Voraussetzungen für Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter nicht nur gegenüber der Währungsreform, sondern gegenüber allem in Deutschland bis dahin dagewesenen schuf, ging die Einordnung der Arbeiterklasse in das bürgerliche System - und das war die Unterordnung des Proletariats - weiter. Die 1953 konstatierte Stagnation der Gruppe dauerte jahrelang an und wurde schließlich zur ersten Phase des Zerfalls der GAP in ihrer damaligen Form⁷⁾.

Bei fast allen örtlichen Gruppen wirkte sich die Stagnation so aus, daß die Gruppen Randerscheinungen der örtlichen Arbeiterbewegungen blieben, während diese Arbeiterbewegung selbst zerfiel und sich in manchen Orten schließlich auf die Apparate der Organisationen reduzierte, die sich dann leicht gegen kommunistische Kritik behaupten konnten, wenn sie diese nicht gleich administrativ unterbanden.

Die Ausnahme in der GAP war die Gruppe in Salzgitter, die in der örtlichen IG Metall und in der Hütte eine so starke Position hatte, daß sie dort selbst die Apparate kontrollierte. In dieser Situation versuchte sie zwar, ihre kommunistische Politik fortzuführen, was aber nur sehr begrenzt möglich war, da diese Politik nicht von breiteren Kreisen der Arbeiterklasse getragen wurde. Die Mitglieder der Gruppe wurden als konsequente, straff organisierte und hart arbeitende Vertreter der Alltagsinteressen von der Belegschaft der Hütte akzeptiert, aber eben als Vertreter, die im Grunde für die Arbeiter handeln sollten. Weil die Gruppe es verstand, die Möglichkeiten einer Aufstiegsperiode des Kapitalismus in der BRD in finanzielle Erfolge umzumünzen, konnte sie ihr in der Demontage-Aktion erreichtes Ansehen auch unter den veränderten

6) Ebenda

7) Vergl. Interview vom 18.1.1975, S. 15

Bedingungen behaupten und sogar noch neue Kräfte, vor allem aus der Gewerkschaftsjugend, anziehen. Die starke Position des Betriebsrates gegenüber der Geschäftsleitung der Hütte führte bald dazu, daß die GAP in Salzgitter aktiv dazu beitrug, die Hütte zu dem von der IG Metall gerne vorgezeigten Musterbetrieb der Montanmitbestimmung zu machen. Nach den Auswirkungen der Tätigkeit der GAP in Salzgitter befragt, führt Michael Weber, der zu den schärfsten Gegnern der Gruppe zählte, aus: "Einmal auf dem gewerkschaftlichen Sektor: da muß man bescheinigen, daß ihre Spitzenleute mit großem Geschick und weit vorausschauend eine Mitbestimmung hier im Betrieb der Hüttenwerke aufgebaut haben, die beispielgebend für die ganze Bundesrepublik und insbesondere für die Konzipierung der Montanmitbestimmung gewesen ist. Das ist der maßgebliche Anteil der Spitzenleute der Arpo. An und für sich gegen ihr eigenes Konzept"⁸⁾.

Während die GAP - besonders in Salzgitter - ihre Politik im gewerkschaftlichen und betrieblichen Bereich zunächst auch angesichts der Stagnation oder des Rückgangs der Arbeiterbewegung ohne große Veränderungen fortsetzen konnte, traf sie in ihrer direkten politischen Arbeit bereits Ende 1952 eine wichtige Entscheidung bezüglich der Frage, wie der gewerkschaftliche Einfluß der Gruppe politisch umgesetzt werden sollte⁹⁾. Was sich nach den März-Aktionen 1950 gegen die Demontage bereits angedeutet hatte, nämlich, daß ein solcher Kampf unter den gegebenen Bedingungen isoliert und damit - bezogen auf das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis - politisch bedeutungslos bleiben mußte, trat in den weiteren Jahren deutlich hervor¹⁰⁾. Zwar hatte die GAP durch öffentliche Veranstaltungen und die Herausgabe der "Norddeutschen Arbeiterstimme" versucht, ihren Einfluß politisch zu nutzen, doch war allen klar, daß die Form politischer Aktivität, die am meisten den landläufigen Vorstellungen davon entspricht,

8) Interview mit Michael Weber am 18.10.1974, S. 12; im folgenden zitiert als: M. Weber

9) Wenn im folgenden von der Gruppe in Salzgitter ausgegangen wird, hat das seinen Grund darin, daß hier die GAP den - bezogen auf die anderen Orte - bei weiten stärksten Einfluß hatte.

10) Vergl. Teil 6.4.8. dieser Arbeit

nämlich die Teilnahme an Parlamentswahlen, von der Gruppe nicht auszufüllen war: weder organisatorisch noch politisch¹¹⁾. Letzteres deshalb nicht, weil der Boden für kommunistische Politik nicht da war, weshalb die GAP bestenfalls gewählt worden wäre, obwohl sie eine kommunistische Gruppe war.

Bei der Bundestagswahl 1949 war die Gruppe noch davon ausgegangen, daß die Frage: "Lohnt es sich, zu wählen? ...heute in der Arbeiterschaft häufiger gestellt (wird d. V.) als früher"¹²⁾. Da für die GAP "wirkliche Demokratie ... erst möglich (ist d.V.), wenn Deutschland geräumt ist und die Arbeiter die Macht erobert haben"¹³⁾, mußte "die Arbeiterklasse nicht nur abstimmen, sondern ihren Kampf organisieren und die 1918 besiegte, 1945 erstickte proletarische Revolution nachholen"¹⁴⁾. Wenn die Gruppe auch den Wahlen 1949 keine große Bedeutung zumaß, stellte sie aber dennoch fest: "Auch mit dem Wahlboykott ist nichts getan. Sofern nicht vor und nach der Wahl für die Erkenntnisse, die den Boykott rechtfertigen, organisiert gearbeitet wird, ist er eine revolutionär klingende Phrase für Spießerbequemlichkeit"¹⁵⁾. Wenn auch die GAP "die Stimmabgabe für die KPD als Bekenntnis zum wirklichen Kommunismus"¹⁶⁾ nahelegte, bestand für sie die Hauptaufgabe darin, "Wahlversammlungen aus(zu)nützen, um der bürgerlichen und reformistischen Propaganda entgegenzutreten und den kommunistischen Standpunkt darzulegen, den Arbeitern die parlamentarischen Illusionen zu nehmen und sie auf die Notwendigkeit außerparlamentarischer Kämpfe hinzuweisen"¹⁷⁾. Diese Aufgabe zu lösen, überstieg die vorhandenen Kräfte der Ortsgruppen, nicht nur der in Salzgitter, so daß sie im Grunde keine klare Stellungnahme zu den Wahlen abgaben und ihren Sympathisanten die Entscheidung ohne konkrete Hilfestellung durch die Gruppe überließen.

11) Vergl. Interview vom 4.11.1974, S. 18; Kienhorn S. 7 f; Interview mit Paul Elflein am 5.8.1973, S. 2; im folgenden zitiert als: Elflein II

12) Arpo 2/7/6

13) Ebenda

14) Arpo 2/7/7

15) Arpo 2/7/6

16) Arpo 2/7/7

17) Arpo 2/7/6

Noch zu den Landtagswahlen in Niedersachsen 1951 nahm die GAP eine ähnliche Haltung ein, als sie in der "Norddeutschen Arbeiterstimme" schrieb: "Es gibt in Deutschland kein Parlament mehr, in dem die Interessen der Werktätigen noch konsequent und erfolgreich vertreten werden können. Auf die Frage der Werktätigen, wen sie wählen sollen, kann heute ein klassenbewußter Arbeiter nur folgendes antworten: Wer noch davon überzeugt ist, unter den vorgeschlagenen Kandidaten einen zu finden, dem er voll vertrauen kann, der soll ihn wählen"¹⁸⁾. Anfang 1953 urteilte die Redaktion der "Arbeiterpolitik", diese Erklärung sei "eine Stellungnahme, die dem Stadium des Zirkels entspricht, nicht dem eines Kernes, der die Funktion eines kommunistischen Kaders erfüllt"¹⁹⁾. Zwar betonte die GAP 1952/53, daß "das wirkliche Problem der deutschen Arbeiterbewegung die Herausarbeitung einer Politik auf dem Boden der kommunistischen Grundsätze ist. Erst wenn die deutsche Arbeiterbewegung wieder eine ernsthafte revolutionäre Strömung aufweisen wird, wird vor ihr das Problem der Einheitsfront, d.h. der Gewinnung der SPD-Arbeiter für den Kommunismus stehen"²⁰⁾, doch war die Gruppenleitung der Auffassung, daß die "erste Aufgabe, die Bildung eines ... Kaders ... jedoch in Salzgitter bereits gelöst (ist d. V.), dort gibt es einen Kern von revolutionären Arbeitern, von dem einer unserer Genossen mit Recht sagte: 'In diesem Gebiet kann man wirklich davon sprechen, daß wir die Aufgaben einer Kommunistischen Partei übernommen haben und auch durchführen'"²¹⁾. Diese Stärke der GAP in Salzgitter verlangte ihr demnach bei den Kommunalwahlen Ende 1952 eine klare Stellungnahme ab, zumal auch die Arbeiter, die sich an der Gruppe orientierten, eine solche Aussage erwarteten²²⁾. Aus diesen Erwägungen heraus²³⁾ gab die Gruppe in Salzgitter in öffentlichen Versammlungen und mittels eines Flugblattes

18) Nd. Arsti 1/1/4

19) Arpo 6/3/14

20) Arpo 6/3/13 f

21) Arpo 6/3/14

22) Vergl. ebenda

23) Wenn auch der oben zitierte Artikel erst nach der Kommunalwahl in Salzgitter erschien, so hatten doch die in ihm dargelegten Überlegungen den Schritt der örtlichen Gruppe geleitet; die Gruppe in Salzgitter hatte nicht auf eigene Faust gehandelt, sondern ihr Vorgehen mit der Leitung der Gruppe abgestimmt. Vergl. Arpo 6/8/7

einen Wahlauftritt zugunsten der SPD ab: "Die Gruppe Arbeiterpolitik ist ..., trotz ihrer politischen Differenzen mit der SPD, bereit, im Interesse der Erreichung einer Arbeitermehrheit ihre Anhänger aufzufordern, den Kandidaten der SPD ihre Stimme zu geben. Damit soll der SPD Gelegenheit gegeben werden, ihre kommunalpolitischen Forderungen ... im Stadtrat durchzusetzen"²⁴⁾. Allerdings beschränkte sich die Gruppe nicht darauf, zur Unterstützung der SPD aufzurufen, sondern verdeutlichte im Aufruf auch die eigene politische Konzeption und die Differenzen zur SPD und KPD²⁵⁾. Auch nach der Wahl betonte die GAP die Unterschiede zur Politik der SPD²⁶⁾.

-
- 24) Arpo 5/23/3. - Der in dieser Nummer abgedruckte Text war identisch mit der "Arbeiterpolitik"-Sonderausgabe zur Gemeindewahl; auf diesem Sonderblatt, das die Gruppe zwei Tage vor der Wahl herausgab, findet sich das hier angeführte Zitat auf S. 1. Im folgenden wird der Text nach der normalen Ausgabe der "Arbeiterpolitik" zitiert.
- 25) "Die Gruppe Arbeiterpolitik steht grundsätzlich auf dem Boden des konsequenten Klassenkampfes, d.h. auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus, wie er von Karl Marx und Friedrich Engels im 'Kommunistischen Manifest' zum Ausdruck kommt. Sie betrachtet es als ihre Aufgabe, den augenblicklichen politischen Tiefstand der deutschen Arbeiterklasse überwinden zu helfen, indem sie alle diejenigen zusammenfaßt, die begriffen haben, daß eine endgültige Lösung der Verelendung der Arbeiterklasse nur durch den Sturz der herrschenden kapitalistischen Klasse und durch einen mit unvermeidlichen Opfern verbundenen Kampf erreicht werden kann.
- Nicht die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, sondern der rücksichtslose Kampf gegen diese Ausbeuter befähigt die Arbeiter, ihre Ziele zu erreichen. Dazu ist allerdings eine Führung nötig, die willens und fähig ist, den Arbeitern einen revolutionären Ausweg zu zeigen. Eine solche Führung muß aber erst von den Werktätigen geschaffen werden. Das ist zur Zeit ihre wichtigste geschichtliche Aufgabe.
- In Verfolg dieser unserer Zielsetzung haben wir sowohl gegenüber der SPD wie auch gegenüber der KPD taktische und grundsätzliche Differenzen. Wir sind nicht der Auffassung der SPD, daß es möglich ist, die sozialistischen Ziele der Arbeiterklasse im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsform zu erreichen. Wir sind auch nicht der Meinung, mit nur parlamentarischen Mitteln den jetzigen Gesellschaftszustand ändern zu können. Wir verurteilen jede Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien.
- Von der KPD trennt uns ihre unterwürfige und kritiklose Zustimmung und Billigung zu allem, was sowohl von der russischen Besatzungsmacht wie von der SED in der Ostzone durchgeführt wird. Die KPD richtet sich in ihrem politischen Handeln ausschließlich nach den außenpolitischen Interessen

Einerseits ermöglicht sie es, den Boden für unsere politischen Auffassungen aufzulockern, denn die Arbeiter werden jeden als ihren Bundesgenossen betrachten, der im Wahlkampf offen für den reformistischen gegen den bürgerlichen Kandidaten auftritt. Andererseits würde ein eventueller Wahlsieg der SPD und die Tätigkeit einer sozialdemokratischen Bundesregierung unserer kommunistischen Politik entscheidendes Beweismaterial liefern, das breiten Massen einleuchtend und verständlich ist"³¹⁾. Wenn es dann im nächsten Satz hieß: "In jedem Falle würde die Bewegung vorangetrieben werden"³²⁾, so unterlag dem die Vorstellung, daß die ökonomische Entwicklung die Arbeiter zur Bewegung treiben würde, denn die Politik der Sozialdemokratie in den Phasen des prosperierenden Kapitalismus konnte diese Bewegung nicht hervorrufen, nicht einmal die Erfahrungen erbringen, die die GAP erwartete. Ähnliche Überlegungen wurden in folgendem deutlich: "Eine verständige Wahltaktik muß von diesen Gegebenheiten (der Vorherrschaft des Reformismus in der Arbeiterklasse d.V.) ausgehen und verstehen, an dieser Grundeinstellung anzuknüpfen, um das Klassenbewußtsein wie die Bewegung vorwärts zu treiben"³³⁾.

Die Wahltaktik der GAP, die in einer Situation entwickelt worden war, in der die Gruppe in Salzgitter den Rahmen eines kommunistischen Zirkels zu sprengen suchte, verdeutlichte zunächst den Versuch, die Gruppe auf die Gegebenheiten in der Arbeiterbewegung auszurichten; dieser Schritt war für diejenigen in der Gruppe, die aus der kommunistischen Bewegung in der Weimarer Republik kamen, auch eine emotionale Überwindung, doch die politischen Notwendigkeiten brachten auch diese GAP-Mitglieder dazu, die "Noske-Partei" zu wählen, was für die KPO - die unter anderen Voraussetzungen gearbeitet hatte - undenkbar gewesen wäre. Die Bereitschaft der GAP, eine Wahltaktik zugunsten der SPD anzuwenden, machte erneut deutlich, wie wenig diese ein Verein zur KPO-Traditionspflege war, und wie sehr sie bei der Ausarbeitung ihrer Politik von den vorhandenen Bedingungen in der Arbeiterbewegung ausging. Diese Bedingungen waren es aber auch, die der Taktik der GAP den Boden entzogen. Die Erfahrungen, die die Arbeiter-

31) Arpo 6/8/7

33) Arpo 6/8/6

32) Ebenda

klasse in den Jahren seit 1952 sammelte, drängte sie nicht in Richtung klassenbewußten Handelns; und weil Bewegung in der Klasse fast völlig fehlte, gab es für die GAP entsprechend wenig Möglichkeiten, diese Bewegung weiterzutreiben und - ausgehend von den Erfahrungen der Arbeiter - das Klassenbewußtsein zu entwickeln. Zwar half die Wahlunterstützung der SPD der Gruppe, sich nicht von den sozialdemokratisch beeinflussten Arbeitern zu isolieren, doch das war weit weniger als diese Taktik dem Anspruch nach erreichen sollte.

Die fehlende Aktivität des Proletariats in Westdeutschland entzog nicht nur der Wahltaktik der GAP weitgehend die Grundlage, sondern stellte die Gruppe allgemein vor immer größere Schwierigkeiten. Diese Probleme traten am schärfsten in Salzgitter hervor, wo die Gruppe über den Status eines kommunistischen Zirkels hinausgelangt war. Hier hatte die GAP Positionen erlangt, die ihr eine Politik qua Kraft der Organisation erlaubten, doch mußte diese Politik aufgrund der Lage in der Arbeiterbewegung in der praktischen Auswirkung sich immer mehr an die der Reformisten annähern. Gerade in der Situation, in der die Mitglieder der GAP als Funktionäre in Betrieb und Gewerkschaft immer stärker zu einer Stellvertreterpolitik gedrängt wurden, wuchs die Gefahr, daß das, was die Gruppe die kommunistischen Grundsätze und Ziele genannt hatte, mehr und mehr auch im Bewußtsein der Mitglieder der Gruppe zurücktrat; die Behauptung und der Ausbau der Position in der Hütte und in der IG Metall wurde tendenziell zum Selbstzweck. Das Wort des damaligen IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner "Mit Söchtig steht und fällt Salzgitter"³⁴⁾ drückte nicht nur die Anerkennung für die Leistungen Söchtigs und vieler anderer Mitglieder der GAP aus, sondern bezeichnete auch die Tatsache, daß die Basis für die Position der Gruppe mehr in der aufopfernden Arbeit ihrer Mitglieder lag als in einer Aktivität der örtlichen Arbeiterschaft. Der Konflikt zwischen dem Anspruch der Gruppe, die kommunistischen Ziele und Grundsätze zu vertreten, und den objektiven Bedingungen, die nur eine konsequente Interessenvertretungspolitik im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft zuließen, spitzte

34) Vergl. Elflein IV, S. 8; auch anderen Befragten war die-Ausspruch Otto Brenners geläufig.

sich bis 1959 immer weiter zu und mußte gelöst werden: entweder die Gruppe beschied sich notgedrungen mit der Rolle eines kommunistischen Zirkels, der angesichts der damals noch fortschreitenden Integration der Arbeiterschaft in das kapitalistische System nur eine Randerscheinung sein konnte, oder die Gruppe paßte ihre politischen Auffassungen ihrer tatsächlichen Politik an, d.h. sie trat nur noch als reformistische Gruppe auf oder trat gleich in die entsprechende Organisation, die SPD, ein.

Was sich in Salzgitter als Konflikt zuspitzte, trat in den übrigen Gruppen in dieser Form nicht auf, da sie den Status eines Zirkels nie hatten überwinden können. Hier drückte sich die Stagnation und der Rückgang der Arbeiterbewegung darin aus, daß die Gruppen zerfielen oder mehr oder weniger nebensächliche Streitpunkte in den Vordergrund traten und die Gruppen lähmten ³⁵⁾.

Auf die Zeitschrift "Arbeiterpolitik" wirkte sich die nachlassende Aktivität der einzelnen Gruppen so aus, daß die Redaktion sich immer stärker auf sich selbst gestellt sah. Nach Auffassung eines Mitgliedes der GAP drückte sich die Stagnation der Gruppe darin aus, "daß es nie gelungen ist, eine wirkliche Redaktion zusammenzukriegen für die 'Arbeiterpolitik'....Weil das nicht geschafft worden ist, ist das, was in der 'Arbeiterpolitik' geschrieben worden ist, mehr oder weniger Literatur geblieben, auf jeden Fall zum Schluß....Es war keine schlechte Literatur, aber es war eben nicht...der kollektive Ausdruck einer kommunistischen Organisation"³⁶⁾. Seit etwa 1952 wurde "der Rückgang des Einflusses der wirklichen Bewegung auf die kommunistische Bewegung (immer stärker d.V.).

35) So berichtet Otto Burkhardt: "Es entstanden Meinungsverschiedenheiten über die Einstellung zur DDR und zur SPD, über den Arbeiterkampf in den Betrieben, über die Gründe der Stagnation der Gruppe und ihre hoffnungslose finanzielle Lage. Alle diese überwiegend ohne positives Ergebnis geführten Diskussionen führten letztendlich auch zu persönlichen Zerwürfnissen, die von der Gruppe Stuttgart nicht mehr verkraftet werden konnten. Zudem war das Klassenbewußtsein der Arbeiter seit der Hitlerzeit noch nicht gefestigt, und der wirtschaftliche Aufschwung förderte das Desinteresse der Arbeiter an Klassenfragen. Der Zerfall der Gruppe Stuttgart vollzog sich stillschweigend". Burkhardt I, S. 4

36) Interview vom 18.1.1975, S. 15

weil die Bewegung, die noch (in der Arbeiterklasse d.V.) vorhanden ist, immer schwächer wird durch den Aufschwung des Kapitalismus. Und das führt dazu, daß die Tätigkeit dieser Kommunisten immer mehr von der Erfahrungsverarbeitung wekommt und schließlich nur noch im Kopf stattfindet und dann nur noch Gedankenakrobatik ist, Ideologie wird"³⁷⁾. Diese Ideologie drückte sich in dem Versuch aus, für die nur äußerst schwacher revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse einen "Ersatz" zu suchen.

Damit begann eine Entwicklung, die zuerst zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der GAP und schließlich zu Differenzen um die Existenz der Gruppe führte. Die Exponenten dieser Auseinandersetzung waren Rudolf Hanke, Redakteur der "Arbeiterpolitik", und Heinrich Brandler. Anlaß für den offenen Ausbruch des Konfliktes war eine Kursänderung der Außenpolitik der UdSSR, die besonders 1955 auf der Genfer Konferenz der Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der UdSSR deutlich wurde. Bis dahin war die GAP davon ausgegangen, daß die SU an eine Wiedervereinigung Deutschlands nur "die Bedingung der Räumung Gesamtdeutschlands von allen Besatzungstruppen geknüpft (hatte d.V.), sowie das Verbot des Anschlusses Deutschlands an das atlantische Militärbündnis. Jetzt kommt hinzu die 'Erhaltung der politischen und sozialen Errungenschaften der DDR' "³⁸⁾, die die UdSSR mit Hilfe eines Systems der kollektiven Sicherheit unter der gleichberechtigten Teilnahme beider Teile Deutschlands sichern wollte. Diese neue Haltung der UdSSR interpretierte Hanke wie folgt: "Außenpolitisch betrachtet, erscheint dieser Wandel nicht allzu gewaltig....Aber für die deutsche Arbeiterbewegung ist er nicht zu überschätzen. Er räumt den letzten wesentlichen Gegensatz zwischen den sozialistischen Klasseninteressen der Arbeiter Deutschlands und der SU aus dem Wege. Denn der Verzicht auf die Übergabe (der DDR d.V.) an den Westen bedeutet,

37) Ebenda, S. 21 f

38) Arpo 8/15/4. Dieses Zitat stammt aus einem Beitrag Brandlers; Hanke sah den Sachverhalt genauso: vergl. Arpo 8/15/6.

daß jeder Grund fortgefallen ist, die Ulbricht-Methoden weiter aufrechtzuerhalten Die Demokratisierung in der DDR ist möglich geworden"³⁹⁾. Zwar räumte Hanke ein, "daß sozialistisches Bewußtsein und Verteidigungsbereitschaft (der sozialistischen Wirtschaftsgrundlage in der DDR d.V.) als Resultat der bisherigen Politik in breiten Massen fehlt... Man muß jedoch zwischen politischem Bewußtsein und technisch-zivilisatorischer Kulturstufe unterscheiden. Das erstere muß eine erdrückende Mehrheit der Arbeiterschaft aufweisen, um den Sturz des Kapitalismus wirklich durchführen zu können. Die Fähigkeit jedoch, ein Höchstmaß an Selbstverwaltung mit einem Mindestmaß an Bürokratismus in der Wirtschaft.... zu verbinden, ist technisch-zivilisatorischer Art und von der Parteizugehörigkeit nicht direkt abhängig.... In der DDR... fehlt das politische Bewußtsein, während ein hohes Kulturniveau gegeben ist"⁴⁰⁾. Da die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bereits durch die Besatzungsmacht durchgeführt war und deshalb dazu das sozialistische Bewußtsein der Arbeiter in der DDR nicht mehr notwendig war, sollte durch die "Demokratisierung aller sich auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage ergebender Beziehungen der Anfang einer Wiedergeburt der deutschen Arbeiterbewegung zu erreichen"⁴¹⁾ sein. Hanke sah durchaus, daß "die Besatzungsmacht.... in der DDR Garant der sozialistischen Wirtschaftsbasis (ist d.V.)... Es gibt z.Zt. keinen anderen. Vielmehr ist es die Aufgabe, einen solchen zu schaffen, und da ist es nicht gleichgültig, ob entscheidende Besatzungsinteressen sich dem entgegenstemmen oder nicht"⁴²⁾. Nach der Auffassung Hankes ermöglichte die Wendung der Politik der UdSSR nicht nur die Arbeiterdemokratie in der DDR, sondern noch weit mehr: "Man muß sich darüber klar sein, warum in Deutschland die mächtige revolutionäre Strömung von einst nicht mehr besteht und wie sie wieder entstehen kann. Es war die gegen elementarste Arbeiterinteressen gerichtete Politik in der DDR, die Kommunisten und Sozialisten in der Praxis abgestoßen und dem 'Sozialismus', wie

39) Arpo 8/15/6
41) Arpo 8/15/7

40) Arpo 8/15/6 f
42) Arpo 8/16/7

sie ihn in der Praxis sahen, entfremdet hat. Es ist eine Tatsache, daß die deutsche sozialistische Bewegung in einer Sackgasse steckt. Deshalb ist die aus der weltpolitischen Entwicklung entstandene Umorientierung der SU bezüglich der DDR für uns so wichtig. Denn sie macht möglich, was bis Genf verhindert wurde: die Herausbildung 'einer wirklich klassenbewußten kommunistischen Vorhut'"⁴³⁾. Diese Aufgabe sah Hanke auch dadurch erleichtert, daß die Außenpolitik der SU, bedingt durch die weltpolitische Lage, zum Leninschen Internationalismus zurückkehrte⁴⁴⁾. Diese Auffassung Hankes setzte sich fort, so im Leitartikel "Zurück zu Lenin!", in dem er den XX. Parteitag der KPdSU behandelte⁴⁵⁾, und besonders im Leitartikel zum 1. Mai 1956, in dem "der Bruch der sowjetischen Kommunisten mit Stalin (als d.V.) der geschichtliche Wendepunkt"⁴⁶⁾ interpretiert wurde, "von dem aus die Arbeiterklassen des hochindustrialisierten Westens Schulter an Schulter mit den 900 Millionen Menschen des sozialistischen Lagers marschieren können und marschieren werden. Der XX. Parteitag der KPdSU hat das größte Hindernis aus dem Weg geräumt, das den Weltsozialismus an seinem weiteren Vorschreiten hindert"⁴⁷⁾. In der DDR kam es jetzt darauf an, "im Nachhinein der sozialistischen Wirtschaftsgrundlage die ihr entsprechende bewußte und verteidigungsbereite Arbeitermehrheit zu gewinnen"⁴⁸⁾, was mit Hilfe der Arbeiterdemokratie geschehen sollte⁴⁹⁾.

Besonders begrüßte Hanke, daß die KPdSU betonte, "daß die sozialistische Revolution auch friedlich möglich ist, obgleich sie in einer Reihe von Ländern Gewalt erfordern werde. In anderen Worten: Sie wollen das traditionelle Streitobjekt der westlichen Arbeiterbewegung, Bürgerkrieg oder parlamentarischer Weg, aus der Welt schaffen ... Sie wollen statt dogmatischen Haarspaltereien die Einheitsfront in konkreten Fragen erleichtern"⁵⁰⁾. Für Hanke hatte "der XX. Parteitag der KPdSU einen wichtigen Schritt gemacht, den heute nicht-revolutionären westeuropäischen Arbeitermassen entgegenzukommen, sich jener Bewußtseinsstufe anzupassen, die diese Arbeiter aufweisen"⁵¹⁾.

43) Ebenda

44) Vergl. Arpo 8/15/6

45) Vergl. Arpo 9/5/1 ff

46) Arpo 9/8/1

47) Ebenda

48) Arpo 9/8/2

49) Der Artikel trägt den Titel: "Bahn frei der sozialistischen Arbeiterdemokratie!". Arpo 9/8/1

50) Arpo 9/5/4

51) Arpo 9/5/5

Gegen die von Hanke in verschiedenen Artikeln entwickelte Position nahm Brandler in den "Weltpolitischen Übersichten" Stellung. Für Brandler bot der XX. Parteitag "nichts Sensationelles. Unter dem Terrorsystem Stalins ist die Sowjetgesellschaft auf die gegenwärtige Stufe gehoben worden. Jetzt sind die Methoden dieses Systems ... ein Hindernis für den weiteren Ausbau der sozialistischen Wirtschaft und für die Außenpolitik geworden. Wir haben seit dreißig Jahren offenen und konkreten Kampf gegen die Stalinpolitik geführt und vorausgesagt, daß auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung der SU dieser Umschlag eintreten müsse. Das ist jetzt geschehen"⁵²⁾. Die Wendung der sozialistischen Politik entsprang deshalb den neuen Bedürfnissen der Sowjetunion, ohne daß damit die Probleme der kommunistischen Weltbewegung gelöst worden wären. Um das zu verdeutlichen, erinnerte Brandler daran, daß "die im großen und ganzen in Rußland unvermeidliche Stalinperiode ... uns daran (hinderte d.V.), eine selbstständige KPD zu schaffen, die kommunistische Politik entsprechend den deutschen Bedürfnissen zu machen fähig gewesen wäre"⁵³⁾. Bis hierin stimmten Brandler und Hanke überein, doch Brandler fuhr fort: "Die Stalinpolitik in der SU war insofern unvermeidlich, als in der SU die Kräfte sich nicht durchsetzen konnten, die es hätten besser machen können, und weil weder in Deutschland, noch sonst in der westlichen Welt, selbstständige kommunistische Parteien sich gegen Stalin durchzusetzen imstande waren - etwa so wie in China und in Jugoslawien"⁵⁴⁾. Daran hatte sich auch dadurch nichts geändert, daß die SU ihre Politik den neuen Bedingungen anpaßte und so die Stalinschen Methoden zum Teil überwand. Die Arbeiterbewegung Westeuropas hatte noch nicht durch eigene Revolutionen die Voraussetzungen dafür schaffen können, die Widersprüche der verschiedenen Kolonnen der kommunistischen Weltbewegung auf höherer Ebene aufzuheben, wie es die KPD für notwendig erachtet hatte.

52) Arpo 9/5/7

53) Ebenda

54) Ebenda

Aus diesem Grunde, d.h. weil Veränderungen der sowjetischen Außenpolitik nicht revolutionäre Kräfte in den kapitalistischen Metropolen schaffen konnten, war für Brandler "die neue Politik der SU ... keine Rückkehr zur Politik Lenins, die Unterstützung der kommunistischen Parteien zum revolutionären Kampf gegen ihre eigene Bourgeoisie bedeutet und die Sowjetpolitik dem koordinierte"⁵⁵⁾. Die Ursache der Wende der Außenpolitik der SU war "die Tatsache, daß beide Lager, das von den USA geführte kapitalistische und das von der SU geführte sozialistische sich überzeugt haben, daß es gegenwärtig für sie nicht möglich ist, durch kriegerische Gewaltanwendung dem Gegner die eigenen Ziele aufzuzwingen"⁵⁶⁾. Dieser Umstand machte einen "Waffenstillstand im kalten Krieg ... mit dem Bestreben, Kompromißlösungen zu suchen"⁵⁷⁾ möglich, weil eine solche Politik dem internationalen Kräfteverhältnis entsprach. "Daraus darf jedoch nicht gefolgert werden, daß diese Kräfteverhältnisse unveränderlich sind und bleiben"⁵⁸⁾. Entsprechend dem Kräfteverhältnis in der Welt lag "das Schwergewicht aller Reden auf dem XX. Parteitag ... in der Betonung der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit, daß der Frieden erhalten werden könne, weil die Mehrheit der Menschheit keinen Krieg will. Das ist kein stichhaltiges Argument ... Gewiß, Lenin hat die Notwendigkeit betont, daß die SU für friedliches Nebeneinander wirken muß. Gleichzeitig verlangte er jedoch, nicht zu ermüden, den Massen immer wieder klar zu machen, wie Kriege entstehen. Diese Ergänzung ist auf dem XX. Parteitag unterlassen worden"⁵⁹⁾. Hierin sah Brandler eine Gefahr für die neue Außenpolitik der SU. Seine grundlegende Kritik machte sich daran fest, daß "die SU alle kommunistischen Parteien auch unter Bulganin und Chruschtschew (dirigiert d.V.), jetzt zur Unterstützung einer Politik der Kompromisse mit den Westmächten, um ein friedliches Nebeneinander zwischen dem sozialistischen und imperialistischen Block herbeizuführen ... Die italienische und französische KP sind bereits auf die Politik der Koexistenz eingeschwenkt ... Ist das eine Rückkehr zur Politik Lenins auf höherer Stufe (wie es Hanke behauptete d.V.) oder der

55) Arpo 8/16/3

58) Ebenda

56) Arpo 8/15/3

59) Arpo 9/5/7

57) Ebenda

Politik Stalins, die (so zitiert Brandler Hanke d.V.) 'die revolutionären Ziele und Aufgaben der außerrussischen Kommunistischen Parteien der ... jeweiligen sowjetischen Diplomatenmanöver unterordnete'?"⁶⁰⁾

Diese Unterordnung brachte 1956 ebenso Gefahren für die Kommunisten Westeuropas mit sich wie zur Zeit Stalins; deutlich wurde das an der Grundthese der neuen Außenpolitik der SU, "Kriege seien auch bei Weiterbestehen des Imperialismus nicht mehr unvermeidlich. Abstrakt gedacht, ja. Aber hier liegt die Gefahr, vom linken Straßengraben des Lavierens zwischen revolutionärem Vorstoßen und der Kompromißsucht, worin die Stalinperiode bestand, in den rechten, der Hoffnung auf friedliche parlamentarische Machteroberung, zu geraten. Liegt der Auffassung, daß Kriege auch bei Weiterbestehen des Imperialismus nicht mehr unvermeidlich sind, die nicht ausgesprochene Hoffnung zugrunde, daß die Machteroberung mit Hilfe der Volksfrontpolitik in Frankreich und Italien in absehbarer Zeit möglich ist? Wenn dies der Fall sein sollte, so würde diese Hoffnung kaum weniger schmerzvolle Folgen zeitigen als die Politik der revolutionären Offensive"⁶¹⁾. Deshalb wies Brandler darauf hin, "daß wir bereits vor dreißig Jahren klarer ausgesprochen haben, was die Kommunisten in entwickelten kapitalistischen Ländern tun müssen, um die Massen von der Richtigkeit des Kommunismus zu überzeugen, als Chruschtschew dies heute tut"⁶²⁾.

So wenig wie Brandler allgemein in der Außenpolitik der SU seit 1955 mehr sah als die Anwendung der alten Methoden auf eine neue Situation, erblickte er in der Deutschland-Politik der SU die Veränderungen, die Hanke meinte sehen zu können; auch hier wurde die UdSSR durch die Kräftekonstellation im Weltmaßstab zu einer Änderung gezwungen, da "die gegenseitigen Zurückdrängungsversuche ... bisher gescheitert (sind d.V.) ... Die neue Taktik, eine nicht mechanische Vereinigung durch Annäherung der beiden Teile Deutschlands vorzubereiten, die Aufforderung Chruschtschews an die Werktätigen der DDR ist nichts anderes als die Mobilisierung der Werktätigen der DDR

60) Arpo 8/16/3

61) Arpo 9/5/7

62) Ebenda

zur Unterstützung der Sowjetdiplomatie"⁶³⁾. Für Brandler wurden "die passiven Volksmassen in Ost und West ... von beiden Mächten wie Schachfiguren benutzt. ... Die Besatzungsmächte in beiden Lagern verfügen über die Machtmittel zur Durchführung ihrer Ziele. Die Werktätigen sind machtlos"⁶⁴⁾, weshalb die "Annäherung zwischen der DDR und der Bundesrepublik ... ein faule(r) Kompromiß auf dem Rücken der Werktätigen werden"⁶⁵⁾ konnte. Eine Veränderung dieser Situation, in der die Arbeiterklasse nur Objekt war, konnte für Brandler "nur durch Mobilisierung der breiten Massen für den Sozialismus erfolgen. Erste Voraussetzung dazu ist der Abbau der bürokratischen Mißwirtschaft in der DDR und die Erkenntnis der Aufgabe durch die westdeutsche Arbeiterklasse. Da sieht es im Augenblick trüb aus. In Westdeutschland ist die Arbeiterschaft z.Zt. nicht auf Kampf für den Sozialismus eingestellt. In der DDR nur eine Minderheit. ... Gewiß, die von der Besatzungsmacht oktroyierte sozialistische Wirtschaftsgrundlage in der DDR hat eine kleine kommunistische Vorhut bereits geschaffen. Aber die Masse haßt das Regime der Besatzungsmacht. Eine Lockerung der bürokratischen Herrschaft von oben würde günstige Bedingungen für die Organisierung sozialistischer Kämpfer von unten schaffen. Aber diese Lockerung von oben ist noch nicht da - und was von unten trotz bürokratischen Druck bereits herangereift ist, ist noch nicht in zielklarer Kampfstellung. Sich über diese Tatsache hinwegtäuschen, ist das gefährlichste im gegenwärtigen Zeitpunkt - ist Wunschdenken"⁶⁶⁾. Genau solches Wunschdenken kritisierte Brandler an Hantes Position, der "in der vorhandenen Ulbrichtbürokratie das Hauptübel (sieht d.V.). ... (Hanke d.V.) entläßt seinen Zorn über das Werkzeug (d.h. Ulbricht u.a. d.V.) und übersieht den Meister (d.h. die SU d.V.). Er unterordnet sich bereitwillig dem Meister und überträgt ihm die Verwendung der nur technisch - und kulturell (,) aber nicht sozialistisch fortschrittlichen Massen - die Erziehung zum Sozialismus"⁶⁷⁾, d.h. nach Auffassung Brandlers verlangte Hanke

63) Arpo 8/16/3

65) Arpo 8/15/4

67) Arpo 8/16/3

64) Ebenda

66) Arpo 8/15/4 f

von der UdSSR, der deutschen Arbeiterklasse ihre revolutionären Aufgaben abzunehmen. Seine eigene Position faßte Brandler abschließend so zusammen: "Ein demokratischer Überbau, der den Werktätigen der DDR ohne eigenen schweren opferreichen Kampf (durch d.V.) die sowjetische Besatzungsmacht (ge)schaffen (wird d.V.), der als Garant der sozialistischen Wirtschaftsbasis wirkt, ist ein Wunschtraum und nicht einmal ein schöner. 'Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein'. ... Die Hoffnung auf die Befreiung durch die Russen, die auch keine neue Hoffnung ist - haben wir bisher abgelehnt. Ich glaube mit vollem Recht"⁶⁸⁾.

Die Auseinandersetzung zwischen Hanke und Brandler wurde 1956 nur von sehr wenigen Mitgliedern der GAP in ihrer ganzen Tragweite erkannt. Als die in der "Arbeiterpolitik" begonnene Diskussion auf der Jahreskonferenz 1956 fortgesetzt wurde, setzte sich Hanke zunächst durch; die von ihm vertretene Position wurde bei drei Enthaltungen gebilligt⁶⁹⁾. Der Tenor des Berichts von der Jahreskonferenz wurde an Sätzen wie "Hinweg mit Ulbricht - das ist die Forderung der DDR-Arbeiter und der erste Schritt zu arbeiterdemokratischen Verhältnissen, die allein der DDR Anziehungskraft und innere Stärke verleihen können. ... Bahn frei der Arbeiterdemokratie - das ist die Wegrichtung des Sozialismus in der DDR"⁷⁰⁾ deutlich.

68) Arpo 8/16/4 f.- Die Ergänzungen im ersten Satz des Zitates waren erforderlich, weil der Satz im Original nach Meinung des Verfassers keinen Sinn ergibt. - Brandler hatte an dieser Stelle noch ausgeführt: "Voraussetzung zur Lösung dieser Aufgabe ist die Herausbildung einer wirklich klassenbewußten, d.h. kommunistischen Vorhut - die das Klassenbewußtsein an Hand der Kampferfahrungen der Massen in den Tageskämpfen in sie hineinträgt. Die Erfahrungen, die die Masse im Kampf gegen die Tagesnöte erwirbt, reichen über gewerkschaftlich-reformistisches Bewußtsein nicht hinaus. Beweis die Geschichte der Arbeiterbewegung Europas der letzten hundert Jahre. Wenn die Arbeiterklasse der entwickelten kapitalistischen Länder in der Moral der Arbeiterbürger versumpft, d.h. kein eigenes revolutionäres Massenbewußtsein erwirbt - nur durch das Beispiel der besseren Lebenshaltung der Werktätigen im sozialistischen Lager sich dem unvermeidlichen fügt - dann werden sie im besten Falle Freigelassene, nicht Freie, die sich die Freiheit erkämpft haben. Dann werden sie auch unter sozialistischen Bedingungen nur freigelassene Sklaven sein und als solche behandelt werden, denn für die veränderten Aufgaben der sozialistischen Menschen sind sie auch dann unbrauchbar". Arpo 8/16/4 f.

69) Vergl. Arpo 9/11/8

70) Arpo 9/11/7 f

An die Diskussionen auf der Jahreskonferenz erinnert sich ein Teilnehmer: Es wurde "von Arbeiterdemokratie geredet, wo gar keine Basis für Arbeiterdemokratie vorhanden ist. Arbeiterdemokratie wird das neue Schlagwort, um alle Probleme zu lösen, allerdings völlig abstrakt und ohne den wirklichen Tatsachen zu entsprechen. Das kommt zum Beispiel in der Forderung zum Ausdruck: Ulbricht muß weg, die verbunden war mit der Vorstellung, wenn der Ulbricht weg ist, ist alles gelöst. Das ist im Grunde der Rückfall in bürgerliche Vorstellungen, so etwa: Männer machen Geschichte. Wenn die Arbeiterklasse die gesellschaftliche und politische Kraft geworden ist, dann braucht man nicht mehr zu sagen, Ulbricht muß weg, das ist dann überflüssig geworden"⁷¹⁾. Nachdem Brandler diese Entwicklung nicht hatte aufhalten können, zog er sich von der GAP zurück⁷²⁾. Nach dem Bericht eines Mitglieds der GAP wurde "das ... damals von kaum jemand in der Gruppe verstanden. ... Das hängt zusammen mit der allgemeinen Resignation und der allgemeinen Apathie, die entstanden ist aus der Tatsache, daß bei den Arbeitern kein Boden (für kommunistisches Denken d.V.) mehr da war"⁷³⁾. Gut drei Jahre nach dieser Auseinandersetzung wurde deutlich, wohin die Position Hankses, zu Ende gedacht, führte - in die SPD.

Wie sich die zunehmende Resignation angesichts des Rückganges selbst der wenigen Ansätze einer kommunistischen Tendenz in der Arbeiterbewegung auf Teile der GAP auswirkte, verdeutlicht ein Vergleich der Beiträge eines GAP-Mitgliedes aus Salzgitter, Claus Wagner, auf den IGM-Gewerkschaftstagen 1956 und 1958. Wagner griff 1956 das "Bremer Arbeitszeitabkommen" an⁷⁴⁾ und fragte, ob der Vorstand über dieses Abkommen nicht besser eine Urabstimmung durchgeführt hätte, "denn es ist kein Geheimnis, daß ein Teil der Funktionäre nicht der gleichen Meinung wie der Vorstand über das Bremer Arbeitszeitabkommen

71) Interview vom 18.1.1975, S. 22

72) Nach der Erinnerung eines Teilnehmers sagte Brandler sinngemäß: "Er sagte, was hier gemacht wird, ist politisch der Standpunkt des Kaiser-Ministeriums". Ebenda, S. 17 f. - Kaiser war der damalige "Wiedervereinigungsminister" der Bundesregierung der BRD. Vergl. auch Arpo 9/11/8.

73) Interview vom 18.1.1975, S. 18

74) Vergl. dazu Arpo 9/13/1 ff und Arpo 9/19/1 ff

ist"⁷⁵⁾. Auf diesen Beitrag, zu dem das Protokoll "Unruhe und Widerspruch"⁷⁶⁾ verzeichnete, ging der IGM-Vorsitzende Otto Brenner ausführlich ein und bemühte sich, die Kritik Wagners, die Brenner als die der GAP verstand, zurückzuweisen⁷⁷⁾. Zwei Jahre später griff Wagner nicht mehr ein zentrales Stück der Politik der IGM-Führung an, sondern appellierte an den Vorstand, die Entwicklung in Jugoslawien, besonders die der Arbeiterselbstverwaltung, in der Gewerkschaftspresse "in einer positiveren Weise als bisher"⁷⁸⁾ darzustellen. Gegen diesen Beitrag brauchte Brenner nicht mehr Stellung zu nehmen, sondern konnte sich darauf beschränken, ihn "sehr interessant" zu finden⁷⁹⁾.

Von der nächsten Jahreskonferenz der GAP, die erst 1958 stattfand, war "der allgemeine Eindruck, daß diese Konferenz zu den fruchtbarsten gehörte, die wir abgehalten haben, wenn sie nicht überhaupt die fruchtbarste war. Das Ringen um die Umstellung auf die neuen Bedingungen und um die Anwendung des sozialistischen Erfahrungsschatzes auf sie ist schwer und schmerzhaft. Unsere Jahreskonferenz bewies, daß wir auf dem Wege sind, die Aufgabe zu lösen"⁸⁰⁾. In den eineinhalb Jahren nach dieser Konferenz sollte sich diese optimistische Einschätzung nicht bestätigen.

75) Protokoll des 4. ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Dortmund vom 10. bis 15.9.1956. Frankfurt o.J., S. 160. Im folgenden zitiert als: 4. IGM-Gewerkschaftstag. - Vergl. auch Arpo 9/19/1.

76) 4. IGM-Gewerkschaftstag, S. 160

77) Vergl. ebenda, S. 213 ff. Brenner widmete Wagner fast ein Drittel seines Schlußwortes. Er sagte u.a: "Kollege Wagner. Salzgitter, hätte hier ebenso gut das, was in der 'Arbeiterpolitik' geschrieben ist, zitieren können....Ich möchte nicht die 'Arbeiterpolitik' berühmter machen, als sie ist - aber das, was in der 'Arbeiterpolitik' in der letzten Zeit häufig an gewerkschaftsdiffamierenden Artikeln erschienen ist, geht manchmal schon zu weit. Wir sollten uns wirklich überlegen, ob die Lektüre dieser Zeitschrift für Gewerkschaftler noch angebracht ist". Ebenda, S. 213

78) Vergl. Protokoll des 5. ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Nürnberg vom 15. bis 20.9. 1958. Frankfurt o.J., S. 168.

79) Ebenda, S. 267. - Vergl. auch Arpo 11/19/1 ff und Arpo 11/19/5 ff

80) Arpo 11/11/9

Die Gruppe in Salzgitter sah sich mit einer SPD-Betriebsgruppe konfrontiert, die es sich zur Aufgabe gestellt hatte, den Einfluß der GAP in der Hütte zu brechen⁸¹⁾. Zwar hatte die GAP bei den verschiedenen Parlamentswahlen zur Stimmabgabe für die SPD aufgerufen und auch öffentliche Veranstaltungen zu diesem Zweck durchgeführt, doch blieb durch ihre Arbeit der Einfluß der SPD in der Hütte gering⁸²⁾. Die GAP arbeitete lange Zeit auf der Ebene der Tagesfragen gut mit SPD-Mitgliedern zusammen, doch behielt sie die wichtigsten Einflußstellen unter Kontrolle. Erst 1958 kam es zur Gründung einer SPD-Betriebsgruppe, die bewußt gegen die GAP auftrat und dabei vom PV der SPD, insbesondere von Herbert Wehner, aktiv unterstützt wurde. Zum Gegenspieler der GAP entwickelte sich dabei Michael Weber⁸³⁾, der auch in der örtlichen SPD darauf drängte, einen klaren Trennungsstrich zu den Kommunisten zu ziehen. Wenn es auch der GAP 1959 gelang, gegenüber der offensiv auftretenden SPD-Betriebsgruppe sowohl die Position in der Ortsverwaltung als auch im Betriebsrat der Hütte zu behaupten⁸⁴⁾, so wurde doch deutlich, wie sehr die Mehrheit der örtlichen GAP-Gruppe schon zu einer bloßen Gewerkschaftsgruppe geworden war, was sich u.a. daran

81) Vergl. M. Weber, S. 3 f

82) Auf die Wirkungen der GAP in Salzgitter angesprochen erinnert sich M. Weber: "Politisch würde ich meinen, daß die Gruppe Arbeiterpolitik maßgeblich dazu beigetragen hat durch die politische Spaltung der Arbeitnehmerschaft in Salzgitter, daß die SPD in den fünfziger Jahren hier in Salzgitter nicht so wirksam werden konnte". Ebenda, S. 12. Die Wirkung der Wahlaufrufe der GAP zugunsten der SPD schätzt M. Weber eher negativ für die SPD ein: vergl. ebenda, S. 5.

83) Vergl. Kurzbiographie M. Weber im Anhang

84) Vergl. Norddeutsche Arbeiterstimme, Beilage der "Arbeiterpolitik" für das Salzgitter-Gebiet, April 1959, S. 1 ff. - In der Kampfabstimmung bei der Wahl des 2. Bevollmächtigten der IGM-Ortsverwaltung Salzgitter erhielt der Kandidat der SPD-Betriebsgruppe 76 Stimmen, während Söchtig auf 168 Stimmen bei 20 Enthaltungen kam. Von den 19 Mitgliedern der Ortsverwaltung gehörten 2 zur CDU, 2 vertraten in etwa den Kurs der SPD-Betriebsgruppe, 3 waren politisch indifferent, während die übrigen zur GAP zählten. Bei der Betriebsratswahl in der Hütte wurden bei den Lohnempfängern die 30 Kandidaten gewählt, die die von der GAP bestimmten Gewerkschaftsgremien vorgeschlagen hatten; nur bei den Angestellten konnte die SPD-Betriebsgruppe einen kleinen Erfolg erzielen. Im Geschäftsführenden Ausschuß hatte die GAP wieder die Mehrheit.

zeigte, daß sie die offen als politische von der SPD vorge-
tragenen Angriffe gegen die GAP nicht selbst beantwortete,
sondern das über die von ihr majorisierten Gewerkschafts-
gremien tat, d.h. die GAP versteckte sich hinter der IG Metall.
In einem Bericht in der "Norddeutschen Arbeiterstimme" hieß
es: "Die Gruppe 'Arbeiterpolitik' hat in keiner Weise, weder
durch Flugblätter noch durch Versammlungen versucht, auf die
Betriebsratswahlen einzuwirken"⁸⁵⁾. Wie sehr sich die Si-
tuation verändert hatte, wurde am Verhalten der IG Metall-Füh-
rung deutlich: keine zehn Jahre, nachdem sie versucht hatte,
vor allem Söchtig mit Ausschluß-Verfahren aus seiner Position
zu kippen, konnte die "Norddeutsche Arbeiterstimme" berichten:
"Der Koll. Strothmann vom Hauptvorstand (der IGM d.V.) hat
in einer Funktionärskonferenz am 4. März 1959 ... die Quer-
treibereien der SPD-Betriebsgruppe verurteilt und sich voll
und ganz hinter die Ortsverwaltung und die Zahlstelle Hütte
gestellt"⁸⁶⁾. Im selben Artikel dachte die GAP laut darüber
nach, ob nicht gegen die Mitglieder der SPD-Betriebsgruppe,
die sich gegen die Beschlüsse der örtlichen Gewerkschafts-
gremien gestellt hatten, eine Untersuchung durch den Haupt-
vorstand der IGM beantragt werden sollte⁸⁷⁾. Diese Reaktion
der GAP auf die Angriffe der SPD-Betriebsgruppe machte sehr
deutlich, wie gering die Gruppe die Möglichkeit einschätzte,
ihre politischen Auffassungen offensiv zu vertreten. Während
sie bei der Betriebsratswahl nicht offen politisch auftrat,
betonte sie aber andererseits: "Die Gruppe 'Arbeiterpolitik'
nimmt sich heraus, zu den Problemen unserer Arbeiterbewegung
und zur weltpolitischen Entwicklung eine Meinung zu vertreten,
die weder des Parteisiegels der SPD noch jenes der SED
bedarf"⁸⁸⁾. Hier deutete sich an, daß die Entwicklung in der
Arbeiterbewegung sich in Salzgitter so auswirkte, daß die be-
triebliche und gewerkschaftliche Arbeit der Gruppe einer-
seits und die explizit politische Aktivität der GAP anderer-
seits immer stärker auseinanderliefen und daß diese beiden
Seiten nur noch dadurch zusammengehalten wurden, daß die
jeweiligen Aktiven dieselben waren.

85) Ebenda, S. 3

86) Ebenda

87) Vergl. ebenda - An anderer Stelle - ebenda, S. 4 - beton-
te die GAP allerdings, daß sie den Versuch der SPD-

Es war weder so, daß die GAP durch die Angriffe der SPD-Betriebsgruppe angeschlagen gewesen wäre, noch daß sich die Gruppe 1959 bereits in der Auflösung befunden hätte, d.h. der Schritt, der im Oktober 1959 erfolgte, nämlich die Spaltung der Gruppe, die von vielen als Auflösung angesehen wurde, war etwas anderes als die formelle Fassung bereits vollendeter Tatsachen. Allerdings hatten die Auseinandersetzungen in Salzgitter die Frage nach der weiteren Perspektive der GAP in großer Deutlichkeit aufgeworfen, wenn sich auch unmittelbar nichts an der Situation geändert hatte. Ohne daß vorher eine interne Diskussion über diese Frage stattgefunden hatte, verschickte die Leitung der Gruppe Arbeiterpolitik im Oktober einen Brief, in dem sie ihren Beschluß mitteilte, "die Gruppe und die Zeitschrift Arbeiterpolitik aufzulösen und sowohl in der SPD wie in den Gewerkschaften mitzuarbeiten"⁸⁹⁾. Die Leitung war "nach reiflicher und eingehender Prüfung der Lage zur Schlußfolgerung gelangt, daß unser ursprüngliches Ziel nicht erreichbar ist. Dieses Ziel war die Bildung einer organisatorisch selbständigen Gruppierung in der deutschen Arbeiterbewegung"⁹⁰⁾. Nach Auffassung der Verfasser dieses Briefes war der Kommunismus als politische Strömung der deutschen Arbeiterbewegung vernichtet; er war "als lebendige Kraft nicht verschwunden, weil sein geschichtlicher Inhalt überholt ist, sondern weil er in Gestalt der sowjetischen Besatzungspolitik und ihrer verheerenden Fortsetzung durch Ulbricht konkret in Erscheinung getreten ist"⁹¹⁾. Durch die Entwicklung hatte sich "die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung auf einer neuen und doch so alten Basis

noch 87) Betriebsgruppe, die GAP-Mitglieder abwählen zu lassen, für deren gutes Recht hielt; die Kritik richtete sich dagegen, daß die SPD-Betriebsgruppe gesonderte Wahlgänge für Arbeiter und Angestellte durchgesetzt hatte, worin die GAP einen Verstoß gegen die IGM-Richtlinien sah.

88) Ebenda S. 4

89) Leitung der Gruppe Arbeiterpolitik: Brief an die Leser der "Arbeiterpolitik" vom Oktober 1959, S.3; im folgenden zitiert als: GAP: Brief vom Oktober 1959

90) Ebenda S. 1

91) Ebenda - Diese Position hatte sich nach Meinung Paul Elfleins bereits in einem Artikel in Arpo 12/7/6 angedeutet, wo es hieß: "Die politisch bewußten Arbeiter werden ... für die SPD stimmen. Daran kann kein Zweifel bestehen, denn der Kommunismus ist in Deutschland mausetot und das nicht erst seit heute". Vergl. auch Elflein II, S. 1 - Dieser Artikel war allerdings nicht von Hanke verfaßt worden.

wieder hergestellt. Die SPD ist der politische Repräsentant des heutigen Bewußtseinsniveaus der Arbeiterschaft⁹²⁾. Ausdruck davon war, "daß der erdrückende Teil der aktivsten und besten Gewerkschafter, besonders jener der IG Metall, sozialdemokratisch organisiert ist. Jede ideologische Vorwärtswentwicklung in der Arbeiterbewegung kommt daher nicht wie in der Weimarer Zeit in Gegensätzen zwischen Arbeiterparteien, sondern innerhalb der SPD und den DGB zum Ausdruck. Es war die Folge unseres Festhaltens an organisatorischer Selbständigkeit, daß wir von diesen Auseinandersetzungen ausgeschaltet waren und sind. Sie sind es jedoch, die das Gesicht und die weitere Zukunft der heutigen deutschen Arbeiterbewegung bestimmen. Wir können keine Befriedigung darin finden, in einer sich vertärfenden Isolierung Wahrheiten vorzubringen, die notwendigerweise abstrakt und ohne praktische Folge bleiben müssen"⁹³⁾. Mit den beiden führenden Vertretern dieser Auffassung, Erich Söchtig und Rudi Hanke, verließen bis auf sehr wenige Ausnahmen alle Mitglieder der Gruppe in Salzgitter die GAP⁹⁴⁾, dazu kamen einige aus anderen Orten⁹⁵⁾. Die Gruppe um

92) GAP: Brief vom Oktober 1959, S. 1

93) Ebenda, S. 2 f - Der Versuch einer inhaltlichen Begründung der Auflösung der Gruppe knüpfte z.T. an die Position an, die Hanke 1956 entwickelt hatte: "In der jüngsten Zeit hat die weltpolitische Lage und der Deutschlandplan der SPD neue und gewichtige Gegebenheiten geschaffen....(Die) Sowjetunion (wird d.V.) alles versuchen, eine gemeinsame Basis mit jener Partei in der Bundesrepublik zu finden, die für die Neutralisierung Mitteleuropas eintritt.....Die Neutralisierung und die atomare Entwaffnung Mitteleuropas wird dem deutschen Bürgertum die Möglichkeit rauben, durch den Krieg einer unerträglichen wirtschaftlichen und politischen Verschärfung der Lage Deutschlands zu entrinnen... Unter solchen Bedingungen gewinnt die bahnbrechende Erkenntnis größte Bedeutung, welche auf dem XX. Parteitag der KPdSU proklamiert worden ist, daß nämlich heute sozialistische Umwälzungen mit friedlichen Mitteln möglich sind.... Unter den Gegebenheiten der heutigen deutschen Arbeiterbewegung und bei der Mentalität der heutigen Arbeiter bedeutet das, daß die SPD- anders als in der Weimarer Zeit- die Möglichkeit erhält, eine sozialistische Umwälzung relativ friedlich in die Wege zu leiten". Ebenda, S. 1 f.

94) Vergl. Söchtig, S. 20; Elflein IV, S. 12.

95) Vergl. Elflein IV, S. 12; Scholz, S. 3

Söchtig wurde in Salzgitter gegen den heftigen Widerstand der SPD-Betriebsgruppe in die SPD aufgenommen⁹⁶⁾, wo sie als Gruppe keine Rolle mehr spielte, zumal es die Betriebsgruppenmehrheit um M. Weber verstand, so angesehene Betriebsräte wie Erich Sewald zu integrieren, während der ehemalige harte Kern der GAP in Salzgitter bis in die Mitte der sechziger Jahre isoliert blieb⁹⁷⁾. Erst danach konnte insbesondere Erich Söchtig diese Isolierung überwinden; so berichtet sein ehemaliger Gegenspieler M. Weber: "Ich würde sagen in Hinblick auf den ersten Mann der Arpo, daß Erich Söchtig in den folgenden Jahren, insbesondere 1966 bei der Bildung der großen Koalition, bei den Auseinandersetzungen darum, mit seinem immerhin noch sehr großen Einfluß der SPD sehr geholfen hat"⁹⁸⁾. Auch über die anderen ehemaligen GAP-Mitglieder sagt Weber, "daß sie in den ersten drei, vier Jahren sich schwer getan haben, sich in der SPD zurechtzufinden, aber ab 1966 kann man sie als gut gestandene Sozialdemokraten betrachten. Es waren keinerlei Versuche festzustellen, ein Eigenleben in der SPD zu führen"⁹⁹⁾. In den örtlichen Gewerkschaften behielten die ehemaligen GAP-Mitglieder führende Positionen: so wurde Gerhard Werner DGB-Kreisvorsitzender, ein jüngeres Mitglied der Gruppe wurde Mitte der sechziger Jahre 1. Bevollmächtigter der IGM und wurde 1974 in den Bundesvorstand der IG Metall gewählt. Erich Söchtig blieb weiterhin 2. Bevollmächtigter. Andere ehemalige Mitglieder der GAP wie Rudi Hanke und Claus Wagner wurden Angestellte der IG Metall. Auch im Betriebsrat der Hütte änderte sich personell nichts, wenn man davon absieht, daß Erich Sewald seit 1963 Vorsitzender dieses Gremiums wurde, während Erich Söchtig die Funktion des Stellvertretenden Vorsitzenden bekleidete.

Inwieweit der Schritt von 1959 dazu beigetragen hat, die damals im Brief der Leitung noch hochgehaltenen sozialistischen Auffassungen besser vertreten zu können, soll hier nicht untersucht werden; festzustellen ist, daß diejenigen, die diesen Schritt damals gingen, ihn heute weiterhin für richtig halten, wenn sie auch z.T. den Zustand der westdeutschen Arbeiterbewegung durchaus skeptisch beurteilen.

96) Vergl. M. Weber, S. 11

98) Ebenda S. 12

97) Vergl. ebenda S. 11 f

99) Ebenda

Die Auflösung der Gruppe war von ihrer Leitung den Mitgliedern mitgeteilt worden, ohne daß vorher dazu eine Jahreskonferenz oder eine größere Diskussion stattgefunden hatte. Nur in Salzgitter kam es zu einer Aussprache, wo Paul Elflein und Otto Müller die Weiterführung der Gruppe befürworteten, während Söchtig, Hanke und Lambrich für die Auflösung eintraten¹⁰⁰⁾. Da die meisten Mitglieder von der Auflösung der Gruppe ziemlich überrascht wurden, dauerte es einige Zeit, bis die Reorganisation der GAP begonnen wurde. Der Entschluß der Gruppe um Hanke und Söchtig hatte nämlich dadurch, daß Hanke der Redakteur der "Arbeiterpolitik" und Söchtig der wichtigste finanzielle Förderer der Zeitschrift war, zunächst zur Folge gehabt, daß die Zeitschrift nicht mehr erschien und somit das wichtigste formale Bindeglied zwischen den einzelnen Gruppen wegfiel.

Einen ersten Versuch, diejenigen, die mit der Entscheidung der Leitung der GAP nicht einverstanden waren, anzusprechen, unternahm Theodor Bergmann mit einer neuen Zeitschrift, die jedoch nicht die notwendige organisierende Wirkung erzielte und bald wieder eingestellt wurde¹⁰¹⁾.

Nach Auffassung derjenigen, die nach dem Rückzug der Gruppierung um Hanke und Söchtig die GAP weiter führten, hatten sich bereits im Schoße der alten Gruppe die Kräfte entwickelt, die sich gegen die Richtung der GAP in den Jahren seit 1956 gewandt hatten, ohne sich allerdings gegen diese durchsetzen zu können. In Bremen hatte sich in der Gewerkschaftsjugend ein kleiner Kreis herausgebildet, der gegen Ende der fünfziger Jahre zur GAP stieß und der bereit war, das unter den damaligen Verhältnissen nicht zu vermeidende Dasein eines kommunistischen Zirkels ohne großen Anhang durchzustehen¹⁰²⁾. Die Bremer Gruppe begann dann, mit den geringen eigenen Mitteln die "Briefe an unsere Leser. Informationen der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik" herauszugeben; in einem Geleitwort schrieb die Gruppe: "Die Bremer Gruppe Arbeiterpolitik hat in ihrem Rundschreiben an die Bremer Leser der

100) Vergl. Elflein I, S. 2

101) Vergl. Th. Bergmann I, S. 21 f; Meyer I, S. 2. Die Zeitschrift hieß "Der Sozialist"

102) Vergl. Interview vom 18.1.1975, S. 23 f und S. 29

Zeitschrift ARBEITERPOLITIK, deren Erscheinen durch die Kapitulation ihres Redakteurs gegenüber der dem Marxismus endgültig abgeschworenen SPD-Führung eingestellt wurde, angekündigt, ihre Arbeit auf der bisher von ihr vertretenen marxistischen Grundlage fortzusetzen. Die Bremer Gruppe Arbeiterpolitik stellt fest, daß die Gruppe auch in der Bundesrepublik weiterbesteht"¹⁰³⁾.

Zur Initiative der Bremer Gruppe stießen diejenigen aus Salzgitter, die sich der dortigen Mehrheit nicht angeschlossen hatten, und ein großer Teil der Gruppe in Nürnberg¹⁰⁴⁾.

Die Gruppe in Solingen hatte sich schon Mitte der fünfziger Jahre stillschweigend aufgelöst. In Stuttgart folgten zwar nur wenige der Empfehlung Söchtigs und Hankses, in die SPD einzutreten, doch die anderen konzentrierten sich noch mehr auf ihre gewerkschaftliche Arbeit und beteiligten sich nicht am Vorhaben der Bremer, die Gruppe zu reorganisieren¹⁰⁵⁾; ebenso ging es in den kleineren Gruppen, wo nur Individuen den neuen Versuch aktiv unterstützten.

Neben der Gruppe in Bremen war es besonders die Gruppe in Hamburg, die entscheidend zur Weiterführung der GAP beitrug. Hier hatte die geduldige Arbeit Brandlers ihre Wirkung gezeigt. Brandler selbst wandte sich in einem Brief an die Leser der Informationsbriefe der Bremer Gruppe; dabei faßte er die alten Aufgabenstellungen der GAP aus der Zeit nach 1945 zusammen, um denjenigen, die sich an die Lösung dieser machten, zu verdeutlichen, um was es ging: "Ihr habt beschlossen, auf lokaler Basis weiterzuarbeiten und zu versuchen, diejenigen zu sammeln, die nicht bereit sind, mit den Kapitulanten in der SPD unterzukriechen. ... Ihr seid Euch aber hoffentlich bewußt, daß Empörung nicht ausreicht, eine politische Arbeit zu leisten wie sie bei Gründung der Gruppe und der Zeitschrift beabsichtigt war. In dem allgemeinen Verfall der deutschen Arbeiterbewegung wollten wir, die das Naziregime Überlebenden, uns um die Fahne des revolutionären Marxismus scharen und jenen Teilen der Jugend, die den Sinn

103) Arpo-Briefe 1/ohne Nummer, Leitartikel "Das Ende der Großen Koalition in Bremen"/1

104) Vergl. Interview vom 18.1.1975, S. 29; Interview vom 4.11. 1974, S. 22; Elflein I, S. 2

105) Vergl. Scholz, S. 3

ihres Daseins zu begreifen versuchten, unsere Erfahrung in den Reihen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung dienstbar machen. ... Unsere Briefe und Broschüren, die wir Ende 1945, 1946 und 1947 aus der Emigration an unsere alten Kampfgenossen schickten, fanden Zustimmung über unseren alten Bekanntenkreis hinaus. So entstand die Gruppe Arbeiterpolitik. Wir waren überzeugt, daß wir uns eine selbständige Organisation für unsere positive Kritik außerhalb der mit Hilfe der Besatzungsmächte entstehenden Parteien, SPD und KPD, schaffen mußten. Nicht um abseits dieser Parteien und Gewerkschaften als Sekte Selbstbefriedigung zu treiben. Die SPD, KPD und Einheitsgewerkschaften waren bewußt und unbewußt Hilfsorgane der Besatzungsmächte, die sie legalisierten. Weder die materiellen Mittel, die wir aufzubringen vermochten, noch die Zahl der zu dieser Arbeit erforderlichen marxistisch geschulten Kräften reichten aus, die gestellte Aufgabe zu bewältigen. Das beweist nichts gegen die Notwendigkeit dieser Aufgabe. Sie ist dringender denn je. Der junge Marx schrieb: 'Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß zum Gedanken drängen. ... Eine radikale Revolution kann nur die Revolution radikaler Bedürfnisse sein'"¹⁰⁶⁾. Nachdem er die politische Entwicklung der fünfzehn Jahre nach dem 2. Weltkrieg skizziert hatte, faßte Brandler seine Sicht der Aufgaben der Gruppe so zusammen: "Der von den Politikanten überwundene Marxismus ist die einzige Methode, die uns die Widersprüche der Entwicklung begreifen läßt, wenn wir sie anzuwenden verstehen. Schon in den Frühschriften von Marx und Engels sagten sie gegenüber der Behauptung, sie unterstellten dem Proletariat übermenschliche Aufträge: 'Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt; es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist seine eigene Lebenslage, wie sie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen

¹⁰⁶⁾ Arpo-Briefe 1/ohne Nummer, Leitartikel "Das Ende..." /9 - Das Marx-Zitat stammt aus: Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: Marx Engels Werke, Band 1, Berlin 7. Aufl. 1970, S. 386 f

Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet ist.' Auch im Wirtschaftswunder der Vollbeschäftigung leben das Proletariat und die Angestellten, die sich nicht dazu rechnen, allein vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, etwas anderes haben sie nicht zu verkaufen. Wenn der Kapitalist keine profitable Verwendung für sie hat, kann er sie zu keinem Preis kaufen, weil er sonst bankrott macht. Alle Phrasen von Humanität, Freiheit und Menschenrecht ändern daran nichts. Es ist Eure Aufgabe, den Massen zu helfen, dies zu begreifen. Dann werden sie aus Untertanen Kämpfer, die sich ihr Bürgerrecht der sozialistischen Gesellschaft erkämpfen können"¹⁰⁷⁾.

Brandler beteiligte sich nach anfänglichem Zögern an der neuen Zeitschrift und verfaßte regelmäßig Artikel zur weltpolitischen Lage. In den ersten Jahren waren daneben vor allem Berichte aus der lokalen Arbeiterbewegung Bremens und Hamburgs in der Zeitschrift vertreten. Nach der ersten Phase der Sammlung konsolidierte sich die Gruppe und konnte am 7. August 1965 erstmals seit 1959 wieder eine gedruckte Ausgabe der "Arbeiterpolitik - Informationsbriefe der Bremer Gruppe"¹⁰⁸⁾ herausgeben. Nachdem die Zeitschrift schon vor der Mitte der sechziger Jahre den Charakter einer spezifisch Bremer Publikation abgelegt hatte, erschien sie seit dem 18. Oktober 1968 mit dem Untertitel "Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik"¹⁰⁹⁾. Zusätzlich zur Zeitschrift begann die Gruppe damit, ältere Arbeiten der KPO bzw. Thalheimers neu herauszugeben, um so diese Erfahrungen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung weiter zu geben¹¹⁰⁾.

Zu Beginn der sechziger Jahre sah sich die Gruppe oft gezwungen, Positionen in Betriebsräten und Gewerkschaften aufzugeben¹¹¹⁾, denn "vorübergehend muß man auf eine Sache verzichten können, wenn die Bedingungen nicht vorhanden sind. ... Wenn ich mich nicht auf revolutionäre Arbeiter stützen kann, kann ich mich nicht auf die anderen stützen, von denen ich weiß, daß sie in den Abgrund oder in die Sackgasse

¹⁰⁷⁾ Arpo-Briefe 1/ohne Nummer, Leitartikel "Das Ende..." /1

¹⁰⁸⁾ Vergl. Arpo-Briefe 6/3/1 ¹⁰⁹⁾ Vergl. Arpo-Briefe 9/4/

¹¹⁰⁾ So z.B. die Schriften Thalheimers: Um was geht es?; Eine verpaßte Revolution; Einführung in den dialektischen Materialismus; Wie Einheitsfront; Potsdam; Weltpolitik.

¹¹¹⁾ Vergl. Interview vom 4.11.1974, S. 23

führen; wenn ich mich auf diese Leute stützen muß, werde ich praktisch zum Anhängsel von ihnen. Und da würde ich sagen: nein, da verzichte ich drauf. Das ist zwar ein Schritt zurück aber ein Schritt zurück, um später zwei Schritte vorwärts machen zu können. So wie ... das in Salzgitter gemacht hat, halte ich das für absolut richtig. Damit hat er sein politisches Ansehen nicht zerstört, und das ist das entscheidende, daß der Kommunist nicht bei den Arbeitern als Karrieremacher und Postenjäger dasteht, sondern als ein Arbeiter, der für seine Sache eintritt, auch wenn die anderen damit nicht einverstanden sind, aber von dem jeder weiß, daß er das, was er tut, im Interesse der Arbeiterklasse tut. Das ist am Ende wichtiger als alles andere!"¹¹²⁾.

Mit Beginn der Krise der Jahre 1966/67 begann die Gruppe schrittweise, den Status eines kommunistischen Zirkels am Rande einer gelähmten Arbeiterbewegung in dem Maße zu überwinden, in dem dies dadurch möglich wurde, daß die Arbeiterklasse zu neuer Aktivität gezwungen wurde. Aufschluß über diese Entwicklung der Gruppe gibt die Zeitschrift "Arbeiterpolitik", die inzwischen wieder im 16. Jahrgang erscheint¹¹³⁾.

Als 1969/70 die Gruppe in einen Konflikt mit der IG Metall-Organisation verwickelt wurde, traten interne Differenzen in der Gewerkschaftsfrage auf, die nicht ausgeräumt werden konnten, so daß schließlich die Nürnberger Gruppe die GAP verließ und später mit einigen anderen, die ihre Position teilten, die Gruppe Arbeiterstimme bildete, die die Zeitschrift "Arbeiterstimme" herausgibt¹¹⁴⁾. Die Gruppe Arbeiterpolitik hat inzwischen die lokalen Schranken der ersten Jahre nach 1959 überwunden und sieht sich durch die gesellschaftliche Entwicklung darin bestätigt, daß es richtig war, weiter selbständig zu arbeiten.

¹¹²⁾ Interview vom 18. 1. 1975, S. 32

¹¹³⁾ Vergl. auch Eschenhagen: Betriebsarbeit

¹¹⁴⁾ Die "Arbeiterstimme" erscheint 1975 im 5. Jahrgang.- Der Konflikt innerhalb der GAP entwickelte sich an der Politik der Bremer Gruppe bei Klöckner.

Vergl. dazu Arpo-Briefe 12/6/Beilage; Arsti 1/3/1 ff

Fast sechzig Jahre, nachdem die erste Ausgabe der "Arbeiterpolitik" am 24. 6. 1916 geschrieben hatte: "Eine bedeutsame Epoche der Arbeiterbewegung liegt hinter uns, und wir stehen am Beginn einer neuen Epoche. ... Wir erleben den Niedbruch, und wir stehen doch gleichzeitig am Beginn des Aufstiegs. ... Es beginnt die Epoche der Arbeiterpolitik"¹¹⁵⁾, stellt die Gruppe heute fest: "Heute stehen wir, nachdem wir ein tiefes Tal durchschritten haben, an einem Nullpunkt, wo wir anfangen müssen, die ersten Schritte zu machen"¹¹⁶⁾.

¹¹⁵⁾ Zitiert nach Arpo-Briefe 15/6/Beilage Bremen S. 10.
Vergl. auch Teil 6.1. dieser Arbeit

¹¹⁶⁾ Arpo-Briefe 16/3/10